

Häusermarkt belebt sich wieder

Gebrauchte Immobilien werden nach langer Durststrecke wieder stärker nachgefragt

Der Markt für bestehende Ein- und Zweifamilienhäuser kommt wieder in Bewegung. Darauf lassen aktuelle Daten zur Vergabe von Immobilienkrediten schließen. Zwischen April und Juni lag das Finanzierungsvolumen für Wohnimmobilien erstmals seit Herbst 2022 wieder bei fast 20 Milliarden Euro. Nahezu die Hälfte davon entfiel auf Darlehen für Ein- und Zweifamilienhäuser. Im Vergleich zum Vorjahresquartal bedeutet das einen Anstieg um 25 Prozent.

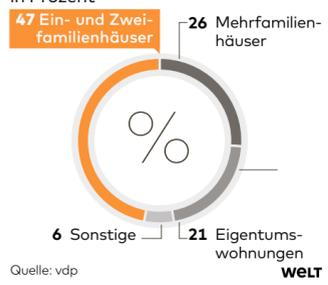
VON MICHAEL FABRICIUS

Die Daten stammen von Mitgliedsunternehmen des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (VDP). Längst nicht alle Immobilienfinanzierer, etwa viele regionale Volks- und Raiffeisenbanken, gehören dazu. Doch die rund 50 wichtigsten überregionalen Banken sowie einige größere Sparkassen sind dabei, sodass die Entwicklung durchaus als repräsentativ gewertet werden kann. Der Marktanteil der VDP-Mitglieder beläuft sich auf 39 Prozent.

In absoluten Zahlen gerechnet liehen sich deren Kunden im zweiten Quartal fast zwei Milliarden Euro mehr Geld für Ein- und Zweifamilienhäuser als im ersten Quartal. Inklusive Gewerbeimmobilien liegt das Finanzierungsvolumen „wieder oberhalb von 31 Milliarden Euro“, sagte VDP-Hauptgeschäftsführer Jens Tolckmitt. „Schon im Auftaktquartal dieses Jahres hat sich eine Belebung in der Immobilienfinanzierung angedeutet, nun verfestigt sie sich.“

Hauskäufer sind zurück

Kreditzusagen, Anteil der Objektart in Prozent



Für Eigenheimbesitzer, die zurzeit einen Käufer für ihre Immobilie suchen, deutet das auf ein Ende einer zweijährigen Durststrecke hin. In manchen Regionen sind die Preise seit dem Frühjahr 2022 teils um zweistellige Prozentwerte gesunken. Manche warten schon seit vielen Monaten vergeblich auf Interessenten, wie Makler berichten. Wegen deutlich gestiegener Zinsen sowie höherer Sanierungs- und Lebenshaltungskosten hielten sich die Käufer zurück, heißt es.

Gleichzeitig jedoch sinken die Neubauzahlen drastisch, sodass die Nachfrage im Bestand zwangsläufig steigt. Je nach Region und Lage oder auch nach Effizienzstandard oder Baujahr verteilen sich die Preisabschlüsse allerdings sehr unterschiedlich.

Die von den Pfandbriefbanken gemeldeten Zahlen beziehen sich nur auf neue Kreditabschlüsse, Anschlussfinanzierungen sind entsprechend nicht berücksichtigt. Zwischen Krediten für Neubau und Kauf im Bestand wird zwar nicht unterschieden. Doch dass die Nachfrage nach Eigenheimen im Bestand steigt, lässt sich auch aus der Baustatistik schließen: Seit über einem Jahr gehen die Anträge für neue Ein- und Zweifamilienhäuser deutlich zurück. Fürs erste Halbjahr hatte das Statistische Bundesamt vor Kurzem einen Einbruch der Baugenehmigungen für klassische Eigenheime um fast 31 Prozent gemeldet. Bei Mehrfamilienhäusern waren es knapp 21 Prozent gewesen. Eine zugleich wachsende Kreditnachfrage lässt sich so vordergründig mit mehr Transaktionen im Bestand erklären.

Auch bei anderen Wohnimmobilien steigt das Kreditvolumen. Einen sprunghaften Zuwachs gab es bei Mehrfamilienhäusern, die in der Regel das Ziel von professionellen Anlegern sind. Hier legte das Finanzierungsvolumen gegenüber dem zweiten Quartal des Jahres 2023 um 57,6 Prozent auf 5,2 Milliarden Euro zu. Für Eigentumswohnungen liehen sich die Käufer rund 4,2 Milliarden Euro – ein Plus von fast 39 Prozent im Jahresvergleich. Schon die Entwicklung der Kaufpreise deutet seit Monaten eine höhere Nachfrage hin. Ein ebenfalls vom VDP errechneter Preisindex „signalisiert ein Auslaufen der zweijährigen Abschwungphase am deutschen Immobilienmarkt“, so VDP-Chef Tolckmitt. Im zweiten Quartal war dieser Index um 0,5 Prozent auf 175,5 Punkte gestiegen. Gegenüber dem Vorjahresquartal schlägt allerdings noch ein Rückgang um 3,8 Prozent zu Buche. Die Erholung verläuft entsprechend zäh, und in Regionen mit Abwanderung melden Immobilienvermittler weiterhin ein schleppendes Geschäft. Der VDP-Index wird mit echten Immobilientransaktionsdaten von mehr als 700 Kreditinstituten berechnet.

Viele andere Preisstatistiken für Häuser und Wohnungen in Deutschland basieren dagegen auf Angebotsdaten in den Immobilienportalen und stehen insofern für Wunschpreise von Maklern und Verkäufern. Anders dagegen der „German Real Estate Index“ (Greix), der von Gutachterausschüssen, dem Dienstleister Econtribute und dem Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) berechnet wird: Hier sind die notariell beglaubigten Verkaufspreise enthalten. Dieser Greix-Index zeigt ebenfalls im zweiten Quartal eine für Verkäufer erfreuliche Entwicklung. Eigentumswohnungen verteuerten sich demnach um 2,4 Prozent, Einfamilienhäuser – erstmals seit zwei Jahren – um immerhin noch zwei Prozent.

macht und ihm die Verantwortung für unser Land aus allen Poren quillt? Oder stellt eigentlich jeder öffentliche Auftritt von Olaf Scholz eine nationale, vielleicht sogar eine internationale Notlage dar?

ZIPPERT ZAPPT

Denn: Deutscher Wein und deutscher Sang sollen in der Welt behalten ihren guten alten Klang! Geht es darum? Oder hat sich Friedrich Merz vor lauter nationaler Erregung versprochen und er meinte eine nationale Notlüge?

Sollte man jetzt tatsächlich eine nationale Notlage ausrufen, nur weil sich Friedrich Merz mit Olaf Scholz getroffen hat? Ist das nicht ein wenig übertrieben? Rechtfertigen der Rücktritt von Manuel Neuer oder die Gesichtsbehaarung von Markus Söder nicht viel eher so eine nationale Notlage? Und wir verzichten hier ganz bewusst und ausnahmsweise auf die Nennung der Namen Andreas Scheuer und Deutsche Bahn. Wann spricht man überhaupt von einer nationalen Notlage? Liegt die jedes Mal vor, wenn Friedrich Merz so ein staatstragendes Gesicht



Nur rund zwei Monate nach dem Amtsantritt besucht Großbritanniens neuer Premierminister Berlin: Keir Starmer (r.) will nach dem Brexit einen Neustart mit Deutschland. Dazu soll Anfang nächsten Jahres ein gemeinsames Abkommen

unterzeichnet werden. Kanzler Olaf Scholz (SPD): „Diese ausgestreckte Hand wollen wir ergreifen.“ Der Vertrag soll nach den nun folgenden Regierungskonsultationen unterzeichnet werden.

Seite 6

Neustart

Städte erhöhen jetzt die Sicherheit auf Volksfesten

Nach dem Solingen-Anschlag sollen Messerverbote und mehr Polizeipräsenz Besucher schützen

Nach dem tödlichen Messeranschlag in Solingen stellen Kommunen bundesweit ihre Sicherheitskonzepte für Großveranstaltungen auf den Prüfstand. Grundsätzlich heißt es auf WELT-Anfrage bei den Städten und Gemeinden, dass Konzepte laufend geprüft und der aktuellen Lage angepasst würden. Insgesamt gilt nach wie vor die sicherheitspolitische Einschätzung, dass eine „anhaltend hohe abstrakte Gefahr“ dschihadistisch motivierter Gewalttaten in Deutschland fortbesteht.

VON KRISTIAN FRIGELJ

Erste Städte in Nordrhein-Westfalen ziehen kurzfristig Konsequenzen. Siegen feiert in diesem Jahr sein 800-jähriges Bestehen und wird die Besuchergeln für das Stadtfest am kommenden Wochenende verschärfen. Demnach dürfen Gäste keine Messer mit sich führen. Dieses ist definiert als „jeglicher Gegenstand mit einer Klinge und einem Griff“, der „zum Schneiden, Schaben oder Stechen verwendet werden kann oder in anderer Weise dazu geeignet ist Verletzungen herbeizuführen“. Diese Regelung gilt über die gesetzliche Regelung von Paragraph 42 des Waffengesetzes hinaus, so die Stadt. Verstöße gegen dieses Verbot würden „mit dem Einhalten des Gegenstandes, dem sofortigen Aufenthaltsverbot einschließlich Platzverweis geahndet“. Spezielle Kontrollen sind nicht vorgesehen.

In Schwelm findet von Freitag bis Montag das traditionelle Heimatfest statt. Dort werden mehr Polizisten als früher präsent sein. Zudem wird die Stadt mehr Security-Leute und Mitarbeiter des Ordnungsamts ins Getümmel schicken. Bürgermeister Stephan Langhard (SPD) betont zwar, dass es „keine 100-prozentige Sicherheitsgarantie“ geben könne. Man werde aber gemeinsam mit der Polizei alles Notwendige veranlassen, damit wir alle ein friedliches Heimatfest feiern können“, so Langhard. Er verstehe Menschen, die angesichts des Gewaltaktes von Solingen besorgt seien. „Doch wir lassen uns unsere Freiheit, unsere Freude am Leben und die Art und Weise, wie wir in unserer Gemeinschaft leben, nicht nehmen.“ Bonn will die

Maßnahmen beim traditionellen Volksfest „Pützchens Markt“ am kommenden Wochenende verschärfen. Bochum bereitet sich auf den „Musiksommer“, den „Stadtwerke Halbmarathon“ und den Weihnachtsmarkt vor. Dabei wird auch eine Videoüberwachung erwogen.

In Münster stehen das „Fest der Museen und Galerien“, der Reit- und Springwettbewerb „Turnier der Sieger“ und ein Marathon bevor. Die Stadtverwaltung befindet sich nach eigener Auskunft im ständigen Austausch mit der Polizei.

„Kurzfristig werden wir zu einzelnen Veranstaltungen die Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes erhöhen“, heißt es. Bei der Veranstaltung „Schauspielraum“ werden zudem Sperrungen auf Straßen geprüft. Es gibt auch Städte, die sich bedeckt halten. Düsseldorf betont zwar ebenfalls, dass Maßnahmen „ständig evaluiert“, aber man erteile „grundsätzlich keine Auskünfte zu Sicherheitskonzepten/-vorkehrungen“.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) präsentierte am

Mittwoch einen Zehn-Punkte-Plan zur Bekämpfung der Messergewalt unter dem Motto „Besser ohne Messer“. Dieser „Werkzeugkoffer“ (Reul) wurde vor dem Messeranschlag in Solingen erarbeitet und enthält Maßnahmen, die teilweise bereits umgesetzt und ausgeweitet werden. Dazu gehören unter anderem Aktionstage, Präventionsgespräche in Unterbringungseinrichtungen, Waffentragverbote für Intensivtäter, Waffenverbotszonen und verstärkte Videoüberwachung.

Die bisher weitgehendsten Pläne stellte das Bundesland Thüringen vor. Generell soll dort die Polizeipräsenz bei Volksfesten, größeren Sportveranstaltungen oder Konzerten erhöht werden. Zudem erleichtert die rot-rot-grüne Landesregierung grundsätzlich die Einrichtung von kommunalen Waffen- oder Messerverbotzonen. „Wir geben den Kommunen ein wirksames Instrument zur Gefahrenabwehr an die Hand“, erklärte Innenminister Georg Maier (SPD) in Erfurt. Waffen- und Messerverbotzonen können demnach eingerichtet werden, wenn die Annahme besteht, dass sie zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit erforderlich sind. Dazu gehören auch, dass die Polizei die Einhaltung von Messerverboten kontrolliere, so Maier.

Einen eindringlichen Appell richtete Dortmunds Oberbürgermeister Thomas Westphal (SPD) an die Öffentlichkeit. Er warte in einer Pressekonferenz vor einem „Modus der panischen Vorschläge“. Man habe nichts davon, „wenn wir uns jetzt überschlagen mit Vorschlägen, was sich im Asylrecht, was sich im Waffenrecht, was sich in der Zusammenarbeit der Behörden ändern muss, wenn es danach nicht passiert“.

Kanzler Olaf Scholz kündigte Gespräche mit den Ländern und der Union über Konsequenzen aus dem Anschlag an. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) werde „zügig jeweils einen Vertreter des Vorsitzes und Co-Vorsitzes der Ministerpräsidenten-Konferenz, Vertreter der größten Oppositionspartei und involvierte Bundesressorts zu vertraulichen und zielgerichteten Gesprächen über diese Frage einladen.“ Dabei solle es auch um das Waffenrecht und die Bekämpfung islamistischen Terrors gehen.

KOMMENTAR

Die riskante Strategie von Friedrich Merz

NIKOLAUS DOLL

Der CDU-Vorsitzende hat beim Thema Migration einen neuen Kurs eingeschlagen. Mit seinem Fünf-Punkte-Plan bietet Merz dem Bundeskanzler eine Kooperation an – vorbei an dessen Koalitionspartnern Grünen und FDP. Zum einen ist das riskant für Olaf Scholz: Ginge er darauf ein, käme das praktisch einem Koalitionsbruch gleich. Das vorzeitige Ampel-Aus wäre wahrscheinlich und damit das Ende der Kanzlerschaft von Scholz.

Aber für Merz und die Union ist das Angebot ebenfalls ein Vabanque-Spiel. Der CDU-Chef bietet praktisch eine Regierungsbeteiligung an, ohne Teil der Regierung zu sein. Sollte es zu einer solchen Zusammenarbeit kommen, würden Merz und die Union von den Wählern künftig in Mithaftung genommen, wenn sich nicht schnell etwas verbessert.

Warum bietet Merz dem Kanzler trotzdem diese Kooperation an? Dafür gibt es drei Gründe. Erstens gesteht Merz so die Fehler seiner Partei in der Migrationspolitik ein. Die CDU sei mitverantwortlich für die

massive Zuwanderung, sagt er – ein Verweis auf Altkanzlerin Angela Merkel, die 2015 unter Druck in Land besser laufen würde. Spätestens nach der Landtagswahl in Brandenburg am 22. September startet ein inoffizieller Vorwahlkampf für die Bundestagswahl 2025. Und drittens ist der CDU-Chef besorgt über die Zustände im Land, den Zusammenhalt der Bevölkerung – vor allem aber über das Erstarken von AfD und BSW.

Merz will bis zur ersten Bundestags-Sitzungswoche Mitte September auf eine abschließende Antwort des Kanzlers warten. Geht Scholz dann nicht auf das Angebot ein, wird Merz ein Déjà-vu erleben: Bereits 2023 hatte er einen sogenannten Deutschlandpakt zur besseren Steuerung der Migration angeregt. Auch damals sprachen Merz und Scholz im Kanzleramt über eine Kooperation. Aber mehr als ein gemeinsames Kalbschnitzel-Essen kam dabei nicht heraus.

nikolaus.doll@welt.de

PLATZ DER REPUBLIK

JÖRG WIMALASENA



Der Moment, als Donald Trump einmal zuhörte

Eigentlich sollte man sich psychologische Ferndiagnosen verkneifen. Aber wer Interviews mit Donald Trump kennt, kommt schnell zu dem Schluss, dass der Ex-Präsident ein eher Ich-zentrierter Mensch ist, der an seinem Gegenüber meist wenig Interesse zeigt. Umso erstaunlicher ist das Gespräch, das Trump jüngst mit dem Podcaster Theo Von führte. Von ist ein geradezu stereotypischer Redneck. Vokuhila, Südstaaten-Akzent, platte Umgangssprache. Und doch gelang es ihm, Trump mit seiner unpräzisen Art nicht nur persönliche Anekdoten zu entlocken – nein, Trump fragte Von sogar selbst aus.

Es ging um das Thema Drogen. Trump hat bekannterweise nie Alkohol getrunken, geraucht oder Betäubungsmittel zu sich genommen, weil sein älterer Bruder Fred an den Folgen jahrzehntelangen Alkoholmissbrauchs starb. Über das gemeinsame Leid der Drogen-erfahrungen fanden die beiden eine Gesprächsebene, auf die in den zahllosen Interviews, die Trump in den letzten zehn Jahren gegeben hat, sonst kaum ein Interviewer gekommen ist. Und er hörte zu. Der Ex-Präsident fragte zum Beispiel, wie sich eigentlich ein Kokain-Rausch anfühle. Von antwortete – nun ja – illustrativ. „Kokain verwandelt dich in eine verdammte Eule, Homie. Verstehst du? Du sitzt auf deiner Veranda und wirst deine eigene Straßenlaterne.“

Das eingespielte Trump-Interview-Schema folgt eigentlich immer demselben Muster. Viele Journalisten scheinen gar nicht an dessen Antworten interessiert, sondern werfen ihm hauptsächlich kontroverse Äußerungen der Vergangenheit vor – um danach notdürftig eine Frage hinterherzuschleichen, die meistens darauf hinausläuft, ihn zu einer Selbstdistanzierung zu nötigen. Die politische Positionierung des Präsidentschaftskandidaten in vielen wichtigen Fragen ist nicht nur deshalb unklar, weil er von vielem einfach keine Ahnung hat und sich kaum für komplexe Inhalte interessiert, sondern auch, weil viele Journalisten sich dafür kaum zu interessieren scheinen. Ein kontroverses Streitgespräch lässt sich im Kampf um Quoten und Klicks eben besser verkaufen als kleinteilige Diskussionen über Sachpolitik. Aber über das Gesundheitssystem wollte Theo Von diskutieren. Über Krankenhäuser, die Patienten intransparente Rechnungen ausstellen, über Lobbyismus in Washington. Und Trump, der das Abzocker-System während seiner Präsidentschaft nach Kräften unterstützt hatte, musste kleinlaut zugeben, dass mit dem amerikanischen Gesundheitssystem einiges nicht stimmt.

Von hätte Trump mit besserer Vorbereitung mehr grillen können. Aber dann wäre das Gespräch eben wieder auf einen konfrontativen Schlagabtausch hinausgelaufen, der keinen Erkenntnisgewinn vermittelt hätte. In Vons Naivität liegt seine Stärke. Er nimmt sein Gegenüber als Mensch ernst und nicht als Funktionsträger. Es wäre sicher aufschlussreich, wenn auch Kamala Harris dem Podcast von Theo Von einen Besuch abstatten würde. Wahrscheinlich ist das aber nicht. Harris hat seit ihrer Nominierung noch kein einziges Interview gegeben.

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985*)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Dr. Jan Philipp Burgard, Jennifer Wilton; Dr. Jacques Schuster (Mitglied der Chefredaktion) Stv. Chefredakteur: Robin Alexander Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner Redaktionsleiter Digital: Stefan Prohmann Leitung Editionsteam: Christian Gaertner Creative Director: Cornelius Tittel Artredaktion: Juliane Schwarzenberg Politik: Claudia Kade Forum: Eva Marie Kogel Investigation/Reportage: Tim Röhn Außenpolitik: Klaus Geiger, Caroline Turzer Wirtschaft und Geld: Jan Dams, Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior Editor) Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder Stil/Reise/Leben: Heiko Zwirner Sport: Matthias Brügelmann Wissen: Edda Grabar, Sonja Kastilan Nachrichten/Gesellschaft: Leonhard Landes, Robert-Christian Tannenberg Community/Social: Franziska Zimmerer CvD Produktion: Patricia Plate Foto: Stefan A. Runne Infografik: Karin Sturm Chefoökonomin: Dr. Dorothea Siems Auslandskorrespondenten: Athen: Carolina Dritten Brüssel: Dr. Christoph Schiltz Kapstadt: Christian Putsch London: Mandoline Rutkowski Marrakesch: Alfred Hackensberger Moskau: Pavel Lokshin New York: Hannes Stein Paris: Martina Meister Tel Aviv: Christin Kenschke Warschau: Philipp Pritz Washington: Stefanie Bolzen Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer Autoren: Henryk M. Broder, Peter Huth, Alan Posener, Hans Zippert WELT kooperiert mit „El Pais“ (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Seite 1/Auf einen Blick Christian Gaertner Politik: Jennifer Wilton Forum: Eva Marie Kogel Wissen: Edda Grabar Wirtschaft und Geld: Nando Sommerfeldt Sport: Matthias Brügelmann Feuilleton: Mladen Gladic Alle: c/o Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin.

Geht es um die Frage, ob Straftäter nach Syrien abgeschoben werden können, wird oft über die praktischen Dinge diskutiert. Etwa darüber, ob ein Abkommen mit Nachbarländern realistisch ist oder ob direkte Gespräche mit dem syrischen Diktator Baschar al-Assad aufgenommen werden sollten. In der Debatte geht bisweilen unter, dass für diese organisatorischen Fragen die zentrale Voraussetzung fehlt: die Einigkeit in der Ampel-Regierung darüber, ob Abschiebungen nach Syrien tatsächlich vertretbar sind.

VON KAJA KLAPSA

Während Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (beide SPD) immer wieder suggerieren, Rückführungen dorthin seien nur eine Frage der Zeit, kommt das von Annalena Baerbock (Grüne) geführte Auswärtige Amt in seinem aktuellen Asyllagebericht zu einem gegenteiligen Ergebnis. Das 32-seitige Dokument aus dem Februar, das strikter Geheimhaltung unterliegt, wurde von Investigativjournalisten von NDR/WDR geleakt und bilanziert: „Eine sichere Rückkehr Geflüchteter kann derzeit für keine Region Syriens und für keine Personengruppe gewährleistet, vorhergesagt oder gar überprüft werden.“

Rückkehrer seien in ihrer „persönlichen Sicherheit“ bedroht, da das Regime diese Personen häufig als Verräter deklariere und sie „daher oft mit weitreichender systematischer Willkür bis hin zu vollständiger Rechtslosigkeit konfrontiert“ wären, heißt es. Der Bericht ist Grundlage für die Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), für Behörden in den Ländern und Gerichte. Im Ergebnis bekommen derzeit alle Syrer mindestens subsidiären Schutz, weil ihnen im Herkunftsland „Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung“ drohe, so das BAMF. Abschiebungen haben seit 2012 nicht mehr stattgefunden. Auch kein anderes europäisches Land schickt Menschen nach Syrien zurück – lediglich Schweden hat im vergangenen Jahr fünf Personen zurückgeführt, wie aus einem Bericht der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags hervorgeht. Die Praxis soll inzwischen wieder eingestellt sein.

Nach den islamistischen Messerattentaten in Mannheim und Solingen kommt aus der oppositionellen Union und aus der Ampel nun vermehrt die Forderung, den Bericht des Auswärtigen Amts zu überprüfen. „Ein Asyllagebericht darf nicht politisch beliebig gewichtet werden, sondern muss die

objektive Lage unter Berücksichtigung auch der Einschätzung internationaler Organisation widerspiegeln“, sagt etwa der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sebastian Hartmann, WELT. „Das Auswärtige Amt muss mit dem Bundesinnenministerium zu einer zügigen wie einvernehmlichen, konsolidierten Bewertung kommen.“ Auch Stephan Thomae, der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, fordert, der Asyllagebericht sollte „fortlaufend und in engen Abständen“ aktualisiert werden. Insbesondere Straftäter und Gefährder müssten konsequent nach Syrien und Afghanistan abgeschoben werden.

Außenministerin Baerbock befindet sich nun in einem Dilemma: Sie kann den Asyllagebericht, der von Fachleuten ihres Ministeriums geschrieben wird und erst im Februar aktualisiert wurde, aufgrund innenpolitischen Drucks nicht einfach umschmeißen. Die Lage in Syrien ändert sich nicht, wenn ein Syrer in Deutschland Menschen umbringt. Andererseits läuft die Ministerin Gefahr, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, ihr sei das Wohl syrischer Straftäter wichtiger als die Sicherheit deutscher Bürger.

Aus rechtlicher Sicht spielt bei der Frage, ob Abschiebungen nach Syrien umsetzbar sind, keine Rolle, welche Straftat jemand in Deutschland verübt hat. Der emotional vielleicht nachvollziehbarere Ansatz, dass ein syrischer Flüchtling, der in Deutschland kriminell geworden ist, es notfalls ertragen müsse, in seinem Heimatland zu Schaden zu kommen, ist im internationalen Recht kein Kriterium. Schutz vor Folter und unmenschlicher Behandlung gilt auch für Straftäter.

Allerdings muss sich Baerbock die Frage gefallen lassen, ob der Asyllagebericht ihres Hauses die aktuelle Situation in Syrien tatsächlich differenziert genug wiedergibt. Normalerweise erstellen die Auslandsvertretungen der Bundesregierung die Berichte. Da Deutschland aber keine Botschaft in Syrien hat, greift das Ministerium auf externe Quellen zurück. Dazu zählen vor allem Organisationen und Agenturen der Vereinten Nationen, darunter etwa das Flüchtlingshilfswerk UNHCR, Unicef und die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Auch syrische Menschenrechtsorganisationen sowie Amnesty International und Human Rights Watch werden einbezogen. Genaue Angaben zu den Quellen und zur Methodik finden sich in den Berichten grundsätzlich nicht.

„Der Asyllagebericht zu Syrien ist vergleichsweise kurz und bewertet die Lage sehr pauschal“, kritisiert der Asylrechtsexperte Daniel Thym, der an der Universität

kampf“, sagte Thüringens AfD-Co-Sprecher Stefan Möller. Zuvor hatte der Sender N-tv berichtet, dass Höcke nicht wie geplant an einer Runde von N-tv und Antenne Thüringen teilnehmen werde. Stattdessen werde Möller dabei sein.

INNENPOLITIK

70.000 PERSONENDATEN

Datenleck bei Wagenknecht-Partei

Nach einem Datenleck im März haben Unbefugte offenbar erneut Zugriff auf Angaben zu Unterstützern des Bündnisses Sahra Wagenknecht gehabt. Das Medienhaus „Correctiv“ meldet, der Redaktion liege eine Datei mit 70.000 Personendaten von Juni vor, darunter Mitgliederlisten sowie Informationen zu Unterstützern und Landesbeauftragten. Ein BSW-Sprecher erklärte auf Anfrage, nach Einschätzung der Partei handele es sich um einen Hackerangriff. Man habe durch die Recherche von „Correctiv“ davon erfahren und sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet. Die womöglich Betroffenen seien informiert worden, eine interne Klärung möglicher Ursachen laufe. Zudem habe man die Staatsanwaltschaften in Berlin und Karlsruhe informiert. Die Ermittler in Berlin sind für die im Januar gegründete Partei zuständig, die in Karlsruhe für den als Vorläufer im Herbst eingetragenen Verein BSW. Über Seiteneinsteiger, die bei der Thüringer Wahl für das Bündnis Sahra Wagenknecht in den Landtag einziehen dürften, lesen Sie auf Seite 4.

SUCHTBEAUFTRAGTER

Alkohol sollte erst ab 18 erlaubt sein

Für Minderjährige sollte aus Sicht des Bundesdrogenbeauftragten das Trinken von Alkohol tabu sein. „Der Genuss von Alkohol sollte erst ab 18 Jahren, mit dem Erreichen der Volljährigkeit, erlaubt sein“, sagte der Sucht- und Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Burkhard Bliener (SPD), der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“. Er bekräftigte damit eine bereits seit Längerem von ihm erhobene Forderung. Die Altersgrenze von 18 Jahren gelte bereits für Tabakprodukte, erklärte Bliener. Derzeit lässt das Jugendschutzgesetz zu, dass Jugendliche in Begleitung Sorgeberechtigter in der Öffentlichkeit alkoholische Getränke wie Bier oder Wein zu sich nehmen. „Vom begleiteten Trinken ab 14 Jahre halte ich gar nichts“, sagte Bliener und führte aus: „Alkohol ist ein Zellgift, das ab dem ersten Tropfen wirkt.“ Es gibt keinen Alkoholkonsum, der unbedenklich ist.“

GESUNDHEITSPROBLEME

Höcke sagt TV-Auftritt ab

Thüringens AfD-Chef Björn Höcke verzichtet nach Angaben seiner Partei aus gesundheitlichen Gründen auf einen TV-Auftritt. „Es ist die momentane Gesamtbelastung im Wahl-



THEMA DES TAGES

Baerbocks DILEMMA bei Abschiebungen

Das Auswärtige Amt ist überzeugt, es könne keine sichere Rückkehr von Syrern in ihre Heimat geben. Doch der Druck nimmt zu, diese Einschätzung anzupassen

Konstanz Professor für öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht ist. „Ob es uns gefällt oder nicht: Das Assad-Regime kontrolliert weite Teile des Landes – anders als vor acht Jahren, als die ‚Schlacht um Aleppo‘ tobte und der ‚Islamische Staat‘ wütete.“ Deutlich differenzierter sei hingegen der Bericht der EU-Asylagentur vom April dieses Jahres, so Thym. Diesem zufolge sei vor allem im Zentrum von Syrien und an der Mittelmeerküste das Gewaltniveau nicht mehr hoch genug, dass automatisch alle subsidiären Schutz bekommen sollten. „Das Auswärtige Amt nimmt beim Asyllagebericht eine deutsche Perspektive ein, bei der auch die politische Färbung des Ministeriums eine gewisse Rolle spielen dürfte.“

Bemerkenswert ist, dass im Juli erstmals auch ein hohes Gericht den Lagebericht des Auswärtigen Amtes scharf kritisiert hat. Das Oberverwaltungsgericht in Münster beschied damals in einem noch nicht rechtskräftigen Urteil nicht über eine Abschiebung, sondern darüber, ob ein syrischer Schleuser aufgrund seiner Straftaten einen Flüchtlingsschutz beziehungsweise subsidiären Schutz bekommt. Im Zuge der Urteilsbegründung nutzte das Gericht die Gelegenheit, um generell darzulegen, dass aus ihrer Sicht für Rückkehrer in Syrien keine ernsthafte, individuelle Lebensgefahr mehr bestehe und keine zielgerichteten Menschenrechtsverletzungen zu befürchten seien.

ein Afghane und ein Palästinenser mit ihrem Schnellboot am Wochenende vor der Insel Kos versucht, ein Patrouillen-Schiff zu rammen, teilten die Behörden mit. Danach hätten sie fünf ihrer Passagiere gezwungen, in die Ägäis zu springen und seien in Richtung der Insel geflohen, während die Küstenwache die Menschen aus dem Meer fischte. Die Beamten fanden 30 weitere Menschen von dem Schnellboot später an Land. Die beiden mutmaßlichen Schmuggler wurden festgenommen. Laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen sind in diesem Jahr bisher etwa 31.500 Migranten illegal nach Griechenland gekommen. Das ist etwas weniger als die Zahl derer, die Italien und Spanien erreichen.

FRANKREICH

Konservative von Macron enttäuscht

Frankreichs Konservative haben sich von einem erneuten Treffen mit Präsident Emmanuel Macron zur Regierungsfindung enttäuscht gezeigt. „Keine neue Position, kein wirkliches strukturiertes Vorhaben für die Franzosen, keine Vision davon, was ein Regierungsprogramm für die kommenden Monate wäre“, sagte der Fraktionsvorsitzende der Droite Républicaine, Laurent Wauquiez. Man habe Macron dazu aufgefordert, endlich einen neuen Premier zu ernennen, um aus der Krise herauszukommen. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl vor sieben Wochen landete das Linksbündnis Nouveau Front Populaire überraschend auf Platz eins – vor Macrons Mitte-Kräften und den Rechtsnationalen um Marine Le Pen. Eine absolute Mehrheit erhielt keines der Lager.

DIE GUTE NACHRICHT

UNSERIÖSE ENERGIEANBIETER

Regierung will mehr Schutz

Die Bundesregierung will Strom- und Gaskunden besser vor unseriösen Anbietern auf dem Energiemarkt schützen. Sogenannte Energie-Discounter müssen sich dafür künftig am Markt stärker gegen Preisschwankungen absichern, wie aus einem Gesetzentwurf des Wirtschaftsministeriums hervorgeht, der der Nachrichtenagentur Reuters vorlag. Hintergrund sind die Kündigungen von Strom- und Gas-Verträgen durch Discounter 2022. Viele Anbieter hatten Kunden mit günstigen Tarifen gelockt, weil sie hofften, sich kurzfristig am Markt billig mit Strom oder Gas eindecken zu können. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine stiegen die Preise jedoch rasant, Discounter kündigten daraufhin Tausende Verträge. Verbraucher hatten damals Probleme, neue Lieferanten zu finden.

BILDUNGSSYSTEM

Umfrage: Unzufriedenheit wächst

Das deutsche Bildungssystem wird in der Bevölkerung immer schlechter bewertet. Derzeit sind nur noch 49 Prozent der Meinung, das Bildungssystem sei alles in allem sehr gut oder gut, wie eine repräsentative Allensbach-Umfrage für die Deutsche Telekom Stiftung ergab. 2020 waren es 56 Prozent, 2018 sogar 70 Prozent. Die Politik kümmert sich nach Ansicht einer großen Mehrheit von 80 Prozent der Befragten zu wenig um das Thema Bildung. 94 Prozent finden, Bildung sollte in der Politik einen hohen oder sehr hohen Stellenwert haben. Mehr als 90 Prozent halten es für (sehr) wichtig für die Demokratie, dass Deutschland ein gutes Bildungssystem hat. Als vordringlichste Probleme an den Schulen werden eine Behebung des Lehrkräftemangels (84 Prozent), eine bessere Vorbereitung auf das Berufsleben (73), eine Verringerung des Stundenausfalls (73) und mehr Vermittlung von Allgemeinbildung (66) genannt.

AUSSENPOLITIK

WAHLBETRUG IN DEN USA

Überarbeitete Anklage gegen Trump

Im Bundesverfahren gegen den früheren US-Präsidenten Donald Trump zu versuchtem Wahlbetrug liegt eine überarbeitete Anklageschrift vor. Das Team von Sonderermittler Jack Smith legte das Dokument neu auf, nachdem der oberste US-Gerichtshof Anfang Juli mit seiner rechtskonservativen Mehrheit entschieden hatte, dass Trump für gewisse Amtshandlungen Immunität genießt. Wegen der historischen Entscheidung des Gerichts mussten Smith und sein Team die Anklage gegen Trump anpassen, um den Fall weiter vorantreiben zu können. Die neue Fassung ist etwas kürzer und klammert einige Passagen aus der ursprünglichen Anklageschrift aus, unter anderem zu Trumps Interaktionen mit dem Justizministerium.

SCHMUGGLER IN GRIECHENLAND

Migranten ins Meer geworfen

Menschenschmuggler haben nach Angaben der griechischen Behörden mehrfach Migranten ins Mittelmeer gezwungen, um der Küstenwache zu entkommen. In einem Fall hätten



SARAH MEYER/REUTERS

Die Haltung von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) zu Syrien-Abschiebungen ist auch in der Ampel umstritten

In der Urteilsbegründung heißt es, es sei nicht ersichtlich, „auf welche konkrete Tatsachengrundlage“ das Auswärtige Amt seine „ebenso pauschale wie weitreichende Aussage stützt“. Die vom Ministerium angeführten Berichte von Amnesty International und Human Rights Watch „beruhen auf einer zu schmalen Tatsachengrundlage und sind nicht repräsentativ“. Ironischerweise sind die Quellen, die das Gericht selbst aufführt, auch ausgesprochen dünn: Zentrale Aussagen werden auf ein Protokoll eines Treffens des dänischen Einwanderungsdienstes mit einer nicht benannten syrischen Menschenrechtsorganisation im April 2022 gestützt. Warum ausgerechnet diese Organisation herangezogen wird, bleibt offen.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte am Montag, in Syrien komme es in allen Landesteilen weiterhin zu Kämpfen und zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Aus dem Ministerium ist zu hören, man lege jährlich einen aktuellen Bericht vor, der die Lage vor Ort faktisch beschreibt. Die turnusmäßige Aktualisierung des Lageberichts zu Syrien laufe aktuell an.

Asylrechtler Thym weist darauf hin, dass Asylberichte rechtlich nicht bindend seien. „Theoretisch könnte das BAMF auch gegen den Lagebericht des Auswärtigen Amtes seine Entscheidungspraxis ändern und bei der Erteilung von subsidiärem Schutz strenger vorgehen“, so Thym. Alexander Throm (CDU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, würde das begrüßen: „Kanzler Scholz wird sich über Baerbock hinwegsetzen müssen, wenn er sein Versprechen, nach Syrien und Afghanistan abzuschließen, gegenüber der Bevölkerung tatsächlich einhalten will.“ Allerdings wäre solch ein Manöver nicht nur politisch, sondern auch rechtlich riskant: Gerichte könnten entsprechende Entscheidungen des BAMF oder der Ausländerbehörden wieder kassieren, wenn sie der Ansicht sind, dass die Tatsachengrundlage fehle.

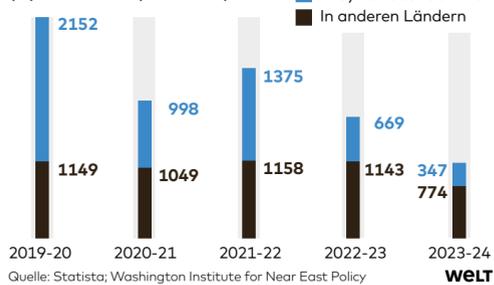
Baerbock selbst sagte am Dienstag im Radio-Interview mit dem RBB, Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan seien schon jetzt „in Einzelfällen dort möglich, aber nicht trivial“. Dem steht in der Praxis entgegen, dass derzeit alle Syrer mindestens subsidiären Schutz bekommen und Afghanen überwiegend von einem Abschiebeverbot profitieren; abgeschoben werden kann derzeit daher noch niemand. Weiter führte Baerbock aus, dass es schon jetzt geltendes Recht sei, dass Straftäter und Gefährder keinen subsidiären Schutz bekämen oder ihn verlören, wenn sie Straftaten begingen. „Deswegen haben Mörder und Terroristen bei uns keinen Platz“, so Baerbock. Matthias Lehnert, Fachanwalt für Aufenthaltsrecht, hält die Aussage nur teilweise für richtig. „Es stimmt, dass Straftäter ihren subsidiären Schutz verlieren, wenn sie Straftaten begehen“, sagt er. „Allerdings bekommen sie dann einen niedrigeren Schutzstatus, etwa eine Duldung oder ein Abschiebungsverbot, weil dem BAMF zufolge eine Abschiebung gegen Menschenrechte verstoßen würde.“

Im Interview relativierte Baerbock irgendwann sogar die Bedeutung ihres eigenen Asylgerichts. „Daran kann man sich orientieren als Gericht, daran kann man sich orientieren als Landesregierung, niemand muss sich daran orientieren, an den Fakten, die wir beschreiben.“

ANSCHLÄGE

IS bekennt sich seltener

Anzahl der Terrorangriffe, zu denen sich der Islamische Staat (IS) bekannt hat (2019-2024)*



Quelle: Statista; Washington Institute for Near East Policy

* jeweils von März bis März

WISSEN

PSYCHOLOGIE

Extremismus und Wahlverhalten

In Deutschland und anderen europäischen Ländern gewinnen rechte Parteien an Zustimmung. Ist Rechtsextremismus mehr als eine „normale Pathologie“ westlicher Gesellschaften? Der Psychologe Tobias Rothmund erklärt, was Anschläge wie jener in Solingen in der Gesellschaft auslösen, wie die Wende in Ostdeutschland bis heute nachwirkt, warum sich auch in westdeutschen Bundesländern mehr Menschen radikalisieren und wie sich die Entwicklung aufhalten ließe. Das Interview lesen Sie auf Seite 8.

ÖSTLICHE PFERDEENZEPHALOMYELITIS

Virus-Alarm in den USA

Die Krankheit ist selten, aber hochgefährlich: Behörden im nordöstlichen US-Bundesstaat Massachusetts wollen mit Pestiziden gegen das EEE-Virus vorgehen, das die seltene Krankheit Östliche Pferdeenzephalomyelitis (EEE) hervorruft. Nachdem zum ersten Mal seit vier Jahren in Massachusetts eine Erkrankung bekannt wurde, werde man diese Woche in den besonders gefährdeten Bezirken Pestizide aus der Luft versprühen, teilte die Gesundheitsbehörde des Bundesstaates mit. Dies soll die Verbreitung der Mücken eindämmen, die den Erreger übertragen können. In den USA wurden dieses Jahr bislang drei EEE-Fälle bei Menschen bekannt – in Massachusetts, Vermont und New Jersey.

WIRTSCHAFT UND GELD

IFO-PROGNOSE ZUM ARBEITSMARKT

Ab 2026 weniger Erwerbstätige

Das Münchener Ifo-Institut hat eine neue Prognose zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit vorgelegt. Demnach dürfte sie 2026 um 0,3 Prozent sinken, 2027 bereits um 0,7 Prozent – und 2028 mit Minus 1,5 Prozent den stärksten Rückgang seit der Wiedervereinigung verbuchen. Hauptsächlich verantwortlich dafür sind die demografischen Veränderungen. Die Zahl der neu dazukommenden Erwerbstätigen aus Ausbildung und Studium sowie die dazukommenden Erwerbstätigen durch Migration fangen in der Summe nicht mehr die Rückgänge durch Pensionierung und Verrentung auf. Lesen Sie dazu den Bericht auf Seite 9.

FLUGVERKEHR

Ryanair-Chef für Getränkelimit

Im Kampf gegen Gewalt und Übergriffe an Bord von Flugzeugen fordert Ryanair-Chef Michael O'Leary ein Getränke-Limit vor Abflug. Reisende sollten höchstens zwei Drinks am Flughafen je Board-Karte kaufen können, sagte der Boss der irischen Billig-Airline der britischen Zeitung „Telegraph“. Fälle von Gewalt hätten in diesem Sommer stark zugenommen, es komme fast wöchentlich zu Angriffen. „Es ist für Fluggesellschaften nicht so einfach, betrunkene Personen am Gate zu identifizieren, insbesondere wenn sie mit zwei oder drei anderen an Bord gehen“, sagte O'Leary. „Solange sie stehen und sich bewegen können, kommen sie durch. Erst wenn das Flugzeug abhebt, kommt es zu Fehlverhalten.“

AUTOBAUER POLESTAR

Deutscher wird Chef

Der Luxus-Elektroautobauer Polestar bekommt einen neuen Chef. Der Deutsche Michael Lohscheller werde den Posten zum 1. Oktober übernehmen, teilte das schwedisch-chinesische Unternehmen mit. Lohscheller war zuvor CEO bei Opel, dem vietnamesischen Autobauer Vinfast und dem US-Truckerhersteller Nikola gewesen. Der bisherige Chef Thomas Ingenlath, der die Marke in den vergangenen sieben Jahren seit ihrer Gründung angeführt hatte, trete zurück. Polestar gehört dem chinesischen Geely-Konzern und dessen schwedischer Tochter Volvo. Das 2017 gegründete Unternehmen fokussiert sich auf das Premium-Geschäft und bietet seine Fahrzeuge nach eigenen Angaben in 27 Ländern weltweit an.

KAMPAGNE VON FRITZ KOLA IM OSTEN

Gründer plädiert für Toleranz

Der Gründer der Hamburger Trendbrause Fitz Kola, Mirco Wolf Wiegert, geht mit Passadenwerbung für mehr Vielfalt gegen das Anwachsen rechtsradikaler Tendenzen in Ostdeutschland vor. „Als Unternehmer will ich der Gesellschaft etwas Positives zurückgeben.“ Es laufe etwas falsch, weil zu viele Leute das Thema Migration durchweg negativ sähen. Dabei würden gerade bei seinen Geschäftskunden viele fleißige Einwanderer arbeiten, von denen einige in der Kampagne von Fritz Kola zu sehen sind. Lesen Sie das Interview mit Wiegert auf Seite 12.

MARC O'POLO

Kampagne mit Kroos und Bündchen

Die bayerische Modemarke Marc O'Pollo kündigt die „größte Kampagne aller Zeiten an“ – zumindest in der Firmengeschichte. Dafür werden Model Gisele Bündchen und Ex-Fußballstar Toni Kroos die Gesichter der Modemarke. Die Kampagne soll das Wachstum und die Expansion des Unternehmens unterstützen. Dabei steht für Marc O'Pollo aber „profitables Wachstum (...) ganz oben auf der Agenda“, wie Firmenchef Maximilian Böck sagt. Wie die Expansion aussehen soll, lesen Sie im Bericht auf Seite 10.

TAG AN DER BÖRSE

Dax lässt Kurssturz vergessen

Die Börsen tendierten am Mittwoch freundlich. Der Deutsche Aktienindex Dax legte bis zum Nachmittag um 154 Punkte oder 0,8 Prozent auf 18.835 Punkte zu. Auf der Gewinnerseite stachen Covestro (plus 3,6 Prozent) und Symrise (plus 2,7 Prozent) hervor, auf der Verliererseite fanden sich geschlossen die Autowerte. Seit dem Kurseinbruch zu Monatsbeginn erholte sich der Dax inzwischen um gut zehn Prozent. Die Anleger warteten mit Spannung auf die Quartalsbilanz und vor allem die Prognosen des US-Chip-Schwergewichts Nvidia am Mittwoch nach Börsenschluss in den USA. Mehr Börsendaten auf Seite 9.

SPORT

BVB-SPIELER

Özcan und Moukoko vor Wechsel

Die Chance auf einen Stammplatz bei Borussia Dortmund ist gering. Deshalb galt Salih Özcan schon seit Wochen als Verkaufskandidat. Nun steht der türkische Nationalspieler laut Medieninformationen vor einem Wechsel zum VfL Wolfsburg. Demnach hat sich der Mittelfeldspieler am Mittwoch beim Training von seinen bisherigen Mannschaftskollegen verabschiedet. Dem Vernehmen nach soll der bis 2026 vertraglich an den BVB gebundene 26-Jährige für ein Jahr an den Bundesliga-Konkurrenten ohne Kaufoption verliehen werden. Derweil stand der Wechsel von Youssoufa Moukoko zum französischen Klub OGC Nizza am Mittwochnachmittag unmittelbar vor dem Abschluss. Der einst als Supertalent geltende Moukoko gehörte in den ersten beiden Pflichtspielen dieser Saison nicht einmal zum Kader. Wie es dazu kommen konnte, erfahren Sie auf Seite 13.

PREISGELDER IM REITEN

Deutsche kassiert am häufigsten

Sophie Hinners ist die derzeit effektivste Springreiterin der Welt. Die 26-Jährige aus Pfungstadt führt in einer speziellen Statistik, sie kassierte bei ihren internationalen Starts am häufigsten Preisgeld. In den vergangenen zwölf Monaten erreichte die deutsche Meisterin von 2021 nach Berechnungen des Pferdesport-Portals „Hippomundo“ bei 51,5 Prozent ihrer Ritte vordere Platzierungen, bei denen es auch Prämien gab. Hinners kassierte dabei insgesamt 529.274 Euro. Kurios: Nummer zwei dieses Rankings ist ausgerechnet ihr Freund Richard Vogel vor der Französin Marie Demonte. Der deutsche Olympia-Reiter aus Marburg kam auf eine Quote von 50,4 Prozent. Der 27-Jährige kassierte dabei mit insgesamt 1,732 Millionen Euro allerdings deutlich mehr Geld. Die Erklärung: Vogel reitet häufiger bei Fünf-Sterne-Prüfungen mit hohem Preisgeld als seine Freundin und siegt auch häufiger als Hinners.

KULTUR UND GESELLSCHAFT

„DIE RINGE DER MACHT“

Nächster Versuch

„Die Ringe der Macht“ ist die mutmaßlich teuerste Serie der Welt. Sie basiert auf dem Werk von J.R.R. Tolkien und sollte fürs Streaming eigentlich werden, was Peter Jacksons „Herr der Ringe“-Filme einmal fürs Kino waren. Kolportierte 250 Millionen Dollar hat Amazon allein für das Recht bezahlt, den Stoff zu verfilmen. Doch nach der ersten Staffel blieb die große Begeisterung erst mal aus. Sie war doch ziemlich lahm. Nun kehren „Die Ringe der Macht“ mit acht wild entschlossenen Folgen auf die Bildschirme zurück. Wird es diesmal besser? Lesen Sie das Urteil unseres Tolkien-Experten auf Seite 16.

MESSERRATTACKE IN MOERS

Polizei erschießt Angreifer

Nach tödlichen Polizeischüssen auf einen mutmaßlichen, mit Messern bewaffneten Angreifer in Moers ermittelt eine Mordkommission der Polizei Duisburg. Die Polizei war am Dienstagnachmittag gerufen worden, weil der Mann mehrere Passanten tätlich angegriffen und bedroht habe, berichtete die Polizei. Dann soll der 26 Jahre alte Deutsche auch die Beamten attackiert haben. „Nach derzeitigem Erkenntnis-

FREE THEM NOW

Die Geiseln der Hamas

327 Tage werden die beim Angriff der islamistischen Terroristen am 7. Oktober 2023 verschleppten Menschen schon gefangen gehalten.



stand soll der Mann mit zwei Messern in den Händen die Polizisten angegriffen haben“, erklärten Polizei und Staatsanwaltschaft. Daraufhin hätten Polizeibeamte geschossen, der 26-Jährige sei dadurch tödlich verletzt worden. Weitere Personen seien nicht zu Schaden gekommen. Die Hintergründe der Tat sind bislang unklar. Eine Mordkommission wurde eingerichtet. Aus Neutralitätsgründen ermittelt die Polizei in der Nachbarstadt Duisburg.

AN DÄNISCHEM STRAND VERSCHÜTTET

Zwei deutsche Jungen gestorben

Tragödie am Nordseestrand: Zwei deutsche Jungen im Alter von neun und zwölf Jahren sind beim Spielen in Dänemark ums Leben gekommen. Die Kinder waren am Sonntag in Nørre Vorupør im Norden des Landes unter Sandmassen begraben worden. Fieberhaft war daraufhin nach ihnen gegraben worden, ehe sie rund 40 Minuten nach dem ersten Alarm befreit werden konnten. Sie erhielten Erste Hilfe und wurden in kritischem Zustand per Hubschrauber in ein Krankenhaus gebracht, wo sie am Dienstagabend starben. Bisherige Erkenntnisse der Polizei deuten darauf hin, dass die Jungs beim Spielen am Strand eine Art Höhle in die Dünen gruben, was möglicherweise den Erdsturz auslöste.

MÜNCHNER OKTOBERFEST

Warnung vor Abzocke mit Tischen

Rund drei Wochen vor Beginn des Oktoberfestes sind Tische in Festzelten heiß begehrt. Die Verbraucherzentrale Bayern warnt deshalb vor unseriösen Angeboten im Internet: Die seien oft um ein Vielfaches teurer als die Originalpreise, zudem könne man nicht sicher sein, wirklich ins Zelt gelassen zu werden. „Viele Wiesenwirte regeln in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen, dass Reservierungen, die nicht direkt bei ihnen gekauft wurden, ungültig sind“, warnte der Verband. Die Folge: Die Menschen werden an der Tür abgewiesen.

WEGEN DER RENTE

Tote Mutter in Gefriertruhe

Auf der italienischen Mittelmeerinsel Sardinien hat ein Mann seine tote Mutter jahrelang in der Gefriertruhe versteckt, um weiterhin ihre Rente zu kassieren. Der 54-Jährige soll nun wegen schweren Betrugs und Verheimlichung des Todes vor Gericht gestellt werden. Die Leiche der 78 Jahre alten Frau war von der Polizei bei einer Durchsuchung entdeckt worden, nachdem sich Nachbarn irgendwann doch über ihre Abwesenheit gewundert hatten. Die Gefriertruhe stand im Erdgeschoss. Vermutet wird, dass die Frau bereits seit etwa zwei Jahren tot ist. Möglicherweise sei sie während der Corona-Pandemie gestorben, vermutlich eines natürlichen Todes, hieß es. Eine Obduktion soll nun Klarheit bringen.

AUF DER FLUCHT VOR DER POLIZEI

Mann springt in die Mosel

Ein Autofahrer ist bei Cochem in Rheinland-Pfalz auf der Flucht vor der Polizei in die Mosel gesprungen – und hat sich fast 45 Minuten lang geweigert, den Fluss wieder zu verlassen. Erst danach habe der auf beiden Seiten von Beamten erwartete 41-Jährige „die Ausweglosigkeit der Situation“ erkannt, erklärte die Polizei. Er ließ sich von Feuerwehrleuten retten. Den Beamten zufolge ist er als fahrtauglich eingestuft. Dies dürfte vermutlich auch der Grund für seinen Fluchtversuch gewesen sein, hieß es.

WETTER



Viel Sonnenschein, lokal Quellwolken

Heute: Es wird schwüler. Nach örtlichem Frühnebel scheint zunächst noch längere Zeit die Sonne. Im Laufe des Tages entwickeln sich dann gebietsweise Quellwolken, die einzelne, aber kräftige Schauer oder Gewitter bringen können. Die Temperaturen steigen auf 27 bis 35 Grad. Nur auf den Nordseeinseln bleibt es kühler. Der Wind weht überwiegend mäßig aus Süd bis Nordwest. Biowetter: Im Tagesverlauf nimmt die Wärmebelastung für den Körper stark zu. Ermüdungsschneidungen und Konzentrationsstörungen stellen sich ein. Hitzeempfindliche sollten sich in kühlen Räumen aufhalten und Aufenthalt in der Sonne meiden.

Seiteneinsteiger des BSW drängen in den Landtag

In Thüringen haben ein Unternehmer, eine Kundenbetreuerin und ein Koch gute Chancen

Steffen Schütz steht in einer Tischlerei, von Plakaten lächelt sein Gesicht. Hinter dem groß gewachsenen Mann steht eine Schleifmaschine, Holzbretter lehnen an der Wand, ein Beamer steht etwas wackelig auf einem Plastikeimer. „Wir fühlen uns häufig wie in einer Werkstatt“, sagt Schütz. „Das hat manchmal auch was von Improvisation. Das ist das, was uns ausmacht.“

VON KEVIN CULINA

Schütz leitet mit der ehemaligen Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in Thüringen. An einem Julitag in Erfurt stellen sie die Kampagne zur Landtagswahl im September vor. Neben Wolf zeigen die Plakate eben auch Schütz. Zwei Polit-Profis – und ein Neueinsteiger. Während es in etablierten Parteien zumeist die sogenannte Ochsentour durch Parteigremien und Kommunalparlamenten zu durchlaufen gilt, will die Wagenknecht-Partei einige Politik-Neulinge in den Thüringer Landtag schicken. In Umfragen steht die Partei derzeit bei rund 20 Prozent. Der künftigen BSW-Fraktion könnten somit wohl ein ehemaliger Grünen-Landtagsabgeordneter sowie eine Linke-Bundestagsabgeordnete, aber eben auch ein Koch und Betreiber einer DDR-Nostalgie-Kneipe, eine Kundenbetreuerin der Abfallwirtschaft sowie vielleicht auch ein selbstständiger Tischler angehören. Schütz gründete eine Marketing-Firma in Berlin, gestaltete Werbe-Kampagnen für die Berliner Verkehrsbetriebe oder das Land Brandenburg.

Das BSW macht die Neulinge zum Programm. Das wirft jedoch Fragen auf: Können Neulinge überhaupt Parlamentsarbeit? Wie viel Einarbeitungszeit werden sie benötigen? Und muss ein Unternehmer auch gleich guter Wirtschaftspolitiker sein? „Ich habe erfolgreich Unternehmen geführt, Teams aufgebaut“, sagt Matthias Herzog an ei-



Nina Behrendt, Kundeneraterin und BSW-Kandidatin zur Thüringer-Wahl

nem heißen Augustnachmittag in Erfurt. „Ich traue mir das zu.“ Der 51-Jährige war Bauunternehmer, verkaufte Naturstein, betrieb eine Fliesenlegerei. Zuletzt war er Geschäftsführer der Erfurter Basketball Löwen, einem Drittligisten. Im September hat er auf dem Listenplatz zehn gute Chancen, in den Thüringer Landtag einzuziehen. Als Netzwerker und Verkäufer könne er auch Politik. „Wenn ich ein Produkt verkaufe, stelle ich es natürlich groß und besser dar“, sagt Herzog. „Der Sack Kohle wird nicht als Gold verkauft. Aber ein bisschen Prahlen gehört dazu.“

Herzog sagt, er spüre eine große Unzufriedenheit im Land. Das hört man dieser Tage vielerorts in Thüringen. Dem wolle er mit seiner jahrzehntlang erarbeiteten Wirtschaftskompetenz etwas entgegenzusetzen. Viele Entscheidungsträger würden die Probleme der Unternehmer gar nicht mehr kennen. Auch er verbindet damit einen eigenen Politik-Ansatz: „Unser Anspruch ist: Politiker sollen die Probleme kennen, über die sie entscheiden.“ Über ein Erfurter Unternehmernetzwerk fand er 2022 den Weg zu Wagenknecht. Später kamen enttäuschte Linke dazu – das Thüringer BSW entstand. „Plötzlich war ich vorne mit dabei“, sagt Herzog heute. Doch genau diese Rolle kenne er eben schon.

Solch eine Berufserfahrung in der Wirtschaft habe in der Politik nicht nur Vorteile, sagt Jens Borchert, Politikwissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. „Wer aus der Wirtschaft kommt, kennt oft eine andere Hierarchie: Der Chef entscheidet“, so Borchert. „Im Parlament funktioniert das so nicht. Wer auf die Hierarchie pocht, läuft erfahrungsgemäß oft gegen die Wand.“ Während Unternehmer

schnelle Erfolge vorweisen müssten, gelte in der Politik ein völlig anderer Zeithorizont. Politik sei immer mehr zu einem komplexen Beruf geworden, mit eigener Logik. „Sie ist ritualisiert, in Teilprozesse zerlegt. Um erfolgreich zu sein, muss man diese Spielregeln kennen.“ Eine einfache, gute Idee reiche nicht, so der Politikologe. Es gelte, Kooperationspartner zu finden, für seine Projekte zu werben, ohne selbst zu stark vorzupreschen. Eine Idee durchlaufe einen langen Prozess in der Fraktion, den Ausschüssen und dem Parlament. „Für Außenseiter ist das oft schwer zu verstehen und zu durchschauen.“ Wer kommunalpolitische Erfahrung gesammelt hat, habe es einfacher. „Wer völlig von außen kommt, wird es schwer haben.“

Borchert beschäftigte sich eingehend mit Parlamentsneulingen, befragte Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen über einen längeren Zeitraum. Viele wollten explizit der „normale Bürger“ bleiben, auch im Parlament. Doch es gebe einen „starken Sozialisationsaspekt“, so der Politikwissenschaftler, Verhaltensweisen von Parlamentariern würden nach rund einem Jahr häufig übernommen. „Oft entsteht ein herausgehobenes Statusbewusstsein: Ich bin Abgeordneter und sitze auf Veranstaltungen in der ersten Reihe.“ Das bemerke zumeist das soziale Umfeld, bevor es dem Abgeordneten selbst klar werde.

In der Erfurter BSW-Zentrale sitzt Nina Behrendt. Sie kümmert sich im Wahlkampf um die Vernetzung von Parteimitgliedern und Unterstützern. „Das kann ich, also mache ich es“, sagt die 41-Jährige, die als Kundenbetreuerin seit ihrer Ausbildung bei der Stadtwirtschaft arbeitet. Bereich: Abfallentsorgung. Wer ein Haus renoviert oder eine Baufirma hat, kann sich an Behrendt wenden.

„Ich kenne die Probleme mit der Bürokratie aus dem Alltag“, sagt Behrendt. Immer wieder stoße sie an Grenzen, Verordnungen, Kommunikationswege. „Innerhalb einer Kommune hat das eine Amt nicht denselben Wissensstand, wie das andere Amt.“ Das erzeuge einen großen Frust. „Ich will meine Heimat aus dem Stillstand holen.“ In der jungen Wagenknecht-Partei schrieb sie am Programm zur Bildungspolitik mit. Als Mutter und stellvertretende Schulleitersprecherin kenne sie die Probleme aus dem Alltag.

Am Wahlabend werden die zwei Welten in Behrendts Leben aufeinandertreffen. Sie erlebt ihr 25-jähriges Firmenjubiläum – und könnte zur Landtagsabgeordneten gewählt werden. „Es ist ein Sprung ins kalte Wasser“, gibt sie mit Blick auf ein mögliches Mandat zu. „Aber vieles entsteht im Tun.“

Politiker brauchten, so das Ergebnis von Borcherts Arbeit, rund ein Jahr, um sich in der neuen Rolle des Abgeordneten zurechtzufinden. „Wer effektiv Einfluss nehmen und Führungsämter übernehmen will, braucht in der Regel eine Legislaturperiode“, sagt der Politikwissenschaftler. Das BSW wird diese Zeit womöglich nicht bekommen – eine Regierungsbildung ohne sie ist in Thüringen derzeit rechnerisch kaum vorstellbar. Mehr noch: Die Partei müsse eine eigene Rolle finden. „Zentral für das BSW wird der Umgang mit den Bürgern sein: Will man Problemlöser oder Elitenkritiker sein?“

Zudem wird die Öffentlichkeit jeden Schritt der neuen Partei beobachten – und jeden Fehler sezieren. „Der interaktive Charakter der Politik hat auch Nachteile: Viele sind dabei, jedes Wort kann gegen einen verwendet werden“, sagt Borchert. Auch Schütz erlebte bei seinem ersten Auftritt für die Wagenknecht-Partei gleich einen Shitstorm: Seine Distanzierung von der AfD erschien nicht allen deutlich genug. „Gleich am ersten Tag so missverstanden zu werden, hat mich schwer getroffen“, sagte er später in einem WELT-Interview. Der ehemalige Basketball-Geschäftsführer Herzog setzt auch auf die Erfahrungen in der künftigen Fraktion. „Katja Wolf sagt auch mal ganz klar: Jungs, ihr könnt das nicht so machen wie in euren Unternehmen.“ So lerne man voneinander.

In der Erfurter Tischlerei lobt die langjährige Politikerin Wolf indes die Vielfalt ihrer Wahlliste als Alleinstellungsmerkmal. Die als Ministerpräsidentin gehandelte Spitzenkandidatin bemüht sogar die Nachwendezeit. „Dass viele relativ Unerfahrene in die Politik gespült wurden, tat der Politik gut.“



Olaf Scholz (SPD) spricht zum Volk

Immerhin, es gibt mehr Applaus als Pfiffe für den Kanzler. Keinen Jubel, eher behaltener Beifall für Olaf Scholz bei seinem einzigen Auftritt im Thüringer Landtagswahlkampf.

Gute 20 Minuten am späten Dienstagnachmittag auf dem Marktplatz von Jena. Ein paar mitfühlende Sätze zu Solingen, ein paar harte Worte zum islamistischen Terror, ein leises Bekenntnis zu einem Versuch der Zusammenarbeit mit CDU-Chef Friedrich Merz. Russland, die Ukraine, der Mindestlohn, Prosperität, Wohlstand auch im Osten. Ein paar Selfies, dann geht es auch schon weiter in Richtung Sachsen.

VON ULRICH EXNER
AUS JENA

Scholz' Rede zur Thüringer Landtagswahl am kommenden Sonntag ist spürbar ein Pflichtprogramm für den Bundeskanzler. „Wir werden mit aller Kraft das tun, was notwendig ist, um solche islamistischen Terroristen zu bekämpfen“, ist der energischste Satz an diesem sonnigen Dienstagnachmittag. Ja, was denn auch sonst? Andererseits: Was sind das auch wieder für Tage im Leben des Kanzlers? Vor knapp drei Jahren als stolzer Vormann einer „Fortschrittskoalition“ gestartet und wenig später zum „Zeitwende-Kanzler“ geworden, steht er fünf Tage vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen vor dem Scheitern seiner bisherigen Regierungszelt.

Die Koalition in Berlin ist ein Dauer-Trauerspiel. Die beiden Partner, Grüne und FDP, mental längst auf der Flucht. Die eigene Partei, SPD, in den Umfragen bundesweit auf dem Weg Richtung Einstelligkeit. Dann Solingen, und damit auch die Quittung für eine Migrationspolitik, für die Scholz spätestens seit 2018 in der Verantwortung steht. In Thüringen und Sachsen wird die Kanzlerpartei, die SPD, froh sein müssen, wenn sie über der Fünf-Prozent-Hürde landet. Omid Nouripour, immerhin Co-Vorsitzender der mitregierenden Grünen, hat Scholz' Ampel-Koalition gerade als „Übergangs-Koalition“ bezeichnet. Was man kaum anders deuten kann, als dass die Grünen Olaf Scholz für einen „Übergangskanzler“ hal-

ten. Was soll man dazu dann sagen auf einem halbvollen Marktplatz in der sozialdemokratischen Diaspora?

Scholz ignoriert die Schwäche seines Regierungsbündnisses. Lieber berichtet er von seinen Gesprächen mit den Helfern von Solingen. Und die ihm am Montag Mut gemacht hätten mit solchen Sätzen: „Wir sind die Guten. Wir sind diejenigen, die alles dafür tun, dass so etwas in unserer Gesellschaft nicht passiert.“ Das, sagt Scholz, „sind die Helden unseres Miteinanders in Deutschland. So sind wir in Deutschland.“ Es sind nicht allzu viele

anbietet bei der Reduzierung der irregulären Immigration.“

Genauso wichtig sei allerdings, dass dies „entlang der Prinzipien, die für die Demokratie und die Art und Weise, wie wir dieses Land miteinander gestalten, wichtig sind“. Dazu zählt der Kanzler die „internationalen Verträge“, die „Regeln der Europäischen Union“ und „das, was unser Grundgesetz uns vorschreibt“. Angesichts der weitreichenden Vorschläge, die Merz am Wochenende vorgelegt hatte, klingt es in Jena nicht unbedingt danach, dass CDU-Chef und SPD-Kanzler

Vor dem Kanzler hat in Jena der hiesige Spitzenkandidat für die Landtagswahl Georg Maier gesprochen, zugleich Innenminister der rot-rot-grünen Erfurter Minderheitsregierung. Ein tapferer Auftritt, in dem Maier seine Wahlversprechen aufzählte. Weihnachtsgeld für Rentner mit kleiner Rente, Sozialversicherung für pflegende Angehörige, 1800 zusätzliche Polizisten und Videokameras im öffentlichen Raum.

Die Kritik, die Maier in den vergangenen Wochen an Scholz Kommunikationschwäche geübt hatte, wiederholt er in Jena nicht. Insbesondere die von Scholz ebenso ansatz- wie diskussionslos verkündete Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, hatte Maier erzürnt. Krieg und Frieden, die Waffenlieferungen an die Ukraine, die Aufrüstung der Bundeswehr hin zur Kriegstüchtigkeit sind sensible Themen in den ostdeutschen Landtagswahlkämpfen.

Scholz versucht, seine Position dennoch zu erläutern. Er greift dazu zunächst auf Willy Brandt und Helmut Schmidt zurück, zwei seiner Vorgänger. Deren Tradition, deren Friedenspolitik verpflichteten Deutschland „zu der klaren Aussage: Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden. Das ist die Grundlage für Frieden und Sicherheit in Europa“. Genau das aber stelle Putin infrage. „Das werden wir nicht hinnehmen“, so der Bundeskanzler. Deshalb habe man „viele Entscheidungen getroffen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, dass wir nicht angegriffen werden“. Dazu brauche es Waffen, die einen solchen Angriff „riskant“ machten.

Scholz versichert dann noch, dass Deutschland trotzdem auf Atomwaffen verzichten werde. Er verweist auf seine Friedensbemühungen, auf den Versuch, eine weitere Friedenskonferenz zu initiieren, an der „auch Russland teilnimmt“. Genau in dem Moment, als Scholz „Russland“ sagt, fangen die Kanzlergegner in der nordwestlichen Ecke des Jenaer Marktes an, laut zu buhen – und sorgen so für den einzigen kleinen Schmutzler dieses ersten scholzischen Pflicht-Auftritts. „Was buht ihr?“, fragt der Kanzler seine Kritiker, „ich dachte, ihr seid immer happy, wenn dieses Wort fällt.“

„Was buht ihr?“

Im Landtagswahlkampf in Jena lobt der Bundeskanzler die „Helden unseres Miteinanders“ in Solingen – und wendet sich direkt an seine Gegner

jener zahlreichen Gegner erschienen, die der Kanzler in Ostdeutschland hat. Sie rufen gleich zum Anfang ein paar Mal „Hau ab, hau ab“, stören den Ablauf der kurzen Scholz-Kundgebung aber kaum. Jena, Thüringens wichtigste Universitätsstadt, ist für die Sozialdemokratie noch eines der besseren Pflaster in diesem Bundesland. 13 Prozent hat die Partei hier bei der Kommunalwahl im Frühjahr eingesammelt und lag damit nahezu gleichauf mit der hiesigen AfD.

Landesweit, so prognostizieren es die Meinungsforscher, wird es Björn Höckes Landesverband am Sonntag dagegen auf rund 30 Prozent bringen, fünfmal mehr als die SPD, als Scholz' Partei. Der Kanzler erwähnt die AfD an diesem Nachmittag mit keinem Wort. Stattdessen bewertet er das Treffen mit Merz, das am Dienstagmorgen im Kanzleramt stattgefunden hatte. Es sei richtig, so Scholz, „wenn auch der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag Zusammenarbeit

auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Aus seiner Sicht hat Scholz bereits ordentlich geliefert bei der Bekämpfung der illegalen Immigration.“

Mit „ganz vielen Gesetzen“, ruft der Kanzler, „haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass die Zahl derjenigen, die irregulär nach Deutschland gekommen sind, zurückgegangen ist.“ Zudem habe die Ampel-Koalition dafür gesorgt, „dass die Zahl der Rückführungen, der Abschiebungen gestiegen ist“ und die Höchstdauer des Abschiebungs-Gewahrsams verlängert. Diesen Pfad wolle er fortsetzen, sagt Scholz und kündigt in Sachsen Solingen Untersuchungen an, „ohne Schaum vor dem Mund, damit wir Konsequenzen ziehen können“. Ein Seitenhieb in Richtung von SPD-Chefin Esken, die in der Talkshow „Caren Miosga“ gesagt hatte, dass Politik und Polizei aus den Fehlern, die dem Anschlag von Solingen vorausgegangen sind, nichts werden lernen können.

Lauterbachs Plan gegen Herzerkrankungen

Diese sind in Deutschland die häufigste Todesursache. Zugang zu Medikamenten soll erleichtert werden

Die Bundesregierung will die Früherkennung und Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen verbessern. Einen entsprechenden Entwurf zum „Gesundes-Herz-Gesetz“ beschloss das Bundeskabinett am Mittwoch. Das Problem sei nicht die kardiologische Versorgung, sagte Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). „Woran es fehlt, ist die Vorbeugemedizin.“ Ein Überblick:

WARUM EIN GESETZ ZU SOLCHEN ERKRANKUNGEN?

Erkrankungen des Herzens und der Blutgefäße sind in Deutschland die häufigste Todesursache: Sie sind für rund ein Drittel aller Todesfälle verantwortlich. An ihnen starben laut Statistischem Bundesamt 2023 rund 348.000 Menschen. Im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen hat die Bundesrepublik Lauterbachs Ministerium zufolge zudem eine der höchsten Sterblichkeitsraten durch Herz-Kreis-

lauf-Erkrankungen. Entsprechend kostspielig sind diese: Mit fast 57 Milliarden Euro verursachten Erkrankungen des Kreislaufsystems im Jahr 2020 die höchsten Kosten für das deutsche Gesundheitswesen. Herz-Kreislauf-Erkrankungen komme deshalb „eine zentrale bevölkerungsmedizinische und gesundheitspolitische Bedeutung“ zu, heißt es im Gesetzentwurf.

WARUM IST KONKRET GEPLANT?

Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen künftig von den Krankenkassen zu Untersuchungen zur Früherkennung eingeladen werden. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen soll dabei eine Fettstoffwechselerkrankung, die laut Gesetzentwurf „ein besonders hohes Risiko“ für Herz-Kreislauf-Erkrankungen bedeutet, rechtzeitig erkannt werden. Mit der Einladung zu den Untersuchungen wird zudem ein Gutschein für eine Beratung mit Messungen zu Risikofaktoren in Apotheken verschickt – unter anderem um Apotheken verstärkt einzubinden. Zur Vorbeugung von schweren Erkrankungen wie Herzinfarkten oder Schlaganfällen sollen Ärzte darüber hinaus frühzeitiger Cholesterinsenker, so genannte Statine, verord-

nen können. Weiter geplant ist, dass gesetzlich Versicherte künftig einen Anspruch auf Medikamente zur Tabakentwöhnung haben.

nen können. Weiter geplant ist, dass gesetzlich Versicherte künftig einen Anspruch auf Medikamente zur Tabakentwöhnung haben.

WARUM IST DAS VORHABEN UMSTRITTEN?

Scharfe Kritik an dem Gesetz äußern die Krankenkassen. Sie befürchten vor allem hohen Kosten. „Die vorgesehenen Maßnahmen verbessern nicht die Herzgesundheit, sondern verschärfen nur die ohnehin prekäre Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung“, warnte die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Carola Reimann. Zusatzkosten in Höhe von 3,8 Milliarden Euro seien zu erwarten. Das Gesetz sei „der falsche Weg“, findet auch der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen. Damit würden „die über Jahre mit Beitragsgeldern der gesetzlichen Krankenversicherung aufgebauten Präventionsstrukturen in Deutschland gefährdet.“

Israel beginnt großen Einsatz in Westbank

Hamas ruft Anhänger zum Widerstand auf

Das israelische Militär hat einen groß angelegten Einsatz im besetzten Westjordanland begonnen. Die Streitkräfte seien am Mittwoch in großer Truppenstärke in das als Extremistenhochburg bekannte Dschenin sowie in Tulkarem und das Flüchtlingslager Al-Faraa eingerückt, sagte Militärsprecher Nadav Schoschani. Neun Extremisten seien getötet und fünf festgenommen worden. Es sei die erste Phase einer größeren Militäroperation mit dem Ziel, Angriffe auf Israelis in Zukunft zu verhindern.

Laut Schoschani wurden drei der Extremisten durch einen Luftangriff auf Tulkarem getötet, vier durch einen weiteren Luftangriff auf Al-Faraa. Auch das palästinensische Gesundheitsministerium in Ramallah meldete neun Tote. Der Gouverneur von Dschenin, Kamal Abu al-Rub, sagte im palästinensischen Radio, dass israelische Streitkräfte die Stadt umzingelt hätten und die Aus- und Einfahrtswege sowie den Zugang zu Krankenhäusern blockierten. Auch das palästinensische Gesundheitsministerium im Westjordanland erklärte, die Straßen zu einem Krankenhaus seien vom Militär gesperrt und auch andere medizinische Einrichtungen seien umstellt. Der Militärsprecher sagte, die Streitkräfte wollten verhindern, dass Extremisten dort Schutz suchen.

Ein Reporter der Nachrichtenagentur AP beobachtete, wie israelische Armeefahrzeuge auch alle Straßen nach Al-Faraa blockierten. Jeeps und Bagger führen in den Ort, der 1948 im Zuge der Staatsgründung Israels als Flüchtlingslager für Palästinenser entstand. Soldaten patrouillierten auf den Straßen. Alle paar Minuten waren Schüsse zu hören. Auf den Gehwegen floss Wasser aus beschädigten Tanks und Leitungen.

Die Hamas rief ihre Anhänger zum Widerstand im Westjordanland auf und behauptete, der Großeinsatz sei Teil eines Plans, den Krieg im Gazastreifen auf das besetzte Westjordanland auszuweiten. Die Hamas forderte auch die Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde auf, sich dem Kampf anzuschließen. Ein Abbas-Sprecher verurteilte den israelischen Einsatz im Westjordanland als „ernsthafte Eskalation“ und rief die USA zum Eingreifen auf. Abbas kündigte später an, er werde einen Besuch in Saudi-Arabien vorzeitig abbrechen und ins Westjordanland zurückkehren.

Der israelische Außenminister Israel Katz forderte ein ähnliches Vorgehen im Westjordanland wie im Gazastreifen. „Wir müssen mit der Bedrohung genauso umgehen wie mit der terroristischen Infrastruktur im Gazastreifen, einschließlich der vorübergehenden Evakuierung der palästinensischen Bewohner und aller erforderlichen Maßnahmen. Dies ist in jeder Hinsicht ein Krieg, und wir müssen ihn gewinnen“. Militärsprecher Schoschani betonte dagegen, man habe nicht vor, die umkämpften Orte zu evakuieren. (AP)

Gegen Ende des langen Gesprächs lässt Klaus von Dohnanyi eine bemerkenswerte Aussage fallen: „Ich habe immer die Auffassung gehabt: Das, was ich tue, kann und darf nicht ganz sinnlos sein. Insofern, wenn wir jetzt hier zusammen sitzen, dann versuche ich, etwas unterzubringen – in Ihrem Kopf und damit vielleicht später in Ihrem Blatt –, was Sie und Ihre Leser nachdenklich macht. Und zwar in eine Richtung, die für die deutsche Politik gut ist und wichtig.“

VON FLORIAN SÄDLER

Nun liegt es in der Natur des Formats, dass Interviewte versuchen, die Öffentlichkeit in eine ihnen genehme Richtung zu lenken. Allerdings gibt das für gewöhnlich niemand ungefragt und unumwunden zu. Aber vielleicht ist einem so etwas mit 96 Jahren einfach egal. Beim Sichten der Notizen jedenfalls wird deutlich, welche Saat er beim Termin in seiner Hamburger Stadtvilla nahe der Alster wohl säen wollte. Sie ergibt sich auch aus seiner Biografie.

Geboren wird Klaus von Dohnanyi in der Weimarer Republik, 1928 in Hamburg. Kindheit und Jugend verbringt er in Sacrow bei Potsdam, in Leipzig und im bayerischen Ettal. Hitler zerstört die Familie: Dohnanys Vater Hans und sein Onkel, der berühmte Theologe Dietrich Bonhoeffer, werden als Widerständler von den Nationalsozialisten im KZ ermordet. Ihn selbst ziehen sie im Alter von 16 Jahren zum „Volkssturm“ ein. „Heute noch versuche ich zu verstehen, wie ich damals in diesem Widerspruch existieren konnte: ich mit dem Hakenkreuz auf meiner Armbinde und mein Vater in einem „Hakenkreuz-Gefängnis“, schrieb Dohnanyi einmal im „Spiegel“. Kurz nach Kriegsende besticht er einen Fischer, der ihn über die Elbe und vor den Sowjets in Sicherheit bringt. Aus diesen Jahren weiß Dohnanyi, was Krieg und Terror bedeuten.

Später studiert er Jura, unter anderem an den amerikanischen Elite-Universitäten Stanford, Columbia und Yale. Nachdem er 1957 in die SPD eintritt, folgt eine lange Liste prestigeträchtiger Posten, darunter: Bundestagsabgeordneter in Bonn, Hamburger Erster Bürgermeister, Staatsminister im Auswärtigen Amt, Bundeswissenschaftsminister unter Willy Brandt. Aus dessen erstem Kabinett lebt niemand mehr – bis auf Klaus von Dohnanyi.

Mit dem, was er noch immer tagtäglich in seinem Büro an Gedanken produziert, eckt er häufig an. Das weiß er, und es stört ihn nicht. „Ich war immer, wenn Sie so wollen, insofern ein Außenseiter, weil ich – zumindest glaube ich das, vielleicht liege ich auch falsch – Dinge zu Ende gedacht habe, anstatt auf halbem Wege aufzuhören.“ Auf halbem Wege aufhören, das machen die anderen. Eine Auswahl: Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) – „Ich habe nicht das Gefühl, dass sie die größeren Zusammenhänge auch nur einigermaßen durchschaut.“ FDP-Außenpolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann – „Sie setzt auf Waffen, aber ihr fehlt die zweite Dimension von Sicherheitspolitik, nämlich Verhandlungen und die Kenntnis der Interessen des Gegners“. Seine SPD – habe es trotz seiner „ausdrücklichen Warnung versäumt, vor Beginn des Krieges Verhandlungen mit Russland zu führen.“



„ICH BIN VIELLEICHT EIN KETZER“

SPD-Urgestein Klaus von Dohnanyi unterstützt jetzt Sahra Wagenknechts BSW. Das hat Gründe, die weit über Ostdeutschland hinausgehen

Klaus von Dohnanyi in seiner Hamburger Wohnung – „Ich war immer ein Außenseiter“

Ursprünglich war Anhänger für dieses Gespräch seine Ankündigung, künftig das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) zu unterstützen. Aber wer mit Dohnanyi spricht, der landet eigentlich immer schnell beim großen Ganzen, bei den bedeutenden Schnittpunkten von Geschichte, Gegenwart und Zukunft, bei den langen Linien. Und damit eben aktuell vor allem in Osteuropa.

Der Vorstoß der Ukraine auf russischen Boden in die Region Kursk möge völkerrechtlich okay sein. Aus geschichtlichen Gründen aber hält Dohnanyi es für einen „Skandal“, dass Deutschland deutsche Panzer auf russischem Boden finanziere. Überhaupt, Geschichte: „Ich bin vielleicht ein Ketzer, wenn ich sage, am besten wäre es für Europa gewesen, wenn Napoleon gewonnen hätte. Dann würden wir jetzt zwar alle Französisch statt Englisch sprechen, aber wir hätten mit Frankreich einen europäischen Hegemon, der in Europa für Ordnung sorgen könnte.“

Stattdessen habe man nun die Amerikaner. Denen – bei aller Liebe für ihr „unmögliches Land“, dem er viel zu verdanken habe – traue er politisch nicht über den Weg.

Das ist der Kern vieler seiner Argumente. Die USA hätten eben andere Interessen als Europa. Aus seiner Sicht hat Washington durch die fortgeführte Nato-Osterweiterung etwa den Krieg gegen die Ukraine mitverschuldet. Es sei immer klar gewesen, dass Moskau das nicht akzeptieren würde. Dohnanys zahlreiche Kritiker sehen in ihm wegen solcher Aussagen bisweilen einen Antiamerikanisten und Putinverstärker. Für ihn selbst sind seine Positionen schlicht Realismus und Pragmatismus.

Gut zeigen lässt sich der Gegensatz am Beispiel der These, Wladimir Putin wolle den ukrainischen Staat zerschlagen und auf dessen Gebiet Russland militärisch vergrößern. Dohnanyi hält sie für „absoluten Unsinn“. Dergleichen habe Putin nie gesagt.

Man kann dann dessen berichtigten Essay aus dem Jahr 2021 heranziehen, ebenso wie viele andere Worte und Taten, die doch auf kaum etwas anderes als die Absicht zur Vernichtung ukrainischer Souveränität hinauslaufen können. Man kann einwerfen, dass, wer sich wie Dohnanyi so sehr auf den Interessengegensatz zwischen Nato und Russland fokussiere, Zustände aus dem Blick verliere, ohne die der Krieg in dieser Form nicht denkbar wäre: russischen Nationalismus, Revanchismus, Unterdrückung der Opposition und eine inzwischen fast sektiererische Ablehnung westlicher Werte.

„Ich unterstelle mal“, sagt Dohnanyi dann sofort, „dass Sie recht haben. Und umso mehr habe ich recht: Dass man mit einem solchen Land, das in dieser Weise für Westeuropa gefährlich sein könnte, reden muss.“ Er betont „reden“ nicht wie reden, sondern wie RE-DEN. Man könnte auch sagen: PRAG-MATISCH sein, und kein Moralist.

In diesem Sinne: Wenn sich so der Tod Vieler verhindern lasse, dann sei die Unfreiheit Weniger ein akzeptabler Preis, findet Dohnanyi. Kleine Länder würden ohnehin auf ewig in diesem Dilemma verbleiben, denn Interessenräume und Hegemonialbestrebungen der Großen werde es immer geben. Man mag das für Zynismus halten. Für Dohnanyi ist es, auch hier: Realismus, Pragmatismus. Nicht das Ziel – Frieden – ist kontrovers, sondern sein vorgeschlagener Weg dorthin.

Das Gleiche gilt für seine Unterstützung des BSW. Denn dabei – im Grunde handelt es sich schlicht um eine Wahlempfehlung – geht es weniger um das BSW, sondern um eine andere Partei. Behielten die Umfragen recht, sagt Dohnanyi, dann sei es nach den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg womöglich in keinem der drei Länder noch möglich, eine Regierung ohne die AfD zu bilden. „Ich habe mir gedacht: Die Sahra Wagenknecht, die schafft eine Position, in der mit ihr eine Regierung gebildet werden kann, die nicht die AfD einbezieht. Das ist mein Hauptziel.“ Dohnanyi hält die Partei für eine Bedrohung. „Es gibt in der AfD wirkliche Nazis, wie man an Herrn Höcke und solchen Leuten sieht. Und solange das so ist, ist die AfD auch gefährlich.“

Außerdem dürfe der Rechtsruck aus der Nachbarschaft nicht auch noch in Deutschland Einzug halten. „Schauen Sie sich die anderen Länder an“, sagt Dohnanyi und zählt an den Fingern auf: „Frankreich, Italien, Schweden, die Niederlande...“ Europa brauche, diesen Punkt setzt er schon in seinem Bestseller „Nationale Interessen“, unter anderem größeren Zusammenhalt. Sonst ließen sich europäische Interessen gegenüber den großen Playern nur schwer vertreten. Das wiederum sei insbesondere bei der eigentlichen Herausforderung unserer Zeit essenziell: dem Klimawandel. Und schon ist man wieder bei den langen Linien. Aus den Wahllokalen von Freital, Glauchau und Schmalkalden-Meinungen geht es direkt nach Brüssel und Washington.

Dohnanyi hat die Welt in Flammen aufgehen sehen, Teile seiner Familie sind darin umgekommen. Vielleicht rührt daher sein Ansatz, nicht immer gleich das Beste anzustreben, sondern das Bestmögliche. Das Schlimmste zu verhindern, wie auch immer es die eigenen Möglichkeiten zulassen. Angesichts der Häufigkeit, mit der entsprechende Forderungen im Transkript des Gesprächs auftauchen, lautet die Botschaft, die er in den Köpfen platzieren will, offenbar: Seid vernünftig, kennt euren Platz in der Welt.

Er steht damit bei manchen Themen im scharfen Kontrast zum Zeitgeist, zu den Moralvorstellungen gerade vieler jüngerer Menschen, die möglichst alles Leid auf der Welt verhindern wollen. Dieser Anspruch lässt sich mit reinem Realismus und Pragmatismus nicht erfüllen.

Die große Frage ist, ob Dohnanyi mit den alten Werkzeugen seiner Zeit voraus ist – oder aus der Zeit gefallen. Seine Meinung etwa zum Umgang mit einem revanchistischen Russland teilen viele, oft namhafte Historiker heute nicht. Deren Nachfolger aber werden, ist sich Dohnanyi sicher, mit Zugang zu heute noch verschlossenen Akten und ohne die Emotionalität des Augenblicks, ihm eines Tages recht geben.

„Sicherheitspolitische Folgen für Europa“ – Orbán ignoriert EU-Ultimatum

Ungarn erlaubt es Menschen aus Russland und Belarus, ohne aufwendige Sicherheitskontrollen einzureisen. Brüssel fordert eine Erklärung aus Budapest

Anfang des Monats schickte die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, einen Brief an ihren ungarischen Amtskollegen Sándor Pintér. Darin drückte sie ihren Unmut darüber aus, dass die ungarische Regierung schon im Juli dieses Jahres Russland und Belarus auf die Liste derjenigen Länder gesetzt hat, deren Staatsangehörige in Ungarn die sogenannte „nationale Karte“ erhalten können.

VON PHILIPP FRITZ

Russen und Belarussen können so als „Gastarbeiter“ ins Land reisen; aufwendige Sicherheitskontrollen gibt es nicht, ihre Familien können nachkommen. Die „nationale Karte“ kann zudem nach zwei Jahren ohne Probleme verlängert werden. In den EU-Hauptstädten sowie in der Kommission in Brüssel waren viele geschockt – Ungarn, so Diplomaten und Experten gleichermaßen, ermögliche nicht nur russischen Arbeitsmigranten, sondern auch Agenten, sich in der EU aufzuhalten.

Die Arbeitslaubnis gilt zwar lediglich für Ungarn, doch ist es im Schen-

genraum kein Problem, sich frei und ohne Kontrollen über Grenzen hinweg zu bewegen. So schrieb auch EU-Kommissarin Johansson, dass die „nationale Karte“ potenziellen russischen Spionen und Saboteuren einen einfachen EU-Zugang verleihe. Am 15. August ging bei der Kommission ein Schreiben der baltischen Länder sowie der nordischen Länder Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island ein. Darin üben sie Kritik am Vorgehen der Ungarn und fordern die Kommission zum Handeln auf.

Die baltischen Länder, Norwegen und Finnland grenzen schließlich an Russland. Zudem gelten seit Russlands Angriff auf die gesamte Ukraine im Februar 2022 verschärfte Einreisebestimmungen für Russen in die EU, der europäische Luftraum für russische Maschinen ist geschlossen. Budapest, so die Wahrnehmung der übrigen EU-Mitglieder, unterminiert diese Maßnahmen. Die Kommission hatte denn auch der ungarischen Regierung eine Frist gesetzt, um auf ihre Bedenken zu antworten: der 19. August. Diesen Tag hat Budapest zunächst ohne Reaktion ver-

streichen lassen. Nun kam mit einigen Tagen Verspätung doch noch eine Antwort von Innenminister Pintér.

Geteilt hat sie der ungarische Europaminister János Bóka auf „X“. In dem Schreiben wiegelt Pintér ab: „Ungarn legt weiterhin großen Wert auf den Schutz seiner nationalen Sicherheit und die Sicherheit des Schengenraums insgesamt.“ Davon, dass die Maßnahmen zurückgenommen oder angepasst werden, ist indes nicht die Rede. Ungarn bleibt bei der Praktik, russische und belarussische Staatsangehörige ins Land zu lassen – und schadet damit dem Verhältnis zu den europäischen Partnerländern und Brüssel.

Für Andreas Bock ist das klar eine „Provokation“ gegenüber der Kommission. Der Ungarn-Experte der angesehenen Denkfabrik European Council on Foreign Relations (ECFR) sieht Ungarns faktische Grenzöffnung für Russen und Belarussen als ein weiteres Anzeichen einer sich zuspitzenden „Konfrontation“ von Orbán mit der EU – kurz Ungarns Übernahme des EU-Ratsvorsitzes im Juli. Besonders pikant ist, dass Russland und Belarus in das Pro-

gramm der „nationalen Karte“ aufgenommen wurden, unmittelbar, nachdem Orbán bei Wladimir Putin in Moskau war. Beobachter vermuten, dass es währenddessen Absprachen dazu gegeben haben könnte.

Ungarn profitiert zwar nicht direkt von dem Schritt. Orbán aber signalisiert Putin, dass er dessen Ansprechpartner und teilweise gar Interessenvertreter in Europa ist oder sein will. „Das Ganze

”

WIR WISSEN NICHT, WER MIT WELCHER ABSICHT IN DEN SCHENGENRAUM KOMMT

ANDREAS BOCK

Ungarn-Experte

hat aber auch sicherheitspolitische Folgen“, sagt Experte Bock im Gespräch mit WELT. „Die Bedenken der Mitgliedsstaaten und der Kommission sind gerechtfertigt. Wir wissen schlicht nicht, wer mit welcher Absicht in den Schengenraum kommt.“ Bock vergleicht die „nationale Karte“ mit der International Investment Bank (IIB), besser bekannt als „Bank der Spione“. 2019 bereits verlegte die russische Bank ihren Sitz von Moskau nach Budapest. Viele Beobachter und Experten bewerteten das Geldinstitut als potenzielle Operationsbasis für russische Dienste in Europa. 2023 wurde die IIB im Zuge der Russland-sanktionen geschlossen.

Ungarische Offizielle entgegnet auf Bedenken oder Vorwürfen aus Brüssel, dass sie nichts täten, was nicht auch andernorts in der EU Praxis sei. Während einer Pressekonferenz etwa sagte Gergely Gulyás, Chef der Kanzlei des Premierministers, dass in Ungarn lediglich 6000 Russen, in Deutschland hingegen 300.000 Russen arbeiten würden. Die Einwände gegen das Programm seien politischer Natur, so Gulyás. In Budapest wird Kritik an jenem Vorgehen ge-

rade aus Deutschland als wohlfeil empfunden. Berlin wird vorgeworfen, mit falschen Anreizen illegale Migration nach Europa zu verstärken. Personen, die als Asylsuchende nach Deutschland kommen, werden nicht hinreichend kontrolliert. Sie reisen ohne Passdokumente in die Bundesrepublik, ihre Identität ist oft nicht bekannt.

Dass auch das ein Sicherheitsproblem darstellt, ist nicht zu leugnen. Bock jedoch verweist darauf, dass der Charakter beider Phänomene unterschiedlich sei und die Bundesregierung dies nicht forcieren: „In dem einen Fall geht es konkret um Russen und Belarussen, in dem anderen vorwiegend um Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika.“ Bislang hat Budapest die Sicherheitsbedenken der EU ignoriert. Die EU-Kommission dürfte weiter auf Erklärungen seitens der ungarischen Regierung drängen. Mit echten Konsequenzen ist vorerst nicht zu rechnen – auch weil offenbar niemand in Brüssel ausgerechnet das Land, das die Ratspräsidentschaft innehat, sanktionieren möchte. 2025, wenn der Ratsvorsitz auf Polen übergeht, könnte sich das ändern.

Ukraine greift Öl-Raffinerien in Russland an

Heftige Explosionen in mehreren Regionen

Die Ukraine weitet ihre Angriffe auf Treibstofflager in Russland aus. Im Bezirk Kamenski der Oblast (Verwaltungseinheit) Rostow standen am Mittwoch nach einem Drohnenangriff mehrere Tanks in Flammen. „Es gibt keine Verletzten“, teilte Gouverneur Wassili Golubew im Kurznachrichtendienst Telegram mit. „Feuerwehrleute sind dabei, das Feuer zu löschen.“ Von ukrainischer Seite gab es zunächst keine Stellungnahme.

Erst vor zehn Tagen hatte die ukrainische Luftwaffe ein Depot für Diesel im Bezirk Proletarsk in der Oblast Rostow mit Drohnen angegriffen. Auch am Mittwoch war der Brand in dem Lager, das 74 einzelne Tanks hat, nach Angaben in einem russischen Telegram-Kanal noch nicht gelöscht. Der Telegram-Kanal Basa, der russischen Sicherheitsdiensten nahesteht, berichtete, drei Tanks würden im Kamenski-Öldepot in Flammen stehen. Zwei Drohnen seien auf das Areal gestürzt. In sozialen Netzwerken wurden Videos gezeigt, auf denen zu sehen ist, wie in der Nacht große Tanks brennen. Reuters konnte eines der Videos dem Bezirk Kamenski zuordnen.

Das russische Verteidigungsministerium teilte mit, in der Nacht seien vier Drohnen über der Region V abgeschossen worden. Der Angriff auf das Kraftstofflager wurde nicht erwähnt. Auch in der Oblast Woronesch nördlich der Oblast Rostow meldete der dortige Gouverneur, Alexander Gussew, am Mittwoch Drohnenangriffe. Die Trümmer einer der Drohnen hätten ein Feuer „in der Nähe von explosiven Objekten“ ausgelöst. Was er damit genau meinte, teilte der Gouverneur nicht mit. Das Feuer sei gelöscht worden. Das Verteidigungsministerium in Moskau teilte mit, acht Drohnen seien über Woronesch zerstört worden.

Der britische Premierminister Keir Starmer hat seit seinem Amtsantritt Anfang Juli mehrfach seine Verbundenheit mit Deutschland unter Beweis gestellt. In den ersten zwei Monaten seiner Regierungszeit hat er sich bereits fünf Mal mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) getroffen – zuletzt am Mittwoch in Berlin, wo Starmer seinen offiziellen Antrittsbesuch absolvierte.

VON MANDOLINE RUTKOWSKI
AUS LONDON

Damit setzt der neue Premier ein ganz anderes Zeichen als die konservative Vorgängerregierung. Der bis Juli amtierende Premierminister Rishi Sunak besuchte Berlin erst im 18. Monat seiner Amtszeit, die Beziehungen zwischen London und Berlin galten damals als abgekühlt.

In diesem Sommer haben beide Nationen eine Wende in den deutsch-britischen Beziehungen eingeleitet: Am Mittwoch verkündeten die Regierungschefs ein Abkommen, das die bilaterale Zusammenarbeit beider Länder „auf eine völlig neue Grundlage stellen“ soll, wie Bundeskanzler Scholz bei einer gemeinsamen Pressekonferenz sagte.

Das Abkommen soll ein breites Themenspektrum abdecken: Die beiden Länder wollen in den Bereichen Verteidigung, Klimaschutz, Bekämpfung illegaler Migration, aber auch wirtschaftlich enger zusammenarbeiten. Der Marktzugang soll erleichtert und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Wissenschaft, Innovation und Technologie, erneuerbare Energien verstärkt werden.

Der Vertrag soll bis zum Frühjahr 2025 ausgehandelt werden. Auf dem Terminplan stand auch ein Treffen mit den Chefs von Siemens und dem Rüstungskonzern Rheinmetall. Siemens beschäftigt in Großbritannien mehr als 6000 Mitarbeiter. Eine engere Partnerschaft zwischen den beiden Nationen scheint nicht nur deshalb naheliegend, weil beide Regierungschefs aus derselben sozialdemokratischen Parteienfamilie stammen. Auch in den aktuellen geopolitischen Großkrisen fahren die Regierungen einen ähnlichen Kurs. Im Ukraine-Krieg agieren beide als europäische Motoren der militärischen Unterstützung für das kriegsge-



Neue Freunde

London und Berlin wollen enger zusammenarbeiten. Starmer besucht Scholz

Hier entlang Keir! Olaf Scholz zeigt dem britischen Premierminister Starmer, wo es langgeht

beutelte Land. Im Gaza-Konflikt zeigen sich London und Berlin traditionell israelverbunden; angesichts der katastrophalen Menschenrechtslage im Gaza-Streifen nutzten beide Länder ihren Einfluss allerdings zuletzt, um Druck auf Jerusalem auszuüben.

Deutschland und Großbritannien sehen in ihrer neu belebten Freundschaft einen gegenseitigen Vorteil. Für Deutschland ist vor allem eine wirtschaftliche Annäherung von großem Interesse, denn Großbritannien war lange Zeit ein essentieller Handelspartner. Seit dem Brexit ist der Warenaustausch jedoch zurückgegangen. Noch 2015, im Jahr vor dem EU-Referendum, war Großbritannien nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der drittgrößte Handelspartner Deutsch-

lands, gemessen an den deutschen Exporten. Im Jahr 2023 lag es an achter Stelle. Finanzminister Christian Lindner sprach im vergangenen Winter eine „Dauereinladung“ in Richtung London aus, die Handelsbeziehungen mit der EU zu stärken.

Aber auch auf politischer Ebene sehen deutsche Politiker Potenzial: Der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Martin Schulz, schlug damals regelmäßige Treffen der EU mit Großbritannien vor, um sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch „institutionell“ und „kulturell“ näherzukommen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deutete an, dass sie sich langfristig eine Rückkehr Großbritanniens in die EU wünsche. Starmer kommt diese deutsche Offenheit gerade recht. Denn der Labour-Chef strebt

einen „Neustart“ der Beziehungen zur EU an. Ein einflussreicher Partner, der den Briten den Rücken stärkt, ist dabei hilfreich. Dass Deutschland bereit ist, als Brückenbauer zu fungieren, machte Scholz deutlich: Die „ausgestreckte Hand“ der Briten „wollen wir ergreifen.“

Besonders wirtschaftlich sieht Labour Chancen. Außenminister David Lammy werde das europäisch-britische Handelsabkommen (Trade and Cooperation Agreement, TCA) „Seite für Seite“ durchgehen, um Handelsbarrieren abzubauen und die Chancen für Unternehmen zu verbessern, erklärte er im vergangenen Jahr, damals noch in der Opposition. Das Brexit-Abkommen regelt die Handelsbeziehungen und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Sicherheit,

Justiz und Fischerei zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Labour schlug zuletzt ein Veterinärabkommen als Ergänzung zum Vertrag vor, das den Handel mit Tieren und tierischen Erzeugnissen erleichtern soll.

Lammy plädiert auch für einen umfassenden europäischen Sicherheitspakt, der Bereiche wie Energie, Klimakrise, Pandemien und illegale Migration einbezieht. Dass London und Berlin bereits eine Erklärung zur engeren Kooperation auf diesem Gebiet auf den Weg gebracht haben, sendet ein Signal nach Brüssel. Allerdings wird Großbritannien seine Wünsche kaum ohne Zugeständnisse durchsetzen können. Die EU und auch Deutschland wollen etwa, dass es für junge Menschen leichter wird, in Großbritannien zu leben und zu arbeiten.

Die Labour-Regierung lehnt dies bisher ab, weil sie befürchtet, dass damit der Weg frei würde für eine Rückkehr zur Freizügigkeit und für einen Wiedereintritt in die Zollunion und den Binnenmarkt. All das sind rote Linien für die Sozialdemokraten, die zu Hause nicht den Eindruck erwecken wollen, eine schlechende Rückkehr in die EU zu verfolgen. Zu tief sind die Wunden der jahrelangen Brexit-Verhandlungen. Charles Grant, Direktor der britischen Denkfabrik Centre for European Reform, glaubt, dass sich die EU vor allem beim Handelsabkommen kaum bewegen wird. „Die vorherrschende Linie in der EU ist die der Kommission und der Franzosen, dass das Handelsabkommen abgeschlossen ist und die Briten lernen müssen, damit zu leben und das Beste daraus zu machen“, sagt er WELT.

Auch bei der Sicherheitskooperation deuten sich Hürden an, etwa beim Aufbau einer gemeinsamen Rüstungsindustrie. So hat Frankreich zuletzt deutlich gemacht, dass es wenig Interesse an einer Einbindung von Ländern außerhalb des Bündnisses hat, auch weil es seine industrielle Vormachtstellung behalten will.

Premier Starmer wird also Überzeugungsarbeit in Brüssel und Paris leisten müssen. Eine gute Gelegenheit dazu bietet sich bereits am Mittwoch, wenn er nach seinem Besuch in Berlin zur Eröffnung der Paralympischen Spiele nach Paris reist. Auch ein Treffen mit Macron ist geplant. Es ist das vierte seit seinem Amtsantritt.

ANZEIGE

JETZT BEWERBEN ODER NOMINIEREN!

FUTURE PIONEERS SUMMIT

BUSINESS INSIDER **WELT**

10. OKTOBER 2024 IN BERLIN

Wir suchen Nachwuchstalente, aus dem Deep Tech Bereich, die signifikant zur Transformation und Weiterentwicklung ihrer Branche beitragen und Innovation vorantreiben. Am 10. Oktober zeichnen wir einen FUTURE PIONEER aus, der exemplarisch für das Potential und die Innovationsfähigkeit der jüngeren Generationen steht.

Partner

Knowledge-Partner

Jetzt Bewerbung oder Nominierung einreichen!

event.axelspringer.com/event/FuturePioneersSummitNominierung

Einsendeschluss: 31. August 2024

GASTBEITRAG

Die Opfer haben eine Entschuldigung verdient

Aus der schrecklichen Terrorat-tacke von Solingen könnten wir nicht viel lernen, sagte Saskia Esken am Wochenende. Zu Terrorzeiten unter Helmut Schmidt hätte man im Angesicht solcher Äußerungen irri-tiert gefragt: Wer ist Saskia Esken und was erzählt sie da? Heute, im Jahre 2024 und knapp fünf Jahrzehnte nach dem „Deutschen Herbst“, ist sie die Nachfolgerin von Kurt Schumacher und Willy Brandt.

Wer von Wut, Zorn oder Angst und Ohn-macht durch den islamistischen Terrorangriff von Solingen bewegt ist, der wird es nur schwer ertragen können, dass der politische Betrieb schon seit Jahren mit dem Einfühlungsver-mögen eines automatisierten Zettelkastens auf solche Taten reagiert. Der Täter müsse die volle Härte des Rechtsstaates spüren, wir stehen zusammen, wir lassen uns nicht spalten, es war ein Angriff auf uns alle, die Täter kriegen unse-re Angst nicht, und so weiter. Diese Erklärun-gen, die eigentlich Mitgefühl, selbstbewusstes Trotz oder Tatkräft signalisieren sollen, werden im Lichte der Fülle der Ereignisse von Mal zu Mal schaler und wirken immer hilfloser – weil am Ende oftmals nichts Substantielles passiert. Wer als politischer Verantwortungsträger aber nicht begriffen hat, dass die Menschen im Land nicht mehr rhetorischen Balsam oder Scheinlösungen, sondern echte Heilung haben wollen, der sollte nicht den Anspruch haben, als Volks-vertreter aufzutreten.

Wirklich jeder weiß, dass die Ausweitung von Messerverboten keine Menschenfeinde von ihrer Tötungsabsicht abbringen werden, es wird aber genauso vom Bundeskanzler und seiner Innenministerin suggeriert. In welcher reali-tätsarmen Welt leben wir eigentlich, dass höch-ste politische Entscheidungsträger meinen, die Menschen im Land würden ihnen diesen Un-sinn abkaufen und anschließend sagen: Ich fühle mich jetzt viel sicherer – denn die Aus-sicht, eine Ordnungswidrigkeit zu begehen, schreckt den Bösewicht ausreichend ab? Selbst-verständlich muss es das Ziel sein, die offene Gesellschaft zu bewahren, wie es manche Kom-mentatoren fordern. Im Angesicht von Weih-nachtsmärkten, die nur noch durch tonnen-schwere Poller geschützt werden können, von Public-Viewing-Zonen, die wie die britischen Kronjuwelen bewacht werden, darf man aber die Frage stellen, ob die Freiheit nicht doch schon zentimeterweise gestorben ist, wie es mein früherer Parteivorsitzender Guido We-sterwelle einmal mahnend prognostizierte.

Ob in Brokstedt, Bad Oeyenhausen oder Solingen: Menschen sterben, weil der Staat seine Aufgaben nicht erfüllt. Wer soll diesem Staat mit Respekt begegnen, wenn Repräsentanten wie Saskia Esken in solchen Situationen nicht erklären, dass dieser eine Bringschuld hat?

WOLFGANG KUBICKI



Wollen wir uns mit dieser Entwicklung abfinden und gegebenenfalls unter dem Schock weiterer, schwerer Taten zu weiteren Ein-schränkungen unserer freien Lebensweise zwin-gen lassen? Oder gehen wir neun Jahre nach dem September 2015 endlich in die bittere und schonungslose Analyse, dass es schwerwiegende politische Fehler gegeben hat, die uns in diese Lage gebracht haben? Dass unser gemeinsames Leben, unsere Freiheit und unser Sicherheits-gefühl so aussehen, wie sie jetzt aussehen, ba-siert zum großen Teil auf politischen Entschei-dungen. Und es ist Zeit, dass – abseits der kon-kreten behördlichen Verantwortlichkeiten im

Einzelfall – jemand für die Bundesrepublik Deutschland Verantwortung übernimmt und sich bei den Opfern und ihren Angehörigen für das staatspolitische Versagen entschuldigt.

Allein in den vergangenen Monaten sind in Deutschland Menschen zu Tode gekommen, weil es die staatlichen Stellen nicht vermocht haben, ihre Aufgabe zu erfüllen. Der Tod von Philipos T. in Bad Oeyenhausen wurde von einem Jugendlichen herbeigeführt, der eine dicke Polizeiakte hatte und trotzdem frei her-umlaufen konnte. Warum wurde dieser nicht vorher aus dem Verkehr gezogen? Eine Kette des Behördenversagens begünstigte auch die tödliche Messerattacke im Januar 2023 auf zwei Jugendliche in einem Regionalzug in Brokstedt. Und auch beim Attentat von Solingen legen die derzeit verfügbaren Informationen sehr nahe, dass der Täter gar nicht mehr in Deutschland sein durfte, hätten die Behörden sachgerecht gearbeitet. Während die harte behördliche Hand sogar beim Parken auf dem Grünstreifen vor dem eigenen Haus gnadenlos zuschlägt, heißt es bei schwersten behördlichen Versä-mnissen mit Todesfolge: Ist halt so, oder: Die Messer sind schuld.

Wer soll diesem Staat mit Respekt begegnen, wenn die obersten Repräsentanten in solchen Situationen nicht erklären, dass dieser auch eine Bringschuld zu leisten hat. Unser Staats-wesen ist kein seelenloses Kunstgebilde, son-derm basiert auf der Verantwortungsgemein-schaft der in ihm lebenden Menschen. Wird er seiner Verantwortung für den Schutz der Men-schen, der Freiheit und inneren Sicherheit nicht gerecht, dann können die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass ein Repräsentant für diesen Staat öffentlich einsteht und sich na-mens der Bundesrepublik Deutschland ent-schuldigt.

Dies tue ich hiermit. Als Vizepräsident des Deutschen Bundestages bitte ich um Entschul-digung in staatspolitischer Verantwortung für das behördliche Versagen, das zahlreiche töd-liche Angriffe auf Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland überhaupt erst ermöglicht hat. Die Menschen im Land können erwarten, sich ihrem Land frei und ohne Angst um das eigene Leben zu bewegen. Sie können erwarten, dass die Behörden die ihnen zuge-schriebene Aufgabe erfüllen. Und sie können erwarten, dass alle politischen Entscheidungs-träger um ihre Verantwortung für dieses Ge-meinwesen wissen.

■ Wolfgang Kubicki (FDP) ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

KOMMENTAR

So verlernen die Amerikaner noch das Wirtschaften

LAURIN MEYER



Eigentlich war einer der legendärsten Wahlkampf-Slogans der Amerikaner gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Bill Clintons geflügeltes „It's the economy, stupid“ (übersetzt etwa „Es ist die Wirtschaft, Dummkopf“) sollte ur-sprünglich nur die internen Wahlkämpfer der Demokraten einheizen.

Mehr als 30 Jahre später wünscht man sich dringlichst, der Spruch würde sich an zwei wirtschaftspolitische Einfaltspinsel dieser Zeit richten: die Präsidentschaftskandidaten Kamala Harris und Ex-Prä-sident Donald Trump. Schaut man auf ihre wirtschaftspolitischen Pläne, scheinen sich beide eher ein Kopf-an-Kopf-Rennen als „dumb and dumber“ zu liefern – als dumm und dümmlich. Ihre Konzepte würden lang-fristig wohl mehr Schaden als Nutzen an-richten. Und das nicht nur in den USA.

Da ist zum einen Harris, die mit wahn-witzigen Geldgeschenken den Durch-schnittsamerikaner umgarnen will. Die 59-Jährige verspricht Erstkäufern von Im-mobilien etwa großzügige finanzielle Start-hilfen und eine drastische Erhöhung der Kinderfreibeträge. Experten haben be-rechnet, dass ihre Pläne die amerikanische Staatsverschuldung um zusätzliche 1,7 Billionen Dollar erhöhen würden. Dabei sitzen die Vereinigten Staaten schon jetzt auf einem gigantischen Schuldenberg von rund 35 Billionen Dollar. Längst warnen Ökonomen vor den Gefahren für die USA, aber auch für das globale Finanzsystem und private Sparer.

Außerdem treiben höhere Staatsaus-gaben bekanntlich die Inflation – ein Fakt, der Harris zu fragwürdigen Staatsein-griffen verleitet. So will sie nicht nur – wie

schon unter dem amtierenden US-Prä-sidenten Joe Biden – die Preise für be-stimmte Medikamente deckeln, sondern auch die Preise für Lebensmittel regulie-ren. Als träfe das die Unternehmen nicht schon hart genug, sollen die geplanten Sozialausgaben vor allem mit höheren Steuern für Großunternehmen finanziert werden.

Dann ist da zum anderen Donald Trump, der mit seinen absurden Abschottungsfantasien nicht nur die Preisstabilität im ei-genen Land gefährdet, sondern mal wieder den Welthandel. Der 78-Jährige will einen Zoll von zehn Prozent auf fast alle Einfuhren erheben. Sein Argument sind weniger ausgeklügelte Wirtschaftsmodelle, sondern mehr ein Gefühl: Dass die Amerikaner mehr importieren als exportieren, scheint Trump als eine Art Abzocke durch das Ausland zu empfinden. Dumm nur, dass seine vorgeschlagenen Zölle die US-Wirt-schaft um mindestens 0,8 Prozent schrumpfen ließen und 684.000 Arbeits-plätze vernichten würden, wie Ökonomen unlängst schätzten. Schlimmer noch: Am Ende zahlen wohl die amerikanischen Bür-ger die Zeche. Importeure dürften die Strafzölle schließlich an die Verbraucher weitergeben.

Dabei sind die Herausforderungen der amerikanischen Wirtschaft groß. Neben der wachsenden Staatsverschuldung und der hartnäckigen Inflation darf sie die Transformation bei wichtigen Zukunfts-industrien nicht verschlafen. Gleichzeitig muss sie sich weiter von China abkoppeln. Und über allem steht noch immer die Ge-fahr, dass die US-Wirtschaft in eine Rezes-sion schlittern könnte. Dass Harris oder Trump den Herausforderungen mit ihren bisherigen Ideen gewachsen sind, scheint fraglich. Und so bleibt ausnahmsweise mal zu hoffen, dass beide – je nachdem, wer die Wahl gewinnt – ihre politischen Verspre-chen nicht halten werden.

forum@welt.de

LESERBRIEFE

Pandemie außen vor

Zu: „Wir schulden ihnen Ehrlichkeit“ vom 23. August

Liebe Frau Schröder, gerade las ich Ihren Essay. Jedes Wort spricht mich an, und ich musste teilweise innehalten vor Empörung und Abscheu. Ja, es ist wichtig, dass diese Art von geduldeter Kindesmisshandlung immer wieder bewusst gemacht wird. Ich (61) bin unbeschadet und ohne Infektion durch die Pandemie gekommen. Meine Familie mit drei Kindern und fünf Enkeln ebenso. Zum Glück hatten wir noch keine Schulkinder, sonst weiß ich nicht, was ich

gemacht hätte. Dennoch hatte die Art unse-rer Familie, der Pandemie mit gesundem Menschenverstand zu begegnen, keine rech-te Chance. Wir bildeten in der Zeit ein Fa-milienkollektiv, wo die Pandemie für die Kinder kein Thema war. Wir haben kein Kind je getestet und uns immer en famille getroffen, da wir nah beieinander wohnen. Das war ein Glück für unsere Kinder, wäh-rend wir entsetzt beobachteten, wie grau-sam und unmenschlich Kinder behandelt wurden, hielt man sich an alle Vorschriften. In diesem Sinne herzlichen Dank, Frau Schröder, für Ihr Bemühen, dass all dies nicht in Vergessenheit gerät.

KATJA KLEMM, MEERBUSCH

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.



WIR BRAUCHEN EINE SCHONUNGSLOSE ANALYSE DER POLITISCHEN FEHLER, DIE UNS IN DIESE LAGE GEBRACHT HABEN

ESSAY

Musik gewordene Inklusion für Völkische und Antisemiten

Der SPD-Co-Chef Lars Klingbeil nannte die AfD samt ihrer Co-Vorsitzenden Alice Weidel vor einiger Zeit „Nazis“. Sicher meinte er nicht jene „Nazis“, die seinen Vorgänger, den SPD-Vorsitzenden Otto Wels, in Flucht und Emigration zwangen, und auch nicht jene „Nazis“, die seinen Vorgänger Kurt Schumacher ein Jahrzehnt in Konzentrationslagern gequält hatten. Vielleicht weiß Klingbeil in Wahrheit sehr differenziert mit solchen Begriffen umzugehen – und hoffte einfach nur auf billigen Beifall.

Doch wie viel „Nazi“, wie viel ideologische Nähe zur NSDAP steckt tatsächlich in der AfD? Es gehört zur Fairness in der Demokratie, Parteien nicht nach Äußerungen einzelner Mit-glieder oder Funktionsträger zu bewerten, son-derm allein an Partei- und Wahlprogrammen und den programmatischen Einordnungen ihrer Führungsrepräsentanten. Deren medial bekann-teste Vertreterin ist Alice Weidel, die WELT vor einigen Tagen ein Interview gab. Darin hat sie einen tiefen Einblick in ihren Umgang mit dem Nationalsozialismus gegeben. Das Wahlpro-gramm der Thüringer AfD unter deren Vor-sitzenden Björn Höcke wird eröffnet mit dem 1912 entstandenen Liedtext „Rauscht ihr noch, ihr alten Wälder“ des völkischen Lyrikers Franz Langheinrich, der im Programm auch nament-lich erwähnt wird.

JULIEN REITZENSTEIN

Langheinrich war nicht nur ein glühender Anhänger des Nationalsozialismus, sondern auch Teil der 1920 gegründeten „Deutschen Kunstgesellschaft“. Wie der Historiker Sven Brajer im – kostenfrei downloadbaren – Buch „Völkisches Denken 1848 bis 1948“ zeigt, flossen in dieser Einrichtung Antisemitismus und völk-ische Kunst- und Weltbetrachtung zusammen. Sie trat für die „Säuberung“ des Kunstbetriebs von „Entartetem“ und „Undeutschem“ ein, insbesondere nachdem sie dem antisemitischen „Kampfbund für Deutsche Kultur“ des führen-den NSDAP-Ideologen Alfred Rosenberg bei-getreten war.

Als die Co-Vorsitzende der AfD im Interview auf dieses bekannteste Werk eines begeisterten Antisemiten und Anhängers radikaler NS-Ide-ologien im Thüringer AfD-Wahlprogramm an-gesprochen wurde, antwortete sie: „Das Lied ist lange vor dem Nationalsozialismus entstanden, besingt die Natur und ist völlig harmlos.“ Ent-weder verarmt diese Aussage den National-sozialismus und macht damit Anknüpfungen an

diesen – wie beispielsweise im Thüringer Partei-programm – innerhalb der AfD salonfähig. Oder aber Weidel fehlen elementare Kenntnisse zur Entstehung des Nationalsozialismus. In beiden Fällen würde ihre Bereitschaft, Bundeskanzlerin zu werden, einen neuen Aspekt bekommen.

Denn die Nationalsozialisten haben ide-ologisch nichts Neues erfunden, nichts, was es nicht vor 1918 schon gegeben hat. Sie haben verschiedenste Ideologien und Ideologeme gebündelt und die Enden dieses Bündels be-wusst vage gehalten, um in unterschiedlichste Milieus hinein anschlussfähig zu sein. Die – um im Bild zu bleiben – Gurte, die dieses heteroge-ne Bündel zusammenhielten, waren der Antise-mitismus und das Bestreben, die Natur in einen Zustand vorheriger Jahrhunderte zurückver-setzen zu müssen.

In der im späten 19. Jahrhundert stark wach-senden völkischen Bewegung waren die Ideali-sierung des Mittelalters und noch mehr der Germanen zentrale ideologische Stränge. Dabei ging es weniger um die Wiederbelebung einer paganen Gesellschaft und Religion, sondern um die Aufwertung des tatsächlichen oder vermeint-lichen germanischen Erbes in Verbindung mit einer modernen, jegliche Fremdeinflüsse ex-kludierenden Gesellschaft. In diesem Zusam-menhang wurden die Juden als artfremd stig-matisiert; man unterstellte ihnen, keine Heimat zu

haben und nicht nach eigener Scholle zu stre-ben. Dies führte zur Exkludierung jüdischer „Fremdeinflüsse“, während die Nation und das germanische Erbe nur Nichtjuden inkludierte.

Von der Idealisierung des Mittelalters und der Germanen bis zu den völkisch-nationalistischen Bestrebungen zieht sich ein roter Faden durch die Narrative: Man sah im Mittelalter eine von äußeren Einflüssen und Industrie vermeintlich unberührte Natur. Dieses Narrativ wurde voll-ends überhöht durch eine Idealisierung vor allem der Urwälder germanischer Zeit. Diese Vorstellung von unberührter Natur gehörte daher von Beginn an zum Markenkern völk-ischen Denkens, sie war aber auch weit jenseits rechter und rechtsradikaler Ideologien populär. Gerade weil dieses Narrativ – wie auch der Anti-semitismus – für verschiedene Milieus an-schlussfähig war, verwendeten es die National-sozialisten neben dem Antisemitismus als einen der Gurte bei der Bündelung verschiedener Ideologien. Insofern kann nicht überraschen, dass Gesetze zur Exkludierung von Juden und Naturschutzgesetze zu den beiden ersten großen Rechtsetzungsprojekten der Nationalsozia-listen nach der Machtübernahme wurden.

Langheinrich zählte zu den Exponenten die-ser völkischen Ideologien. Sein wohl bekann-testes Stück „Rauscht ihr noch ihr alten Wäl-der“ reiht deren wesentliche Codes und Sym-

bole aneinander. Sie wurden Kern jener Ideo-logien, die den Nationalsozialismus getragen haben – erst an die Macht, dann nach Ausch-witz. Wie kann man in der Aufnahme von Lang-heinrichs Liedtext in das Thüringer AfD-Wahl-programm etwas anderes sehen als gezieltes Platzieren von NS-Symbolik? Vielleicht weni-ger, um strammen NS-Apologeten Heimat an-zubieten, sondern um sich als mutige Tabu-brecher darzustellen, als Kämpfer gegen das vermeintliche Establishment.

Anders als Weidel behauptet, wird im Lied eben nicht harmlos die Natur besungen. Dieses Lied ist Musik gewordene Inklusion für Völk-ische, Rechtsradikale und Antisemiten. Die Be-hauptung, dass das Lied harmlos ist, weil es vor dem Nationalsozialismus geschrieben wurde, ist nicht nur falsch, sondern auch perfide. Denn einen anderen Kern der verschiedenen Ideo-logien, die den Nationalsozialismus trugen, gab es auch schon „vor dem Nationalsozialismus“: Und der Antisemitismus war und ist nicht „harmlos“, sondern zu oft tödlich.

■ Julien Reitzenstein ist Historiker an der Universität Düsseldorf und forscht zu Ideologiegeschichte. Er ist Herausgeber des Buches „Völkisches Denken 1848-1948“ und des englischsprachigen „Handbook Ideologies in National Socialism“.

Forscher warnen vor Spionage im Kinderzimmer

Smartes Spielzeug sammelt und versendet Daten

Kinder haben Spaß mit der „Toniebox“: Der bunte Würfel ist einfach zu bedienen und ermöglicht es selbst Kleinkindern, jederzeit Musik und Audioinhalte einzuschalten. Sie müssen nur eine passende Spielfigur einstecken, schon ist die entsprechende Geschichte zu hören. Das geht kinderleicht, allerdings warnen Schweizer Forscher jetzt vor solchen smarten Spielzeugen: Die Toniebox beispielsweise zeichnet auf, wann sie von welcher Figur aktiviert wird, wann die Wiedergabe gestoppt und zurück- oder vorgespielt wird. Das Gerät sendet diese Daten an den Hersteller, und laut der aktuellen Untersuchung lässt die Sicherheit dabei zu wünschen übrig.

Die Toniebox ist eines von zwölf intelligenten Spielzeugen, die von einem Team um Isabel Wagner vom Departement für Mathematik und Informatik der Universität Basel untersucht wurden. Für ihre Studie nahmen sich die Forscher neben der Toniebox etwa den beliebten „Tiptoi“-Stift, die Lern-App „Eduino“ und das virtuelle Haustier „Tamagotchi“ vor. Sie prüften unter anderem, ob der Datenverkehr verschlüsselt ist – und wie es um die Transparenz der Datensammlung steht. Wagner und ihre Kollegen werden die Ergebnisse Anfang September auf dem „Annual Privacy Forum“ in Schweden vorstellen.

„Die mit einigen dieser Spielzeuge einhergehenden Apps verlangen völlig unnötige Zugriffsrechte, etwa auf den Standort oder das Mikrofon des

Smartphones“, erklärt Isabel Wagner, Professorin für Cybersicherheit, was ihrem Team auffiel. Auch kritisieren die Forscher: Weder von Toniebox noch Tiptoi-Stift wird der Datenverkehr sicher verschlüsselt. Die Spielzeuge würden sich jedoch beim Datenschutz unterscheiden: Während der Tiptoi-Stift nicht aufzeichnet, wie und wann ein Kind ihn benutzt, sammelt die Toniebox solche Daten und sendet sie an den Hersteller. Selbst wenn die Toniebox offline betrieben würde und nur vorübergehend mit dem Internet verbunden wäre, um neue Audioinhalte herunterzuladen, könnte das Gerät die gesammelten Daten lokal speichern und bei der nächsten Gelegenheit an den Hersteller übermitteln. „Bei einem anderen Spielzeug, das wir derzeit untersuchen und in das ChatGPT integriert ist, stellen wir fest, dass die Protokoll Daten regelmäßig verschwinden“, wird Wagner in einer Mitteilung ihrer Universität zitiert. Das System sei wahrscheinlich so eingestellt, dass es die lokale Kopie der übertragenen Daten löscht, um internen Speicherplatz optimal zu nutzen.

Das Team fordert dazu auf, die Privatsphäre von Kindern besonders zu schützen. Und es empfiehlt, die Einhaltung von Sicherheits- und Datenschutzstandards durch ein Etikett auf der Verpackung kenntlich zu machen, ähnlich den Nährwertangaben auf Lebensmitteln. Derzeit sei es für Eltern zu schwierig, die Sicherheitsrisiken einzuschätzen, die smarte Spielzeuge darstellen. sk



Phantastisches Tierwesen

Rosa kombiniert mit flauschigem Gelb: Der Schmetterling *Dryocampa rubicunda* sieht aus wie ein Fabelwesen und zeigt sich nur nachts. Im Gegensatz zur eher braunen Verwandtschaft aus der Gattung *Anisota*: Die ist tagsüber oder in der Dämmerung aktiv. Das macht die nur hummelgroßen Falter aus der Pfauenspinner-Familie zum Paradebeispiel, um zu erforschen, wie Arten entstehen. In den „Proceedings B“ der britischen Royal Society berichten US-Wissenschaftler nun, dass ein sogenanntes Disco-Gen den Tag-Nacht-Rhythmus der untersuchten nordamerikanischen Falter anders steuert. Vor rund 3,8 Millionen Jahren gaben wohl Mutationen den Anstoß dazu, dass sich eine nachtaktive, heute bunte Art mit schlechten Augen, aber feinem Geruchssinn entwickelte.

JEREMY SQUIRE/FLORIDA MUSEUM OF

STERNENHIMMEL IM SEPTEMBER

Sonnenstürme und Mondfinsternis

Im September sind gleich fünf Planeten mit bloßem Auge zu beobachten. Der Ringplan-

ERICH ÜBELACKER

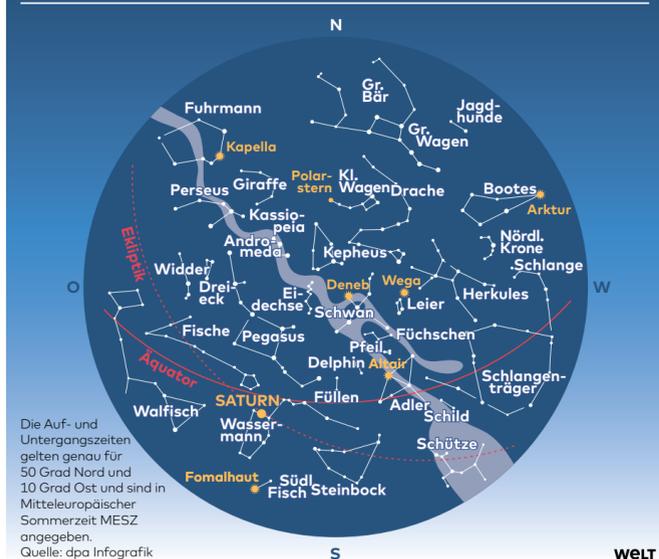
ten Monde zu beobachten. Auch Mars zeigt sich spät, zum Monatsanfang geht der rote Planet im

Nordosten gegen 0.15 Uhr auf, am Ende gegen 23.30 Uhr. Er nähert sich der Erde, wird heller, erreicht die Zwillinge und bereichert das Wintersechseck. Abgesehen von Saturn sind in der abgebildeten Karte nur Fixsterne, ferne Sonnen, verzeichnet. Sie bilden die Sternbilder des Spätsommerhimmels: Im Südwesten das Sommerdreieck mit Wega, Deneb und Altair. Der Große Wagen, oder Große Bär, ist im Nordwesten zu sehen; im Südosten stehen die Herbststernbilder Andromeda und Pegasus, im Nordosten Perseus und Kassiopeia, das „Himmel-W“. Am 18. September kommt es zu einer partiellen Mondfinsternis: Gegen 4.44 Uhr erscheint der Vollmond oben etwas abgedunkelt, um 5.17 Uhr hat er den Kernschatten der Erde wieder ganz hinter sich gelassen. Die Sonne hat ihr Aktivitätsmaximum erreicht und zeigt viele Flecken und Eruptionen. Die gewaltigen Ströme elektrisch geladener Teilchen können dann auch in Mitteleuropa zu Polarlichtern führen.

Nordosten gegen 0.15 Uhr auf, am Ende gegen 23.30 Uhr. Er nähert sich der Erde, wird heller, erreicht die Zwillinge und bereichert das Wintersechseck. Abgesehen von Saturn sind in der abgebildeten Karte nur Fixsterne, ferne Sonnen, verzeichnet. Sie bilden die Sternbilder des Spätsommerhimmels: Im Südwesten das Sommerdreieck mit Wega, Deneb und Altair. Der Große Wagen, oder Große Bär, ist im Nordwesten zu sehen; im Südosten stehen die Herbststernbilder Andromeda und Pegasus, im Nordosten Perseus und Kassiopeia, das „Himmel-W“. Am 18. September kommt es zu einer partiellen Mondfinsternis: Gegen 4.44 Uhr erscheint der Vollmond oben etwas abgedunkelt, um 5.17 Uhr hat er den Kernschatten der Erde wieder ganz hinter sich gelassen. Die Sonne hat ihr Aktivitätsmaximum erreicht und zeigt viele Flecken und Eruptionen. Die gewaltigen Ströme elektrisch geladener Teilchen können dann auch in Mitteleuropa zu Polarlichtern führen.

Nordosten gegen 0.15 Uhr auf, am Ende gegen 23.30 Uhr. Er nähert sich der Erde, wird heller, erreicht die Zwillinge und bereichert das Wintersechseck. Abgesehen von Saturn sind in der abgebildeten Karte nur Fixsterne, ferne Sonnen, verzeichnet. Sie bilden die Sternbilder des Spätsommerhimmels: Im Südwesten das Sommerdreieck mit Wega, Deneb und Altair. Der Große Wagen, oder Große Bär, ist im Nordwesten zu sehen; im Südosten stehen die Herbststernbilder Andromeda und Pegasus, im Nordosten Perseus und Kassiopeia, das „Himmel-W“. Am 18. September kommt es zu einer partiellen Mondfinsternis: Gegen 4.44 Uhr erscheint der Vollmond oben etwas abgedunkelt, um 5.17 Uhr hat er den Kernschatten der Erde wieder ganz hinter sich gelassen. Die Sonne hat ihr Aktivitätsmaximum erreicht und zeigt viele Flecken und Eruptionen. Die gewaltigen Ströme elektrisch geladener Teilchen können dann auch in Mitteleuropa zu Polarlichtern führen.

	Aufgang	Untergang
	1.9. 6:36	30.9. 7:19
	1.9. 20:03	30.9. 19:00
Merkur:	vom 6. bis 11.9. Morgenhimmel	
Venus:	Abendstern kurz nach Sonnenuntergang im Westen	
	3.9.	11.9.
	18.9.	24.9.



Die Auf- und Untergangszeiten gelten genau für 50 Grad Nord und 10 Grad Ost und sind in Mitteleuropäischer Sommerzeit MESZ angegeben. Quelle: dpa Infografik

In Deutschland und anderen europäischen Ländern gewinnen rechte Parteien an Zustimmung. Ist Rechtsextremismus mehr als eine „normale Pathologie“ westlicher Gesellschaften? Der Psychologe Tobias Rothmund erklärt, was Anschläge wie jener in Solingen auslösen und wie sich eine Radikalisierung aufhalten ließe.

VON GERALD WAGNER

WELT: Herr Rothmund, Sie erforschen Rechtsradikalisierung, was ist darunter zu verstehen?

TOBIAS ROTHMUND: Wir sehen es als einen Prozess, in dem sich Menschen zu rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen hinwenden oder diese zunehmend akzeptieren. Das kann sich beispielsweise in rassistischen, sexistischen oder homophoben Haltungen, in der Befürwortung autoritär-diktatorischer Regierungsformen oder auch in der Verklärung des Nationalsozialismus ausdrücken.

WELT: Der Anschlag in Solingen hat alle erschüttert, die Asylpolitik wird scharf kritisiert. Führen solche Vorfälle zu einer Rechtsradikalisierung?

ROTHMUND: Terroristische Anschläge begünstigen zumindest kurzfristig einen Rechtsruck in der Gesellschaft. Das hat damit zu tun, dass durch solche Vorfälle das Bedürfnis nach innerer Sicherheit steigt und damit der Wunsch nach einer restriktiveren Einwanderungspolitik. Auch eine Rechtsradikalisierung in der Bevölkerung ist durchaus denkbar, da der Eindruck verstärkt wird, die AfD hätte recht, wenn sie behauptet, dass Migration und Globalisierung die Ursache allen Übels wäre.

WELT: Als „normale Pathologie“ westlicher Gesellschaften bezeichneten 1967 die Soziologen Erwin K. Scheuch und Carsten Klingemann den Rechts-Extremismus. Was beobachten Sie?

ROTHMUND: Wir sehen inzwischen einen normalen Anteil an Rechtsextremismus selbst unter den Wählern der politischen Mitte. Diese heutige Rechtsradikalisierung geht auch auf die Verrohung zumindest von Teilen des Bürgertums zurück.

WELT: Wäre das Wählen der AfD etwa rechtsextrem?

ROTHMUND: Nein, die AfD zu wählen, das stellt kein rechtsextremes Verhalten dar. Aber es handelt sich um die Unterstützung einer in weiten Teilen rechtsextremen Partei. Die AfD wird vom Verfassungsschutz in einigen Bundesländern als gesichert rechtsextrem eingeschätzt, und Parteimitglieder diskutieren offen über rechtsextreme Positionen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Begriff der „Remigration“. Ein gewisser Anteil der AfD-Wähler wird die Partei vermutlich aus Protest wählen, ohne den inhaltlichen Positionen zuzustimmen. Wie groß dieser Anteil ist, lässt sich nur schwer ermitteln.

Allerdings unterstützen auch viele Menschen die inhaltlichen Positionen.

WELT: In Ihrem aktuellen Buch „Psychologie der Rechtsradikalisierung“ schreiben Sie mit Kollegen aus angrenzenden Fachgebieten, dass der Erfolg der AfD mit einer Rechtsradikalisierung „in Teilen der deutschen Gesellschaft“ einhergehe. In Hessen kam die AfD 2023 auf 18,4 Prozent, in Thüringen könnten es um die 30 Prozent werden. Ist ein Fünftel oder ein Drittel der Wähler rechtsradikal?

ROTHMUND: Es gibt eine größere Bevölkerungsgruppe, die in Teilen rechtsextreme Überzeugungen vertritt. Wenn sich bei Menschen eine Zustimmung zu

wirkt eher das Gegenteil. Unser Buch soll deshalb helfen, jene Prozesse besser zu verstehen, die Radikalisierung antreiben.

WELT: Was ist Ihrer Meinung nach die wichtigste Dynamik hinter diesen Radikalisierungsprozessen?

ROTHMUND: Im Kern haben wir es mit einer Art Selbstermächtigung zu tun, motiviert von Mangelangst, die aus erlebter Benachteiligung, fehlender Anerkennung oder Kontrollverlust resultieren kann. Rechtsextreme Ideologie liefert Deutungs- und Bewältigungsangebote für dieser Erfahrungen. Sie zielt auf eine soziale Aufwertung ab, die aus der Abwertung Anderer resultiert und legitimiert dadurch politische Gewalt.

WELT: Ist AfD-Anhängern bewusst, dass es eine utopische Erwartung ist? **ROTHMUND:** Ich glaube, dass es den Wählern in Teilen bewusst ist. Die Wahl der AfD ist aber nicht nur rational erklärbar. Es geht eben auch darum, ein Gefühl der Selbstermächtigung zu gewinnen. Das ist unabhängig von langfristigen politischen Zielen zu sehen.

WELT: Für Sie ist Rechtsextremismus ein Einstellungsmuster geprägt von Ungleichwertigkeitsvorstellungen, wie äußert sich das politisch?

ROTHMUND: Die Erfahrung von Ungleichwertigkeit und Benachteiligung begünstigt Radikalisierungsprozesse. Zugleich wird Ungleichwertigkeit im Rechtsextremismus als politische Antwort auf diese Erfahrung verkauft. Im Sinne eines sozialdarwinistischen Gesellschaftsbilds geht es also darum, Unterdrückungserfahrung durch die Unterdrückung anderer zu beantworten. Was demokratischen Grundpositionen klar widerspricht.

WELT: Wäre es dann nicht die beste Prävention, festzustellen, wo und wie Menschen benachteiligt werden, und das zu ändern?

ROTHMUND: Sicherlich. Das ist ein zentraler Punkt, aus politischer Perspektive vermutlich der wichtigste Ansatz. Allerdings gibt es neben der objektiven Ebene auch eine subjektive: Menschen schätzen ihre Benachteiligung auf Basis eigener Bewertungsmaßstäbe und Anspruchsniveaus ein. Politische Akteure oder Medien können diese subjektive Bewertung gezielt ansprechen oder triggern, indem bestimmte Informationen hervorgehoben werden. Insofern ist es wichtig, neben der objektiven Ebene möglicher Benachteiligung die subjektive Komponente zu beleuchten.

WELT: Man kann also auf die Politik oder privilegierte Gruppen wütend sein, weil es einem schlecht geht. Oder weil man überzeugt ist, dass das sehr bald der Fall ist. Erklärt letzteres den Erfolg der AfD im Osten mehr?

ROTHMUND: Das ist möglich. Allerdings deutet mehr darauf hin, dass die Erfahrungen nach der Wende bei vielen Menschen mit Verbitterung und Verlust verbunden sind. Vor diesem Hintergrund ergibt es Sinn, dass manche mit einem nostalgischen Gefühl auf die DDR zurückblicken.

WELT: Nach der Theorie der „gruppenbasierten Kontrolle“ wollen Menschen effektiv Handelnde sein, keine Objekte. Ist es ein Gefühl des Kontrollverlusts, das Ostdeutsche mit der AfD sympathisieren lässt?

ROTHMUND: Es gibt eine Vielzahl nachvollziehbarer Gründe, warum sich Menschen in Ostdeutschland nach wie vor als wenig „wirksam“ erleben. Die ökonomischen Ungleichheiten nach der Wende wirken bis heute, und eine ostdeutsche Perspektive konnte die gesamtdeutsche Nation prägen.

Dynamik der Radikalisierung verstehen

Der Psychologe Tobias Rothmund über Rechtsextremismus und Wahlverhalten



Zur Person

Tobias Rothmund ist seit 2024 Direktor am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Universität Jena. Seit 2018 lehrt der Psychologe hier als Professor für Kommunikations- und Medienpsychologie.

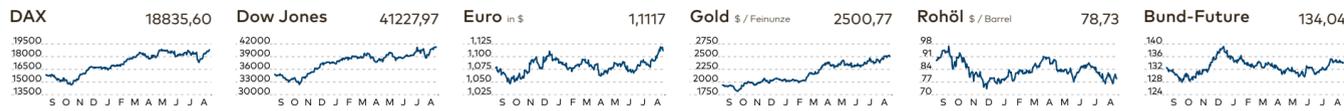
ANNE GÜNTHER, UNIVERSITÄT JENA

rechtsextremen Positionen verstärkt, dann sprechen wir von Rechtsradikalisierung. Diese Gefahr sehen wir besonders in Ostdeutschland, aber auch in den westdeutschen Bundesländern. Ein Prozess, der einerseits dadurch begünstigt wird, dass Menschen sich benachteiligt fühlen. Andererseits durch die ideologische Programmatik der AfD. Unser Buch soll dazu beitragen, die Dynamiken besser zu verstehen, die Radikalisierungsprozessen zugrunde liegen.

WELT: Mit welchem Ziel?

ROTHMUND: Rechtsextremismus ist keine Lösung für aktuelle politische Herausforderungen oder Probleme. Damit wir als Gesellschaft wieder in einen konstruktiven Austausch miteinander kommen, müssen wir aus dieser Radikalisierungsdynamik herausfinden. Die pauschale Beschimpfung von AfD-Wählern als Nazis hilft dabei nicht, sondern be-

BÖRSEN-WELT:

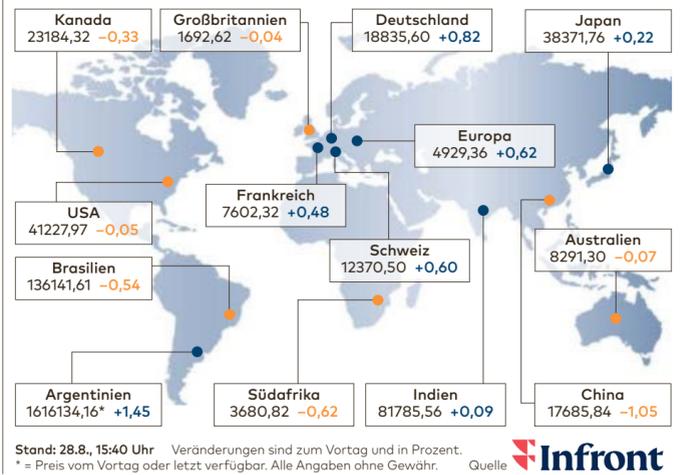


DAX

Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2024
Adidas NA	+1,9	154,6	242,0	41,02	0,70	0,31	79,96	
Airbus	+0,9	120,2	172,8	112,58	2,80	1,97	21,53	
Allianz vNA	+1,3	215,8	280,0	109,64	13,80	4,93	11,38	
BASF NA	+0,3	40,18	54,93	40,46	3,40	7,50	15,37	
Bayer NA	-0,2	24,96	51,32	26,99	0,11	0,40	10,77	
Beiersdorf	+0,8	118,0	147,8	32,32	1,00	0,77	29,50	
BMW St.	-1,1	77,98	115,4	48,63	6,00	7,15	5,02	
Brenntag NA	+1,7	62,24	87,12	9,73	2,10	3,12	13,34	
Commerzbank	+0,7	9,12	15,83	15,76	0,35	2,63	6,65	
Continental	-0,5	51,48	78,40	12,24	2,20	3,60	7,55	
Covestro	+3,1	44,57	56,90	10,49	-	-	69,40	
Daimler Truck	+0,3	27,97	47,64	28,20	1,90	5,54	7,37	
Dt. Bank NA	-0,2	9,44	17,01	29,27	0,45	3,07	6,67	
Dt. Börse NA	+1,3	152,4	201,7	39,30	3,80	1,88	19,76	
Dt. Post NA	+0,5	35,82	47,03	46,32	1,85	4,79	12,06	
Dt. Telekom	+0,8	19,52	25,54	127,35	0,77	3,01	15,02	
E.ON NA	+1,1	10,43	13,48	33,91	0,53	4,13	11,67	
Fresenius	+0,4	23,93	33,57	15,27	-	-	12,83	
Hann. Rück NA	+1,3	193,9	258,7	31,20	7,20	2,78	14,25	
Heidelb. Mat.	+0,1	65,24	103,6	17,13	3,00	3,19	8,44	

Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2024	
Henkel Vz.	+0,8	65,88	82,34	24,00	0,70	0,31	79,96		
Infinion NA	+0,5	27,07	32,57	29,27	0,45	3,07	6,67		
Mercedes-Benz	-0,5	55,08	62,22	109,64	13,80	4,93	11,38		
Merck	+1,3	134,3	174,05	40,46	3,40	7,50	15,37		
MTU Aero	+0,9	158,2	269,70	26,99	0,11	0,40	10,77		
Münch. R. vNA	+1,9	351,8	490,50	32,32	1,00	0,77	29,50		
Porsche AG Vz.	-0,1	65,12	69,76	48,63	6,00	7,15	5,02		
Porsche Vz.	-0,7	37,99	40,48	9,73	2,10	3,12	13,34		
Qiagen	+1,1	33,75	41,52	15,76	0,35	2,63	6,65		
Rheinmetall	+1,7	226,5	544,60	12,24	2,20	3,60	7,55		
RWE St.	-0,1	30,08	32,10	10,49	-	-	69,40		
SAP	+0,8	120,3	196,90	28,20	1,90	5,54	7,37		
Sartorius Vz.	+0,3	199,5	246,10	29,27	0,45	3,07	6,67		
Siem. Energy	+0,6	6,40	25,44	39,30	3,80	1,88	19,76		
Siem. Health	+1,8	44,39	52,34	46,32	1,85	4,79	12,06		
Siemens NA	+1,2	119,5	169,14	127,35	0,77	3,01	15,02		
Symrise	+2,8	87,38	116,90	13,48	33,91	0,53	4,13	11,67	
Vonovia NA	-0,1	19,66	31,16	15,27	-	-	12,83		
VW Vz.	-0,6	92,20	96,28	31,20	7,20	2,78	14,25		
Zalando	-2,1	15,95	24,11	17,13	3,00	3,19	8,44		

INDIZES



Extremwetter belastet die Versicherer

Fast vier Milliarden Euro Schäden im ersten Halbjahr

Extremwetter wie beispielsweise Hagel und Starkregen hat im ersten Halbjahr massive finanzielle Schäden in Deutschland angerichtet. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bezifferte die versicherte Schadenssumme in den ersten sechs Monaten auf 3,9 Milliarden Euro; er rechnet im Gesamtjahr mit einer Schadenssumme von mindestens sieben Milliarden Euro. 2023 hatte dieser Wert 4,9 Milliarden Euro erreicht, er lag damit in etwa im Durchschnitt der Vorjahre.

„Aufgrund der bisherigen Schäden gehen wir davon aus, dass die Naturgefahrenbilanz 2024 insgesamt überdurchschnittlich ausfällt“, erklärte Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). „Kommt es zu schweren Herbst- und Winterstürmen, könnten die Gesamtschäden noch höher liegen.“

Die größten Schäden entstanden im ersten Halbjahr durch Überschwemmungen und Starkregen (2,7 Milliarden Euro), davon allein zwei Milliarden Euro Schäden durch die Überschwemmungen in Süddeutschland im Juni. Sturm und Hagel verursachten laut GDV 800 Millionen Euro Schäden an Gebäuden, weitere 400 Millionen Euro gehen auf Schäden durch Sturm, Hagel und Überschwemmungen an Kraftfahrzeugen zurück. Der Verband bekräftigte seine Forderung nach „verbindlichen Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung“. Es brauche etwa bundesweit einheitliche Vorgaben zur Bebauung in Gefahrengebieten und zur Verringerung der Flächenversiegelung. „Wir befürchten, dass sich ohne Prävention eine Spirale aus immer mehr Schäden und immer höheren Prämien in Gang setzt und Verbraucher finanziell überlastet werden“, warnte Asmussen.

Am Arbeitsmarkt häufen sich derzeit die Negativnachrichten. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich angestiegen, die Einstellungsbereitschaft vieler Unternehmen geht zurück, der Ausbildungsmarkt kriselt und die versprochenen Erfolge durch das Bürgergeld lassen auf sich warten. Umso gelegener kommt es Regierungspolitikern, wenn sie auf positive Entwicklungen hinweisen können. Und so ist es kein Zufall, dass Arbeitsminister Hubertus Heil und sein Vorgesetzter Olaf Scholz derzeit häufig den Rekord bei der Erwerbstätigkeit erwähnen. Von einem „sehr beeindruckenden Wert“ sprach der Bundeskanzler unlängst.

VON JAN KLAUTH

Tatsächlich ist es eine Erfolgsgeschichte. 46,1 Millionen Menschen arbeiten hierzulande – mehr als je zuvor. Getrieben wird die Entwicklung von zwei Faktoren: Einerseits sorgt die Migration für Stellenaufbau. Unter Deutschen ist die Erwerbstätigkeit schon heute rückläufig, der Aufwuchs geht ausschließlich auf Arbeitnehmer ohne deutschen Pass zurück. Andererseits ist es über die Jahre gelungen, die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern zu erhöhen, wodurch sich auch die im europäischen Vergleich sehr hohe Teilzeitquote erklärt. Dabei ist klar: Durch die Überalterung wird die Zahl der Erwerbstätigen bald sinken. Deutschland wird immer mehr Rentner zählen, weil die größten Jahrgänge nach und nach aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Nachfolgende Generation und Migranten gleichen diese Abgänge nicht aus. Die Ampel will insbesondere mit zwei Maßnahmen gegensteuern: Für Ältere soll es mehr Anreize geben, länger in Arbeit zu bleiben.

Geplant ist unter anderem ab 2027 eine „Rentenaufschubprämie“. Zudem soll die Erwerbsmigration die immer größer werdenden Lücken am Arbeitsmarkt füllen. Bloß kommen diese zaghaften Versuche reichlich spät. Zwar spricht der Kanzler von einem „umfassenden Programm“, das sicherstellen soll, „dass Deutschland eine gute Zukunft hat, weil wir die hohe Zahl von Beschäftigten, die wir für unseren Wohl-

stand brauchen, aufrechterhalten können, wahrscheinlich dann im Gegensatz zu fast allen unseren Nachbarländern“. Doch diese Hoffnung könnte sich als Trugschluss erweisen. Denn schon ab 2026 sinkt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland leicht – trotz Migration. Kanzler Scholz, so scheint es, überschätzt das Potenzial der Zuwanderung für den Arbeitsmarkt. Denn Deutschland steht auch hier vor einer Zeitenwende, wie eine Prognose des Münchner Ifo-Instituts zeigt.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist ganze 20 Jahre in Folge – bis auf das erste Corona-Jahr 2020 – angestiegen. Im kommenden Jahr dürfte vorerst das letzte Mal ein Plus in der Statistik stehen, mit einem Zuwachs von immerhin noch 0,3 Prozent. 2026 aber wird die Zahl der Erwerbstätigen dann um 0,3 Prozent sinken. 2027 bereits um 0,7 Prozent – und 2028 dann mit Minus 1,5 Prozent den stärksten Rückgang seit der Wiedervereinigung verbuchen. Bemerkenswert ist die Berechnung, weil sie die Zuwanderung nach Deutschland detailliert modelliert. Explizit unterschieden wird zwischen der Migration aus der Ukraine, den Asylherkunftsländern, und der Zuwanderung aus allen weiteren Nationen.

„Bei dieser Migration wird dann ebenfalls explizit unterschieden zwischen der Anzahl der Personen insgesamt und jenen, die potenziell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, also Personen zwischen 15 und 74 Jahren“, sagt Robert Lehmann, Ökonom am Ifo-Institut. Berücksichtigt wird außerdem die sogenannte Partizipationsquote, also wer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und wer – etwa aus gesundheitlichen Gründen – nicht. „Der letzte Schritt ist dann die Modellierung der Erwerbsquote, was dann zu den Erwerbstätigen führt“, erklärt der Forscher.

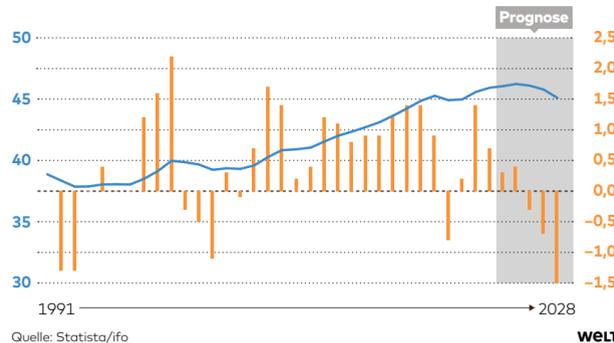
Was also tun? Den rechtlichen Rahmen für mehr Erwerbsmigration hat die Ampel mit dem „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ geschaffen. Nur bleiben die tatsächlichen Zahlen weit hinter dem, was nötig wäre, um die Abgänge auszugleichen: Rund 400.000 Personen aus dem Ausland müssten pro Jahr mehr auf den Arbeitsmarkt kommen als abgehen, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vorgerechnet hat. Weil das bisher nicht ge-

Der Jobmarkt steht vor einer Zeitenwende

Eine neue Ifo-Prognose zeigt: Bereits ab 2026 sinkt die Zahl der Erwerbstätigen. Auch die Zuwanderung kann das nicht ausgleichen

Der Beschäftigungs-Boom endet bald

Erwerbstätige Personen in Millionen und Veränderung in Prozent



Quelle: Statista/Ifo

lingt, steht schon bald ein Minus in der Statistik.

Dazu kommt: Die Teilzeitquote liegt ebenfalls auf einem Rekordhoch. Zudem setzt sich der Trend zu kürzeren Arbeitszeiten über die Branchen hinweg fort. Und neue Stellen entstehen hauptsächlich im Öffentlichen Dienst (ÖD) und im Gesundheitswesen. Mehr Arbeitsplätze im ÖD bringen dem Staat aber weniger Steuereinnahmen als beispielsweise in der Industrie. Dort

allerdings ist die Beschäftigung aufgrund der Konjunkturflaute jetzt schon rückläufig, wie die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigt.

Es bleiben drei Schalthebel: Bürgergeld, das Steuersystem und die Rente. Einerseits soll das Bürgergeld mehr Menschen nachhaltig in Arbeit bringen. Anderthalb Jahre nach Start der Reform kann deren Urheber, Arbeitsminister Hubertus Heil, jedoch kaum Erfolge vorweisen: Die Zahl der Bürgergeldbe-

zieher ist stattdessen – getrieben durch die schlechte wirtschaftliche Lage und die hohe Fluchtmigration – seitdem deutlich angestiegen. Der von der Ampel unlängst beschlossene Wegfall der Steuerklassen 3 und 5 unter Beibehaltung des Ehegattensplittings hingegen könnte im besten Fall einen Beschäftigungsgewinn von 67.000 Vollzeitkräften bringen, wie eine weitere Berechnung des Ifo-Instituts und der Industrie- und Handelskammer (IHK) zeigt. In der Beschäftigung älterer Menschen hingegen sehen die Forscher das größte Potential. „Das Steuer- und Abgabensystem in Deutschland kann definitiv so umgebaut werden, dass der Arbeitskräftemangel gemildert wird“, sagt Ifo-Ökonom Volker Meier.

Höhere Rentenabschläge bei Frührentnern würden der Studie zufolge ein Beschäftigungsplus von umgerechnet 180.000 Vollzeitkräften bewirken. Laut Ifo sind 0,5 Prozent Rentenabschlag versicherungsmathematisch gerechtfertigt für jeden Monat des vorzeitigen Rentenbeginns. Derzeit werden nur 0,3 Prozent Rente abgezogen. Weiter haben die Ökonomen berechnet, dass mehr Kinderbetreuung – unterstellt werden 400.000 zusätzliche Plätze – ein Beschäftigungs-Plus von 58.000 Vollzeitstellen bedeuten würde. Ein weiterer Vorschlag gilt als unpopulär und dürfte es schwer haben, politische Mehrheiten zu finden: Das gesetzliche Renteneintrittsalter von 67 auf 69 Jahre anzuheben, hätte eine Mehrbeschäftigung von 473.000 Vollzeitkräften zur Folge, wie die Studie suggeriert. Und die Abschaffung der „Rente mit 63“ würde ein Plus von 157.000 Vollzeitkräften bedeuten.

„Angesichts des Alterungsschubs und des Arbeitskräftemangels muss unser Steuer- und Sozialsystem konsequent Erwerbstätigkeit belohnen. Dabei kommt es auf jeden Beschäftigungsanreiz an: Ob Einstieg in die Erwerbstätigkeit, einige Wochenstunden mehr in der Teilzeitarbeit oder längeres, weil attraktiveres Arbeiten zur Rente hin – jede Wochenarbeitsstunde mehr zählt“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Göbl. „Entsprechende Reformen wären auch ein wichtiger Beitrag für mehr Fairness unter allen Steuer- und Abgabenzahlern sowie zwischen den Generationen.“

Angriffe auf deutsche Unternehmen nehmen zu

Firmen werden ausgespäht, gehackt oder bestohlen: Zu zwei Dritteln fühlen sie sich deswegen in ihrer Existenz bedroht

Ob Datendiebstahl, Spionage oder Sabotage: Die Angriffe auf deutsche Unternehmen nehmen laut einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom deutlich zu. In den vergangenen zwölf Monaten waren 81 Prozent aller Unternehmen betroffen, weitere zehn Prozent vermuten es, wie der Verband am Mittwoch mitteilte. 2023 lagen die Anteile demnach noch bei 72 und acht Prozent. „Die Bedrohungslage verschärft sich“, sagte Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst.

Sowohl digitale als auch analoge Attacken werden demnach mehr. Digitale Angriffe sind etwa das Ausspähen von Geschäftsdaten, der Diebstahl von Kundendaten oder von Patenten und Informationen aus Forschung und Entwicklung sowie Sabotage von Systemen oder Betriebsabläufen. Zu den „klassischen“ analogen Angriffen gehören der Diebstahl von IT-Geräten oder Dokumenten oder Bauteilen sowie das Abhören von Besprechungen – etwa per Wanze im Hotelzimmer. Betroffen ist „die ganze Bandbreite“ der Wirtschaft, sagte der

Vize-Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, Sinan Selen: Rüstungsunternehmen, Luft- und Raumfahrt, Batterietechnologie und Künstliche Intelligenz, aber zunehmend auch der Bereich Logistik.

Cyberangriffe sind „eine besondere Gefahr“, so Wintergerst: Zwei Drittel der Unternehmen gaben an, sie fühlten sich dadurch in ihrer Existenz bedroht. 2021 waren es erst neun Prozent.

Cyberangriffe sind auch zwei Drittel des Schadens verantwortlich, der der Wirtschaft durch Angriffe entsteht. Insgesamt belief sich die Schadenssumme für die vergangenen zwölf Monate auf 266 Milliarden Euro – ein neuer Rekordwert. Der bisherige Höchstwert von 223,5 Milliarden Euro war 2021 erreicht worden, im vergangenen Jahr hatte er bei knapp 206 Milliarden Euro gelegen.

Die meisten Angriffe konnten die Unternehmen laut Umfrage der organisierten Kriminalität zuordnen. Ausländische Geheimdienste wurden von 20 Prozent der Firmen genannt – und damit erheblich öfter als 2023, als nur sie-

ben Prozent dies angaben. Die Zahlen machten deutlich, „wie konfliktreich und spannungsgeladen die heute Zeit ist“, sagte Wintergerst.

„Die Aggressivität nimmt zu“, erläuterte Vize-Verfassungsschutzpräsident Selen. Zudem würden die Grenzen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren „zunehmend verschwimmen“.

Wichtigste Ausgangsbasis für Angriffe auf die deutsche Wirtschaft ist der Umfrage zufolge China: 45 Prozent der betroffenen Unternehmen konnten mindestens einen Angriff in das Land zurückverfolgen. Auf Platz zwei liegt Russland mit 39 Prozent. Zugenommen haben demnach zugleich Angriffe aus osteuropäischen Staaten außerhalb der EU und Russlands mit 32 Prozent. Wintergerst betonte, hier gebe es „natürlich immer eine gewisse Ungenauigkeit, weil Infrastrukturen immer auch aus anderen Ländern betrieben werden können“.

Vize-Verfassungsschutzpräsident Sinan Selen sagte, der „optimistische

Blick“ auf China sei einem „realistischen“ gewichen: „Es geht schlichtweg darum, auch die Risiken zu sehen.“ In China gebe es eine enge Verzahnung staatlicher Institutionen mit Unternehmen – „darauf muss man Antworten finden“, sagte er und nannte die Strategie der Bundesregierung, also die Verringerung der Abhängigkeit von China.

Wintergerst betonte, die wirtschaftlichen Beziehungen zu China seien über „Dekaden“ aufgebaut worden – „das

lässt sich nicht in einigen Jahren rückentwickeln“. „Irgendwann kommt irgendetwas immer ein Teil aus China. Das müssen wir Zug um Zug ändern – die wichtigsten Teile zuerst.“

Mögliches Einfallstor für Angreifer sind die „immer komplexeren Lieferketten“, hob Wintergerst hervor. Sicherheitsmaßnahmen und insbesondere Maßnahmen zur IT-Sicherheit seien immer nur so gut wie für das schwächste Glied in der Kette. „Unternehmen sollten deshalb unbedingt ihre gesamte Lieferkette in den Blick nehmen“, empfahl der Bitkom-Präsident.

Tatsächlich tun die Unternehmen in Deutschland laut der Umfrage inzwischen deutlich mehr, um sich vor allem gegen Cyberangriffe zu schützen. Die Ausgaben für die IT-Sicherheit etwa stiegen auf durchschnittlich 17 Prozent der gesamten IT-Ausgaben – 2022 waren es erst neun Prozent gewesen. Und die Mehrheit der Firmen (71 Prozent) achtet beim Einkauf von IT-Sicherheitslösungen besonders auf das Herkunftsland des Anbieters.

ANZEIGE

KI WELT GIPFEL

Die allermeisten Bundesbürger machen sich keine Sorgen um ihre Arbeit. Das zeigt eine neue Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft. Auffällig ist jedoch ein Unterschied zwischen jungen und älteren Arbeitnehmern.

Noch 12 Tage: WELT KI-Gipfel am 10. und 11. September.

▶ Jetzt lesen: [WELT.DE/KI](https://www.welt.de/ki)

Qualitätstest für Druckereien

CYBERANGRIFFE SIND EINE BESONDERE GEFAHR

RALF WINTERGERST
Bitkom

KiK und die Angst vor dem nächsten Lockdown

Discounter versucht Schadenersatz in Millionenhöhe wegen der Corona-Einschränkungen zu erstreiten

Der Textildiscounter KiK hat Angst vor dem nächsten Lockdown – vor allem aber vor dem Umgang der Politik mit einer möglichen neuen Krise in der Dimension der Corona-Pandemie. „Covid hat im Handel viel aus dem Tritt gebracht“, sagt Unternehmenschef Patrick Zahn. „Denn Deutschland war der Lockdown-Weltmeister: Wir hatten am längsten geschlossen und die härtesten Restriktionen.“ Trotzdem habe es bis heute keine angemessene Aufarbeitung gegeben, kritisiert der Manager vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung Düsseldorf (WPV). „Ich würde daher nicht ausschließen, dass das Gleiche nochmal passiert.“

VON CARSTEN DIERIG

KiK klagt deswegen noch immer gegen sämtliche Bundesländer. Schadenersatz im dreistelligen Millionenbereich will sein Unternehmen juristisch erstreiten, berichtet Zahn. Vor allem aber solle eine Signalwirkung für die gesamte Handelsbranche erzielt werden. „Unsere Filialen sind mehrheitlich in Fachmarktzentren angesiedelt. Da gibt es Lebensmittelhändler, Drogerien, Schuhläden, Hartwaren und eben Kik. Zum Lebensmittelhändler durfte man damals gehen, in die Drogerie auch und in Bayern sogar zum Schuhhändler. Wir aber mussten schließen oder Ausweise kontrollieren, wobei die Mitarbeiter dann beschimpft, geschlagen und an den Haaren gezogen wurden. Das ist für mich noch heute unverstehlich und eine schreiende Ungerechtigkeit.“

Indem KiK gegen diese – nach Zahns Worten – „einseitige Beschneidung“ vorgeht, soll künftiges Krisenmanagement der Politik beeinflusst werden. „Ich glaube, dass nur so Veränderungen kommen.“ Ob es entsprechende Vorgaben der Justiz dazu gibt, scheint indes frag-

”

DER NÄCHSTE SCHRITT SIND FÜR MICH 7000 FILIALEN

PATRICK ZAHN
KiK-Chef

lich. Bislang jedenfalls ist das zum Tengelmann-Konzern gehörende Unternehmen in allen durchlaufenen Instanzen gescheitert. „Mittlerweile sind wir beim Bundesgerichtshof“, schreibt Zahn, der einen Grund für die gerichtlichen Niederlagen auch in den Klagemöglichkeiten sieht. „Das Blöde ist: Wir müssen auch gegen den ersten Lockdown klagen, um in der Logik zu bleiben. Da sage ich ihnen aber aus der Emotion heraus: Den kann ich nachvollziehen. Da sind alle von betroffen gewesen.“ Zudem habe da auch jegliches Wissen gefehlt, da habe sich niemand drauf vorbereiten können. „Dass dann nachher eine Differenzierung gemacht worden ist, können wir gar nicht nachvollziehen.“ Darüber hinaus unterstellt Zahn der Justiz fehlenden Mut. „Wenn Sie mich fragen: Kein Richter hat bisher die Traute, das in irgendeiner Form aufzudröseln“, sagt der Fir-

menchef. Er und auch die KiK-Juristen würden daher an der momentanen Rechtsprechung zweifeln.

Rein wirtschaftlich wiederum scheint KiK zurück auf Kurs. „Das Geschäftsmodell Discounter ist gefragt“, sagte Zahn vor der WPV und kündigte weitere Expansionsschritte an. Aktuell betreibt das Unternehmen mit Sitz im westfälischen Bönen gut 4200 Filialen in 14 Ländern. „Die 5000 werden wir in den nächsten drei bis 3,5 Jahren erreichen.“ Die wichtigsten Wachstumsmärkte seien dabei aktuell Italien, Polen und Rumänien. Zudem gebe es mit Frankreich ein großes Land in Europa, in dem KiK noch gar nicht vertreten sei. Und dort gebe es das Potenzial für nochmal 1500 bis 2000 Filialen. „Die Ziele müssen wir also schon wieder nach oben schrauben: Der nächste Schritt sind für mich 7000 Filialen.“

Deutschland, das für knapp die Hälfte des Umsatzes von zuletzt rund 2,4 Milliarden Euro steht, spielt bei dieser Flächenexpansion keine Rolle. „Deutschland ist ein gesättigter Markt“, begründet Zahn. Dort gehe es vorrangig um die Modernisierung und den Austausch älterer Standorte gegen neue. Noch dazu ist das Geschäft speziell im Heimatmarkt aktuell herausfordernd, wie der Manager berichtet, der vor seiner KiK-Zeit bei Aldi und dem früheren Lebensmitteldiscounter Plus gearbeitet hat. „Unser originärer Kunde hat aktuell deutlich weniger zur Verfügung, das merken wir“, sagt Zahn, demzufolge der Durchschnittsböner zuletzt gesunken ist.

Mittelfristig sieht er aber wieder Potenzial und rechnet mit zahlreichen neuen Kunden, die vorher in höheren Preiskategorien eingekauft haben, sich mittlerweile aber einschränken müssen nach der langen Teuerungsphase. „Ich glaube, wir werden einer der Gewinner sein“, sagt Zahn. Aktuell gebe es diese Wechselwirkung auch schon, allerdings noch im kleineren Maße. „Ein Einkaufsstättenwechsel ist für den Kunden schwieriger. Wenn man bislang Markenklamotten gekauft hat, ist der Schritt zu einem Nicht-Marken-Händler deutlich größer als etwa im Lebensmittelbereich. Wer vorher dreimal zu Rewe und einmal zu Aldi gegangen ist, kann problemlos dreimal zu Aldi und einmal zu Rewe gehen.“ Gleichwohl rechne er schrittweise mit solchen Wanderbewegungen bei den Kunden. Daher will KiK in Zukunft deutlich mehr ins Marketing investieren, um sein Image zu verbessern.

Die Orientierung hin zu weiteren Zielgruppen scheint derweil auch nötig. Denn mit den asiatischen Shopping-Plattformen Temu und Shein ist KiK zuletzt neue Konkurrenz im Billig-Segment entstanden. „Wir werden gerade in unseren originären Preispunkten angegriffen“, bestätigt Zahn, der den Anteil des eigenen Onlinegeschäfts auf rund drei Prozent des Deutschland-Umsatzes schätzt. Der Wettbewerb sei allerdings nicht fair. „Die chinesischen Internetabieter bewegen sich völlig außerhalb des Spielfeldes“, schimpft der 48-Jährige und nennt als Beispiele die Produktsicherheit, Gefahrstoffe, Zollbestimmungen oder auch das Lieferkettengesetz. „Wir sehen mit großem Unverständnis, dass es überhaupt die Möglichkeit gibt, dass solche Anbieter auf dem Markt agieren und sich nicht an Recht und Gesetz halten“, sagt Zahn. Dies sei „eine riesige Sauerei“ und „eine schreiende Ungerechtigkeit“.



Aufklärungskampagne über Mpx im Muja-Lager für Vertriebene im Gebiet Nyriragongo in der Demokratischen Republik Kongo in Afrika

EU wiederholt den Corona-Fehler

Wer mit Beamten der EU-Kommission über den neuen Virus-Ausbruch spricht, hört immer wieder: Dieses Mal sei alles anders. Zwischen Corona und Mpx gebe es gewaltige Unterschiede. Brüssel hält das Ansteckungsrisiko in Europa für gering, denn Mpx kann nicht einfach durch Niesen oder Husten übertragen werden, vielmehr ist der direkte Kontakt mit Körperflüssigkeiten nötig. Man brauche daher keine neuen Grenzkontrollen wie zu Zeiten von Corona, heißt es. Auch müsse kein gesundheitlicher Notfall auf dem Kontinent ausgerufen werden. Doch eine wichtige Parallele wird verschwiegen.

VON STEFAN BEUTELSBACHER
UND ANDREAS MACHO
AUS BRÜSSEL UND BERLIN

Eines ist noch so wie im Jahr 2020, als Covid-19 aus Asien nach Europa kam. Erneut beschafft die EU Impfstoffe, dieses Mal von dem dänischen Hersteller Bavarian Nordic. Und erneut hält sie die Preise für die Dosen geheim. Das zeigt eine Antwort der Kommission auf eine Anfrage von WELT. „Im Einklang mit Vertraulichkeitsverpflichtungen können derzeit nicht alle Einzelheiten des Vertrags offengelegt werden“, so die Behörde. „Die Kommission glaubt, dass sie den richtigen Marktpreis für das Produkt gezahlt hat.“

Genau das war während Corona womöglich nicht der Fall. Damals soll Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, Textnachrichten mit Albert Bourla, dem Chef des amerikanischen Pharmagiganten Pfizer, ausgetauscht und so einen Impfstoffdeal eingeleitet haben. Es ging angeblich um die Lieferung von 1,8 Milliarden Dosen, rund vier pro EU-Bürger, für geschätzt 35 Milliarden Euro. Kritiker sagen: Brüssel habe zu überhöhten Preisen einge-

Der Kauf von Covid-Impfstoffen verlief einst äußerst intransparent. Nun beschafft Brüssel Mpx-Dosen – und verschweigt erneut die Preise

kauft und damit Geld europäischer Steuerzahler verschwendet. Erst im Juli urteilten europäische Richter: Die Kommission hielt zu viele Informationen über die Corona-Impfstoffverträge zurück und verstieß damit gegen EU-Recht. Doch die Behörde scheint daraus keine Lehren zu ziehen.

Auch bei Mpx zeigt sie sich bisher nicht besonders transparent. Mpx, früher Affenpocken genannt, breitet sich derzeit in Afrika aus, zudem gibt es einen ersten Fall in Schweden. All das trifft die EU nicht unvorbereitet. Bereits in den Jahren 2022 und 2023 schloss Brüssel Rahmenverträge über die Lieferung von insgesamt zwei Millionen Impfstoffen-Dosen mit Bavarian Nordic ab. Analysten schätzen den Preis, den die Kommission nicht nennen will, auf rund 100 Euro pro Dosis.

14 EU-Staaten beteiligen sich an den Rahmenverträgen. Sie stellen aber nur eine Option zum Kauf dar. Die Kommission betont, kein Land sei verpflichtet, den Impfstoff tatsächlich zu erwerben. Die Verträge laufen noch bis November 2024 und sollen dann verlängert werden.

Hinter den Rahmenverträgen steht die Idee, dass die EU bessere Preise und kürzere Lieferzeiten mit den Pharmaunternehmen vereinbaren kann,

wenn sie ihre Verhandlungsmacht bündelt. Auch kleinere Mitgliedstaaten, sonst womöglich weniger einflussreich, profitieren von der gemeinsamen Beschaffung. Ein solches Modell wendet Brüssel auch auf einem anderen Gebiet an – beim Kauf von Munition für die Ukraine. Was für Artilleriegeschosse gilt, soll nun gegen die Ausbreitung eines Virus helfen.

Deutschland gehört nicht zu den teilnehmenden Ländern. Der Bund beschaffte bereits im Jahr 2022 den Mpx-Impfstoff Jynneos. Einige Bundesländer haben davon noch Bestände. Beim Bund verbleiben rund 117.000 Dosen, bevorratet von der Bundeswehr. Eine weitere zentrale Beschaffung oder eine Teilnahme an den Kaufverträgen der EU ist laut dem Gesundheitsministerium derzeit nicht vorgesehen.

Auch andere EU-Staaten besorgen den Impfstoff gegen Mpx offenbar ohne die Verhandlungshilfe der EU. So bestätigte Bavarian Nordic, der einzige Hersteller mit einem weltweit zugelassenen Präparat gegen Mpx, dass ein einzelnes europäisches Land 440.000 Dosen orderte. Um welches Land es sich handelt, wollte das Unternehmen nicht sagen. Da dieser Ankauf nicht im Rahmen des gemeinsamen Beschaffungsvertrags der EU geschah, schweigt auch die Kommission in Brüssel dazu.

Die Staaten, die sich an den Rahmenverträgen beteiligen, haben auch die Möglichkeit, die Mpx-Impfstoffe zu spenden – schließlich werden sie in der EU aktuell kaum benötigt, in Afrika dafür umso dringender. Die Kommission selbst will 175.000 Dosen beschaffen und spenden. Bavarian Nordic gibt 40.000 Dosen gratis heraus. Und die deutsche Regierung schickt 100.000 Dosen aus den Beständen der Bundeswehr nach Afrika.

Die Weltgesundheitsorganisation hatte am vergangenen Mittwoch wegen der Ausbreitung einer neuen Variante des Virus einen globalen Gesundheits-

notstand erklärt und damit ihre höchste Alarmstufe ausgerufen. Sie forderte Industriestaaten auf, den afrikanischen Ländern zu helfen.

Die Experten fürchten, dass sich die Variante Klade Ib leichter durch enge Kontakte verbreitet als ihre Vorgänger. Wird der Preis für alle die Mpx-Dosen, die die EU beschafft, eines Tages bekannt werden? Vielleicht. Es ist möglich, dass Europaabgeordnete, Journalisten oder Privatpersonen Einsicht in die Verträge verlangen und – sollte die Kommission sich erneut weigern – vor Gericht ziehen.

Auch die Kontroverse um die Corona-Impfstoffe geht weiter. Brüssel hält die Verträge noch immer zurück. Man müsse die geschäftlichen Interessen der Unternehmen und die Privatsphäre der beteiligten Personen schützen, heißt es von der Kommission. In ihrem Urteil aus dem vergangenen Monat hielten die EU-Richter diese Begründung nicht für ausreichend. Doch noch kann von der Leyens Behörde die Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof anfechten.

Zudem untersucht die Europäische Staatsanwaltschaft die Beschaffung von Corona-Impfstoffen durch die EU. Eine Anhörung ist für Anfang Dezember geplant. Eigentlich sollte sie vor der Europawahl stattfinden, wurde aber verschoben. So blieb von der Leyen ein unangenehmer Termin kurz vor der Abstimmung, bei der es auch um ihre politische Zukunft ging, erspart.

Und schickte von der Leyen tatsächlich Textnachrichten an Pfizer-Chef Bourla und handelte so einen Impfstoffdeal aus? Die Kommission hat dazu bis heute nicht eindeutig Stellung bezogen – was die Ombudsfrau der EU, Emily O'Reilly, als „Fehlverhalten“ bezeichnete. Erst Corona, nun Mpx: Es entsteht erneut der Eindruck einer europäischen Behörde, die über Milliarden Euro an Steuergeldern bestimmt – aber sich der Kontrolle der Bürger entziehen will.

Der große Plan von Marc O'Polo – mit Toni Kroos und Gisele Bündchen

Die bayerische Modefirma bereitet eine umfangreiche Werbekampagne vor. Das Unternehmen verspricht sich davon größeres Wachstum – auch im Ausland

Model Gisele Bündchen und Ex-Fußballstar Toni Kroos haben einen neuen Job: Die beiden sind künftig die Gesichter der bayerischen Modemarke Marc O'Polo. Das Familienunternehmen kündigt vollmundig die „größte Kampagne aller Zeiten an“ – zumindest in der Firmengeschichte.

VON CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

Das will einerseits nicht viel heißen, ist doch die 1967 gegründete Marke global ein Zwerg. Doch im deutschen Umfeld sind Insolvenzen einst klingender Namen wie Esprit und Gerry Weber ist das ein starkes Zeichen. „Profitables Wachstum steht für uns ganz oben auf der Agenda“, sagt Maximilian Böck, Chef des Unternehmens und Nachfol-

ger seines Vaters Werner, der die Marke einst von Stockholm nach Bayern gebracht hat und zu einem klingenden Namen in Deutschland ausgebaut hat.

2018/19, im letzten Vor-Corona-Jahr, lag der Umsatz bei 420 Millionen Euro, 2023/24 nach Unternehmensangaben bei gut 600 Millionen Euro. Allerdings schwächte sich das Wachstum zuletzt wieder etwas ab. Das soll die neue Kampagne verbessern. Sie steht auch für kleine Anpassungen an der Strategie. Vor zwei Jahren hatte Böck noch auf TV-Spots gesetzt, die das Marken-Image verjüngen sollten. Jetzt geht es mehr um digitale Werbung und Plakate – erstmals streng getrennt nach Damen und Herren statt mit Paaren.

Dabei hofft Böck auch, von den Pleiten von Esprit und Scotch & Soda profitieren zu können. „Das gibt uns Chan-

cen – auch wenn es für die Branche sehr schade ist“, sagt er. Marc O'Polo könne so im Handel zusätzliche Regalfläche erobern, hoffe er – und womöglich Neukunden gewinnen. Denn über solche neuen Kunden will er die Marke leicht verjüngen: Das Durchschnittsalter der Kunden liegt laut seiner Marktforschung bei 51 Jahren, das der Neukunden drei Jahre darunter.

Marc O'Polo ist also eher eine Marke für Menschen in einem Alter, in dem sie etwas mehr Geld ausgeben können. Das hilft Böck im Wettbewerb. Zwar spürt auch er einen Rückgang der Laufkundschaft in den 107 eigenen Läden, davon 55 in Deutschland. Doch der Umsatz wachse trotzdem noch. Dennoch will Böck etwa über Verhandlungen mit Vermietern die Kosten drücken. Das Geld soll stattdessen in Nachhaltigkeit lie-

ßen – etwa über den Einsatz von Baumwolle und neue Konzepte für die Wiederverwertung der eigenen Mode. Zwar sei dieser Punkt für die Kunden in der Inflationszeit weniger relevant geworden, doch mittelfristig könne sich die Marke damit profilieren, hofft Böck. „Wir haben die Preise nicht erhöht, obwohl es die steigenden Kosten verlangt hätten“, sagt er. Profitabel sei das Geschäft jedoch weiterhin, sagt der Unternehmer, ohne Details zu nennen.

Experten sind geteilter Meinung über die Aussichten. „Es ist wichtig für die Zukunft, dass Marc O'Polo einzigartig bleibt und sich im Kampf um Marktanteile nicht zu vergleichbar mit anderen Marken macht“, sagt Manuel Farrokh, Fashion-Experte bei der Beratung Dr. Wieselhuber & Partner. Marc O'Polo sei auf einem guten Weg, da die Marke kon-

sistent geführt werde und Wert auf Qualität und gute Präsentation im Laden lege. Markenexperte Franz-Maximilian Schmid-Preisler ist skeptischer. Er befürchtet, der Hersteller setze auf „Masse statt Klasse“ – also auf einen durch günstige Preise erkaufte Umsatzplus, das zulasten von Verarbeitung und modischem Stil geht. Die aktuellen Kollektionen sind aus seiner Sicht „nichtsagend“. Das schade mittelfristig der Marke – ähnlich wie es Esprit oder s.Oliver erleben mussten. Allerdings habe Maximilian Böck noch Chancen, die Marke zu sichern.

Der Firmenchef selbst bleibt vorsichtig. Er peilt für die kommenden drei Jahre nur ein einstelliges Wachstum an. Das ist weniger ambitioniert als zuletzt. So ist auch die eigentlich anvisierte Expansion in die USA vorerst aufgeschoben.

Als Testlauf war Böck in Kanada gestartet, doch das gestaltet sich schwieriger als erhofft.

Der Austausch des dortigen Vertriebspartners soll nun neuen Schwung bringen. Ansonsten liegen die Wachstumshoffnungen eher auf den noch recht neu dazugekommenen Auslandsmärkten in Spanien und Italien. Zudem investiert Böck in ein neues SAP-System für die Warenwirtschaft. Wachstumfeld im Ausland ist vorwiegend die Herrenmode. Deren Anteil im Gesamtunternehmen steigt daher – zuletzt auf 38 Prozent. Auf dem Werbegesicht Kroos lasten also Hoffnungen. Böck gibt dem Sportler bereits Vorschusslorbeeren: „Er passt perfekt zur Marke – authentisch, bodenständig und sozial engagiert. Der erfolgreichste deutsche Fußballer und nicht zu laut.“



GAME CHARGER.

Entdecken Sie die vollelektrischen Modelle von Mercedes-Benz. Aerodynamisches Design sorgt für mehr Reichweite – im neuen EQS sogar bis zu 821 Kilometern.¹ Und in nur 31 Minuten* laden Sie bis zu 80 % der Batteriekapazität. **DEFINING ELECTRIC.**



JETZT ZU ATTRAKTIVEN
KONDITIONEN

Mercedes-Benz

Mercedes-Benz EQS 450+ | Energieverbrauch kombiniert:
19,9–16,4 kWh/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 0 g/km; CO₂-Klasse: A¹

¹Die angegebenen Werte wurden nach dem vorgeschriebenen Messverfahren WLTP (Worldwide harmonised Light-duty vehicles Test Procedures) ermittelt.

*Die Ladezeit entspricht 10–80 % der Vollladung an einer DC-Schnelladesäule mit einer Versorgungsspannung von 400 V und einem Strom von mindestens 500 A.

Liegt das teuerste Gemälde der Welt in der Schweiz?

„Salvator Mundi“ soll sich im Zollfreilager befinden

Das Gemälde „Salvator Mundi“, welches Leonardo da Vinci zugeschrieben wird, wurde bei einer Auktion für 450 Millionen Dollar versteigert – das macht es zum teuersten je gehandelten Gemälde der Welt.

zoll- und steuerfreien Lager sinnvoll. Das Gemälde soll zu einem Besuchermagneten eines neuen Kunstmuseums in der Hauptstadt Riad werden und Touristen aus der ganzen Welt ins Land bringen.

Die Genfer Zollfreilager haben sich zu den Informationen bezüglich einer dortigen Aufbewahrung des Gemäldes bisher nicht geäußert. Auf die Anfrage, ob der saudische Kronprinz bei ihnen ein Lager habe, gab es keine Reaktion.

Die Bedeutung der Angaben auf diesen Listen hat sich nach Beginn des Krieges in der Ukraine gezeigt: Die vermögenden Russen gehören zu den wichtigsten Kunsteinkäufern der Welt, und auch sie bewahren einige ihrer Gemälde in den Schweizer Zollfreilagern auf.

Dieser Text erschien zuerst im „Tribune de Genève“. Übersetzt aus dem Französischen von Bettina Schneider

Vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen wirbt der Hamburger Limonadenkonzern Fritz-Kola auf sieben Großplakaten sowie auf 141 digitalen Werbeflächen in Sachsen und Thüringen.

VON CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

Wieso fährt ein Kola-Hersteller vor Landtagswahlen eine Kampagne zum Thema „Toleranz“?

MIRCO WOLF WIEGERT: Als Unternehmer will ich der Gesellschaft etwas Positives zurückgeben. Es läuft etwas falsch: Zu viele Leute sehen das Thema Migration durchweg negativ.

Weshalb nutzen Sie Plakate? WIEGERT: In den sozialen Medien bleiben wir in unserer Bubble. Auf der Straße dagegen erreichen wir zufällige Passanten.

Glauben Sie wirklich, dass Sie so Wahlen beeinflussen?

WIEGERT: Wir messen das nicht. Aber wir versuchen, unseren Beitrag zu leisten. Als Unternehmen tragen wir Verantwortung – dazu gehört mehr als nur Steuern zu zahlen.

Der thüringische AfD-Chef Björn Höcke wünscht allen Mittelständlern, die sich gegen seine Partei äußern, Umsatzeinbrüche.

Bei seiner Äußerung ging es um eine große Kampagne „Made by Vielfalt“ mehrerer Mittelständler wie Vorwerk und Miele.

„Wenn die AfD den Kanzler stellt, weiß ich nicht, was ich mache“



Es gibt einen Unterschied zur Mittelstandskampagne „Made by Vielfalt“: Sie verküpfen Ihre Bilder stark mit der Marke Fritz-Kola.

Ist es nicht so, dass Ihr Szenegetränk nur dort vertreten ist, wo sich die tolerante Bubble aufhält?

Haben Sie geprüft, ob Sie mit ihren Plakaten mehr Kunden gewinnen als abschrecken?

Was wollen Sie dem Gastronomiebetriebe sagen?

VON ISABEL STRASSHEIM

Dieser Ort scheint für seine Zwecke allerdings perfekt geeignet zu sein. Die Schweiz ist nicht nur ein globaler Hafen für Geldanlagen, sondern auch für Vermögenswerte.

Die Zollfreilager sind auf die Einlagerung von Kunstwerken spezialisiert, ebenso wie auf teure Weine und andere Wertgegenstände.

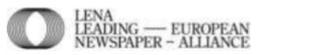


Table with 4 columns: Veröffentl., Währung, ISIN, Rückn. 3J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

.Deka Investments logo and contact info.

Table of ESG funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Metzler Asset Management GmbH

Table of Metzler funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

ÖKOWORLD

Table of Ökoworld funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Union Investment

Table of Union Investment funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Alte Leipziger Trust

Table of Alte Leipziger Trust funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

C&P Funds (Creutz & Partners)

Table of C&P Funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Commerz Real

Table of Commerz Real funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

DAVIS FUNDS SICAV

Table of Davis Funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

.Deka Investments

Large table of Deka funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Die besten Mischfonds im Vergleich

Table comparing top mixed funds with columns: Title, ISIN, Price, Performance.

Table of Multirent-Invest funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Deka International (Lux)

Table of Deka International funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Deka Immobilien Investment

Table of Deka Real Estate funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

DWS

Table of DWS funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Offene Immobilienfonds

Table of Open Real Estate Funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Gutmann Kapitalanlage

Table of Gutmann funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

HAUFHAUS FUND SERVICES

Table of Haufhaus funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

ERBA Invest OP*

Table of ERBA funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

hwb

Table of hwb funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

IPConcept (Luxembourg) S.A.

Table of IPConcept funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

LRI Invest S.A.

Table of LRI Invest funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

ALTI5 Bal Value*

Table of ALTI5 funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

NW Global Strategy*

Table of NW Global funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

www.meag.com

Table of Meag funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Metzler Asset Management GmbH

Table of Metzler funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

NOBIS

Table of Nobis funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

ODDO BHF Asset Management

Table of ODDO BHF funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Steuerberater. Er hatte viele jüdische Klienten: Hoteliers, Zuckerfabrikanten. Irgendwann konnte er sie nur noch heimlich treffen – und dann waren sie weg.

WELT: Ein Dauer-Bombardement mit Toleranz-Botschaften führt zum Gegenteil – zur Wahl der AfD. WIEGERT: Die Mitbürger, die sich ohnehin hart festgelegt haben, werden wir nicht umstimmen.

WELT: Mit wem diskutieren Sie das? WIEGERT: Wir diskutieren intern kontrovers. Klar, ich bin der Chef und damit eine Machtinstantz.

WELT: Wie lange lässt sich das durchhalten? Wenn die AfD in Thüringen und Sachsen auf ein Drittel der Stimmen kommt, ist das ja auch ein Drittel der Kunden und Mitarbeiter...

WELT: Darüber habe ich nachgedacht, allerdings ohne Ergebnis. Wenn bei einer Bundestagswahl die AfD den Kanzler stellen würde, wüsste ich nicht, was ich mache.

WELT: Fritz-Kola ist in Österreich aktiv – und in Polen, das lange eine rechtspopulistische Regierung hatte. Melden Sie sich dort auch zu Wort?

WELT: Ist es nicht so, dass Ihr Szenegetränk nur dort vertreten ist, wo sich die tolerante Bubble aufhält?

WELT: Sachsen und Thüringer könnten ebenfalls den Eindruck haben, dass Sie den östlichen Eingeborenen die Welt erklären wollen.

WELT: Was wollen Sie dem Gastronomiebetriebe sagen? WIEGERT: Ich werde erklären, was mich motiviert. Einer meiner Vorfahren war

Union Investment Luxemburg

Table of Union Investment Luxembourg funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Union Invest Real Estate

Table of Union Real Estate funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Universal Lux.

Table of Universal Lux funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

W&T Int. Asset Mgmt. Dublin

Table of W&T funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

Warburg Invest

Table of Warburg funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

sonstige

Table of other funds with columns: Fund Name, ISIN, Price, Performance.

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzter verfügbar; Währung: € = Euro, \$ = US-Dollar, ¥ = Yen, £ = Brit. Pfund.

Infront Funds Service logo and contact info.



Auftakt-Sieg mit Schleife

Anders als das Outfit es vermuten lässt, hat Naomi Osaka bei den US Open Aufschläge und kein Essen serviert. Die Japanerin wählte für ihr Match gegen Jelena Ostapenko das Modell „Tennis-Frosch mit riesiger Rückenschleife“. Den Fans gefiel es, Osaka auch: „Wenn ich dieses Outfit anziehe, ist es für mich fast wie ein Super-Anzug.“ Die 26-Jährige siegte souverän und dreht in der zweiten Runde eine Extra-Schleife.

USA TODAY SPORTS VIA REUTERS/CONV/GEORGE BURKE

Lucien Favre lief Gefahr, seine Contenance zu verlieren. Egal, ob seine Mannschaft gut oder schlecht gespielt hatte, immer wurde der damalige Trainer von Borussia Dortmund nach einem einzigen Spieler gefragt. „Wir müssen wirklich aufpassen“, sagte Favre dann und bat, doch endlich einmal einzusehen, dass dieser Spieler, den die Journalisten wahlweise als „Wunderkind“ oder als das „größte Talent seit Jahrzehnten“ bezeichneten, „noch viel, viel Zeit benötigt.“

VON OLIVER MÜLLER

Der Spieler, dem Favre am 21. November 2020 zu seinem ersten Bundesligaspieler verholfen hatte, ist Youssoufa Moukoko. Der in Yaoundé in Kamerun geborene Stürmer, der als Zehnjähriger nach Hamburg gekommen war, wurde in der Schlussphase der Partie der Dortmunder bei Hertha BSC (5:2) eingewechselt – einen Tag nach seinem 16. Geburtstag. Damit wurde er zum jüngsten Bundesligaspieler aller Zeiten. Mit 16 Jahren und 18 Tagen debütierte Moukoko dann in der Champions League. Mit 16 Jahren und 28 Tagen schoss er beim 1:1 bei Union Berlin sein erstes Bundesligator. Auch dies waren Rekorde, die bis heute bestehen.

Von der Euphorie, die der blutjunge Überflieger vor knapp vier Jahren auslöste, ist jedoch nicht mehr viel geblieben. Die hohen Erwartungen, die Moukoko geweckt hatte, konnte er nicht erfüllen. Und daran litt er zunehmend.

Schon seit Monaten rumorte es beim BVB wegen der Causa Moukoko. Die Frage, die sich nach Favre mit Marco Rose und Edin Terzic auch noch weitere Trainer gestellt haben

Das Ende eines Traums

Youssoufa Moukoko galt als Wunderkind, dessen große Karriere vorgezeichnet schien. Nun verlässt er Dortmund als Unvollendeter



Gescheitertes Talent: Youssoufa Moukoko steht bei Borussia Dortmund vor dem Abschied

PICTURE ALLIANCE/KIRCHNER/MEDIA/GUIDO KIRCHNER

dürften, lautet: Haben wir uns im Talent von Moukoko getäuscht? Die Fans, die den mittlerweile 19-Jährigen bereits in Herz geschlossen hatten, als Youssoufa in der Jugend ständig Torekorde aufgestellt hatte, fragten sich dagegen, warum dieser doch so hoch veranlagte Junge nicht mehr Einsatzzeiten bekommt.

Das fragte sich offenbar auch Moukoko. Im Januar 2023 hatte er seinen Vertrag zwar bis 2026 verlängert, doch er blieb auch anschließend meist nur zweite Wahl. Und das sehr gute Gehalt, mit dem ihm seine Unterschrift versüßt wurde, reichte als Trost nicht aus. Die Rede war damals von bis zu sechs Millionen Euro pro Jahr sowie einer Prämie

von etwa zehn Millionen Euro für seine Unterschrift. Umso verstimmt waren die Dortmund, als sich unlängst Moukoko Berater Patrick Williams zu Wort meldete. „Youssoufa wurde viel versprochen, bevor er unterschrieben hatte, aber das wurde nicht umgesetzt. Es ist kein Geheimnis, dass es genügend Vereine gibt, die von Youssoufas Qualitäten überzeugt sind“, sagte der und kündigte an, den Markt für seinen Klienten sondieren zu wollen. Spätestens da war klar: Moukoko hat die Überzeugung, sich beim BVB noch durchsetzen zu können, verloren.

„Wir haben ihn freigestellt für Gespräche mit einem anderen Verein“, sagte Dortmunds neuer Sport-Geschäftsführer Lars Ricken am Dienstagabend bei einem Talk der Ruhr Nachrichten. Zu diesem Zeitpunkt weilt Moukoko bereits an der Côte d’Azur. Der französische Erstligist OGC Nizza möchte ihn ausleihen, außerdem soll der Klub ein Vorkaufrecht erhalten. Zwischen Nizza und Moukoko soll bereits Einigung erzielt worden sein.

Für Ricken wäre der Abgang von Moukoko nicht irgendein Transfer. „Youssoufa hat eine tolle Entwicklung genommen. Ich habe dafür gekämpft, dass es eine Regelländerung gibt und er mit 16 Jahren im Profifußball spielen kann“, sagte Ricken. Im April 2020 erwarb die Dortmund, dass „Paragraf 14 Nr. 1 der Lizenzordnung Spieler“ geändert wurde. Von der Saison 2020/21 an brauchten Spieler nicht erst bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres warten oder zumindest zum jüngeren Jahrgang der U19 zählen, um in der Bundesliga eingesetzt zu werden. Es war eine grundsätzliche Anpassung an Regelungen in anderen europäischen Ligen. In Deutschland war trotzdem von einer „Lex Moukoko“ die Rede.

Warum sich aber ausgerechnet Moukoko beim BVB trotzdem nicht durchgesetzt hat, hat verschiedene Gründe. Er ist ein klassischer Strafraumstürmer, hatte es immer mit hochkarätiger Konkurrenz zu tun: Erling Haaland, Donyell Malen, Sébastien Haller, Niclas Füllkrug. Und wenn er glaubte, es öffne sich eine konkrete Möglichkeit, folgte prompt eine Enttäuschung. Als bei Haller im Sommer 2022 eine Krebserkrankung festgestellt wurde, witterte Moukoko seine Chance – doch der BVB holte mit Anthony Modeste einen erfahrenen Mittelstürmer als Ersatz. Als die Dortmunder nun Serhou Guirassy und Maximilian Beier verpflichteten, wusste Moukoko: Er wird schwer für ihn werden. So dürfte es bei 76 Bundesligaspielen und 17 Toren für den BVB bleiben.

Allerdings gelang es ihm auch nie, sich nachdrücklich zu empfehlen. Die Diskrepanz zwischen Trainings- und Wettkampfleistungen blieb groß. Es sei jedoch nie so gewesen, dass er sich hängen ließ. Auf diese Feststellung legt Ricken Wert. Es sei eher die Ungeduld, die junge Talente oftmals zum Verhängnis wird: die eigene Erwartung, die der Eltern und auch die der Berater. „Dann klopfen schnell Vereine an, die einem irgendetwas versprechen“, so Ricken: „Vielleicht sind wir manchmal auch zu ehrlich.“

Das ist eine Anspielung darauf, dass es nicht jedem jungen Spieler gefällt, wenn er mit der ungeschminkten Wahrheit konfrontiert wird. So wie es der neue BVB-Cheftrainer Nuri Sahin kürzlich getan hatte. „Wir können niemandem etwas schenken. Dazu ist der Verein viel zu groß“, sagte er. Bezogen war dies in erster Linie auf Paris Brunner – es passt allerdings auch auf Youssoufa Moukoko.

Das ist alles neu in der Champions League

Mehr Teams, mehr Spiele, mehr Geld – die Uefa bläht die Königsklasse weiter auf. Die komplizierte Auslosung vollzieht eine Software

Es hat nicht mehr viel mit einer klassischen Auslosung zu tun, wenn am Donnerstag in Monaco (18 Uhr/Sky) die Vorrundengruppen der neuen Champions-League-Saison ermittelt werden. Der Modus ist so kompliziert, dass eine Software die Auslosung übernimmt. Erstmals starten mit dem FC Bayern München, Borussia Dortmund, Bayer Leverkusen, RB Leipzig und dem VfB Stuttgart fünf deutsche Teilnehmer in der Königsklasse. Auf die fünf Fußball-Bundesligisten wartet ein Giganten-Wettbewerb.

WIE WIRD DIE CHAMPIONS LEAGUE 2024/25 GESPIELT?

Der größte Unterschied: Das Vorrundenformat mit acht Vierergruppen wird ersetzt. Stattdessen entscheidet eine Gesamttabelle aller 36 Teams über das Weiterkommen. Jede Mannschaft bestreitet

acht Hauptrundenspiele und damit zwei mehr als im bisherigen Format. Dabei treffen die Klubs in jeweils vier Heim- und vier Auswärtsspielen auf acht unterschiedliche Gegner. Die ersten acht Teams der Tabelle sind fix für das Achtelfinale qualifiziert. Die Klubs auf den Tabellenplätzen 9 bis 24 spielen in einer neuen K.-o.-Zwischenrunde um das Weiterkommen. Bei der Auslosung des Achtelfinales im kommenden Jahr wird der komplette Weg hin zum Finale am 31. Mai 2025 in München festgelegt.

WIE WIRD AUSGELOST?

36 Klubs, jeweils acht Gegner – im bisherigen Auslosungsformat wären über 1000 Kugeln und über drei Stunden Zeit nötig. Deshalb übernimmt größtenteils eine Software. Per Hand gezogen wird jeder Klub einmal, der Computer errechnet die acht Gegner, und wer gegen wen aus-

wärts spielt. Der genaue Zeitplan, wann welches Spiel ausgetragen wird, kommt erst am kommenden Samstag. Für die, die gerne tippen: Die Wahrscheinlichkeit, die richtige Konstellation für die Ligaphase vorherzusagen, liegt bei 0,000006 Prozent. Die Uefa verweist darauf, dass das System betrugssicher ist und ließ sich das von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft absegnen.

WELCHE GEGNER SIND FÜR DIE DEUTSCHEN STARTER MÖGLICH?

Die 36 Teams werden anhand der Uefa-Rangliste, die nach Erfolgen der vergangenen Spielzeiten errechnet wird, weiterhin in vier Töpfe eingeteilt – anders als bislang bekommen die Klubs aber auch Gegner aus dem eigenen Topf zugelost, was sogar.

Das heißt, die Bayern könnten in der Ligaphase beispielsweise auf Manche-

ster City und Real Madrid treffen. Grundsätzlich ausgeschlossen sind in der Vorrunde Spiele von Klubs aus einem Land gegeneinander. Jeder Verein soll zudem maximal auf zwei Klubs aus einem anderen Nationalverband treffen.

WAS ERHOFFT SICH DIE UEFA VON DEM NEUEN MODUS?

Es finden mehr Partien statt, die Einnahmen steigen weiter. Die Uefa rechnet mit insgesamt 4,4 Milliarden Euro pro Saison für alle Europapokalwettbewerbe. Der Kontinentalverband erhofft sich zudem ein noch größeres Zuschauer-Interesse an der ersten Phase, weil auch im Gegensatz zur Vergangenheit mehr Topspiele winken. Die Uefa setzt zudem auf mehr Spannung, weil nun häufiger bis zum letzten Hauptrundenspieltag der Einzugs in die Playoffs und

zugleich auch die Position in der K.-o.-Phase offen seien.

WAS IST SONST NOCH NEU?

Anders als bislang gibt es keinen Übergang zwischen Champions League, Europa League und Conference League. Für die Teams, die es nicht in die K.-o.-Phasen und das Achtelfinale schaffen, ist die internationale Saison beendet. Weiterhin gibt es mehr Wochen mit Europapokal: Champions League und Europa League beginnen im September, die Hauptrundenspieltage sieben und acht steigen erst im Januar. Am letzten Spieltag werden aus Fairplay-Gründen alle 18 Partien gleichzeitig angepfiffen. Und: Die Königsklasse klingt etwas anders. Für das neue Format hat die Uefa ihr sogenanntes Branding angepasst, dazu gehört auch eine verfeinerte Neuaufnahme der Hymne.

DPA/STEP

Izquierdo nach Kollaps im Spiel gestorben

Ärzte verlieren Kampf um uruguayischen Verteidiger

Wenige Tage nach seinem Zusammenbruch bei einem Spiel der Copa Libertadores in Brasilien ist der uruguayische Fußballer Juan Izquierdo mit nur 27 Jahren gestorben. Die Todesursache sei ein Herz-Kreislauf-Stillstand gewesen, teilte sein Verein Nacional unter Berufung auf die behandelnden Ärzte im Albert-Einstein-Krankenhaus in São Paulo mit. Izquierdo sei am Dienstagabend um 21.38 Uhr gestorben, hieß es in einer Klinikmitteilung.

Der Innenverteidiger war am vergangenen Donnerstag in der 84. Minute des Achtelfinal-Rückspiels gegen den São Paulo FC absiebt des Spielgeschehens ins Wanken geraten und umgefallen. Er wurde ohnmächtig und musste in einem Krankenwagen vom Platz gefahren werden. Nach Angaben des Krankenhauses wurde eine Herzrhythmusstörung festgestellt. São Paulo gewann die Partie 2:0 und zog ins Viertelfinale ein. Izquierdos Tod sei für seinen Verein ein „unersetzlicher Verlust“, hieß es in einem Post auf der Plattform X. „Juan, du wirst immer bei uns sein.“ Es sei ein trauriger Tag für den Fußball, teilte auch der São Paulo FC mit. Der Präsident des südamerikanischen Fußballverbandes Conmebol, Alejandro Domínguez, sprach Izquierdos Angehörigen und dessen Verein sein Beileid aus. „Der südamerikanische Fußball ist in Trauer.“ Auch aus dem Nachbarland Argentinien kamen Beileidsbekundungen. Der argentinische Fußballverband AFA bedauerte Izquierdos Tod zutiefst, hieß es in einem Post auf der Internetplattform X, „hier ist unsere Umarmung.“

2018 gab Izquierdo sein Debüt in der ersten Liga für den Club Atlético Cerro. Bei Nacional spielte er mit einer Unterbrechung seit 2022, in dieser Zeit bestritt er 33 Spiele und erzielte zwei Tore. Er hinterlässt seine Frau Selene und zwei Kinder – das zweite wurde nach Angaben des Nacional-Präsidenten Alejandro Balbi nur wenige Tage vor Izquierdos Zusammenbruch geboren. DW

Sinner nach Dopingfall von Fans gefeiert

Zuspruch bei US Open überrascht Tennis-Star

Den Sieg beim ersten Auftritt nach seinem viel diskutierten Doping-Freispruch feierte Janik Sinner ohne überschwängliche Jubelgeste. Seine Erleichterung war dem Tennis-Welttranglisten ersten erst auf den zweiten Blick anzumerken. Durch den ungebrochenen Zuspruch der Zuschauer wirkte der Italiener wie von einer Last befreit. „Die Reaktion der Fans war großartig“, schwärmte Sinner nach dem 2:6, 6:2, 6:1, 6:2 gegen den Amerikaner Mackenzie McDonald. „Schon als die Nachricht herauskam, habe ich während der Trainings viel Unterstützung gespürt“, sagte der 23-Jährige.

Auch nach dem tagelangen Wirbel um die zwei positiven Dopingtests und den anschließenden Freispruch hatten die Zuschauer den Titelkandidaten im Arthur Ashe Stadium freundlich mit Applaus empfangen. Buhrufe und sonstige Unmutsbekundungen waren auch während der Partie weder zu hören noch zu sehen. „Es ist immer noch nicht einfach“, sagte Sinner dennoch zu seiner Situation. Nach zwei positiven Tests im März auf das verbotene anabole Steroid Clostebol war er nach Angaben der verantwortlichen Tennis-Agentur Itia vor gut einer Woche von einem unabhängigen Gericht freigesprochen worden. Die Itia hatte auch da erst die Positivtests öffentlich gemacht. Sinner’s Erläuterung, dass das verbotene Mittel durch eine Massage in seinen Körper gekommen sei, wurde als schlüssig angesehen.

Einige Spieler wie Novak Djokovic prangerten danach eine Ungleichbehandlung anderer Profis in ähnlichen Situationen an. Es habe direkte Reaktionen anderer Spieler gegeben, berichtete Sinner – ohne genauer ins Detail zu gehen, wie diese ausgefallen waren. „Ich kann nicht kontrollieren, was sie denken und reden.“ Insgesamt seien die Reaktionen jedoch „nicht schlecht“ gewesen. In der zweiten Runde trifft Sinner auf den US-Profi Alex Michelsen. DW

Ein Jahr nach der Debatte um den Bestseller „Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung“ von Dirk Oschmann ist das Buch des Jahres zu den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg „Der Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute“ von Ilko-Sascha Kowalczyk. Der Historiker, geboren 1967 in Berlin, saß schon in den Neunzigern in Gremien zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In seinen Büchern „Endspiel“ und „Die Übernahme“ widmete er sich der friedlichen Revolution und den Folgen der deutschen Einheit. „Der Freiheitsschock“ sei, wie er selbst schreibt, eine Fortsetzung der „Übernahme“.

verstehen konnte, wie man sich einer Blockpartei, der CDU, hinter der Helmut Kohl stand, in den Rachen werfen konnte. Das sprach für mich für ein paternalistisches Staatsverständnis. Die Stimmen für die Allianz für Deutschland haben mich allerdings genauso erheitert wie die 16 Prozent für die SED und die Erfindung des Opfernarrativs im Osten: Wir können uns nicht wehren, wir können nichts dafür. Ihr hattet es aber herbeigewählt! Ihr konntet euch einbringen, ihr habt euch eingebracht, hört auf zu jammern, ihr habt es so gewollt!

WELT: Jetzt bringen sie sich ein und wählen AfD und BSW. KOWALCZYK: Und das ist ihr gutes Recht. Aber ich sage ihnen auch: Nur weil es eine demokratische Wahl ist, heißt es noch lange nicht, dass ihr demokratische Parteien wählt! AfD und BSW sind keine demokratischen Parteien! Und zu meinem Recht gehört es, eure Entscheidungen zu kritisieren!

WELT: Hat der Osten sich zu lange vom Westen erklären lassen? KOWALCZYK: Nein. Ich bin als Ostdeutscher seit 35 Jahren in den Debatten unterwegs und saß in den Enquete-Kommissionen im Bundestag in den Neunzigerjahren. Am härtesten war immer die Ost-Ost-Debatte. Die Aufarbeitung hatte ja die Aufgabe, zur Demokratisierung und Freiheitserziehung Ostdeutschlands beizutragen.

Westdeutsch überstülpt war da nichts. Das war ein Lieblingsnarrativ der PDS. Hinzu kam: Die wichtigsten Debatten fanden in den Westmedien statt, wo auch die unendifferenziertesten Beiträge zur DDR und über Ostdeutschland erschienen, auch in dem Konzern, für den Sie arbeiten. Alles war Stasi, Stasi, Stasi, wodurch alles andere aus dem Blick geriet. Auch die vom Westen besetzten Eliten im Osten verstärkten den Eindruck, der Osten wollte oder könnte sich nicht selbst erklären. 2002 kam dann mit „Zonenkinder“ von Jana Hensel eine andere Generation zu Wort, die die Verletzungen ihrer Eltern selber spürte – und deren Sprachlosigkeit. Noch mal zehn Jahre später traten die alten Aufarbeiter ab. Einer der wenigen, der von Anfang an dabei war und noch immer da ist, bin ich. Zwei der heute wirkmächtigsten Stimmen im Osten, Dirk Oschmann und Steffen Mau, haben 30 Jahre lang ihre ostdeutsche Identität verleugnet und Karriere gemacht, was ihnen über-

VON MICHAEL PILZ

WELT: Wir sind beide alt genug, um aus eigenen Erfahrungen und Erinnerungen über die DDR, die Vereinigung und die Folgen reden zu können. Wann hat uns der von Ihnen diagnostizierte Freiheitsschock als Ostdeutsche ereilt?

ILKO-SASCHA KOWALCZYK: Ich selbst habe nie an diesen mehrheitlichen Freiheitswillen der Ostdeutschen geglaubt. Schon in der DDR nicht. 1989/90 war ich dann wie viele andere doch sehr überrascht, wie freiheitsstrebend viele waren, wusste aber immer: Es war eine Minderheit. Dafür brauchte ich mich nur in meiner eigenen großen Familie umzuschauen und unter vielen anderen Leuten um mich herum. Niemand war engagiert. Es gab Ausnahmen in christlichen oder politisch andersdenkenden Familien. Trotzdem hat mich die Euphorie über „die“ Ostdeutschen damals natürlich auch erfasst.

WELT: Hatten nicht die meisten irrenden Freiheitsträume und sie es, dass sie einfach mal rauswollten aus dem Land?

KOWALCZYK: Diesen Eindruck hatte ich nicht. Kaum jemand wollte es so lassen, wie es war, klar, aber die wenigsten wollten zielgerichtet irgendwo anders hin. Spätestens am 18. März 1990, mit den ersten freien Wahlen, hatte sich meine Euphorie dann auch schon wieder erledigt. Nicht, weil die Mehrheit den schnellsten Weg zu deutscher Einheit gewählt hat, sondern weil ich nicht

„Dem WESTEN wird es genauso ergehen“

Niemand regt die Ostdeutschen vor den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg so sehr auf wie der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk mit seiner These vom „Freiheitsschock“. Das große Gespräch über die Wut der anderen – und die eigene



haupt nicht vorzuwerfen ist. Eigentlich ist Oschmanns Wutseller „Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung“ auch gar nicht interessant, weil er nichts schreibt, was andere nicht schon geschrieben hätten. Interessant macht ihn die fehlende Differenzierung, das Narrativ des Ostens als Opfer und der enorme Resonanzboden. Oschmann stellt nicht mehr die alte Grundfrage der Einheit: Muss der Osten so werden, wie der Westen glaubt, dass er ist? Sondern er trotz: Der Osten ist anders und muss anders bleiben.

WELT: Das schreiben Sie doch auch. KOWALCZYK: Ja, klar. Aber ich nehme immer beide Seiten in die Verantwortung, Ost wie West.

WELT: Welche Freiheit meinen Sie genau?

KOWALCZYK: Frei nach John Stuart Mill: Freiheit ist eine Angelegenheit, die nur durch einen Staat begrenzt werden kann, wenn in der Ausübung der eigenen Freiheitsrechte die Freiheitsrechte anderer beschränkt werden. Ich unterscheide auch zwischen Freiheit und freiheitlich. Freiheitlich kann man auch

in einer Diktatur leben. Aber in Freiheit leben kann man nur in einem Staatssystem, das dies auch garantiert. Wie die Bundesrepublik Deutschland. Womit die Ostdeutschen offenbar ein Problem haben, ist der freiheitliche Staat: Viele hängen autoritären Staats- und illiberalen Demokratievorstellungen an, siehe Putin und Orbán, und sehnen sich nach einer Diktatur der Mehrheit. Das zeigt auch die schwache Parteienbindungsquote im Osten. Wir sind laut Erfassung ein parteiendemokratischer Staat. Dazu gehört als Korrektiv eine lebendige Zivilgesellschaft, die wir im Osten außerhalb der großen Städte nicht haben. Ich mag mir den Osten gar nicht vorstellen ohne die zwei Millionen, die aus dem Westen hinzugekommen sind, bei fünf Millionen Mobilien, die den Osten verlassen haben.

WELT: Für Ihre Sicht der Dinge werden Sie auf eine Weise angefeindet, die selbst die Abgebrühtesten in den sozialen Medien irritiert. Ängstigt oder bestätigt Sie das?

KOWALCZYK: Angst habe ich nicht. Hassstürme erlebe ich seit Jahren und Jahrzehnten, persönliche Bedrohungen,

das ganze Programm. Meine Frau erlebt das ähnlich (Susan Armat hat ebenfalls ein Buch geschrieben: „Ich bin ostdeutsch und gegen die AfD“, d. R.). Für mich ist es analytisch interessant. Insbesondere dann, wenn Leute mir bescheinigen, dass ich keine Ahnung von Demokratie hätte, dass es Listen gäbe, auf denen ich ganz oben stünde, und dass man mich ins Lager stecken würde, wenn es soweit sei. Da frage ich mich: Merken die nicht, dass sie im Prinzip das tun, was ich beschreibe? Was mit Sorgen macht, ist etwas anderes: Ich bin in kurzer Zeit wieder vergessen mit meinem komplizierten Namen. Aber was macht das mit Menschen, die alltäglich einer solchen Schmutz- und Hetzkampagne ausgesetzt sind? Also Politikerinnen aller, und damit meine ich auch wirklich aller Couleur. Das ist unerträglich und ein weiteres Anzeichen für den Verfall unserer freiheitlichen Demokratie. Wie halten die das eigentlich aus, der Bürgermeister und der Landrat von sowieso? Wenn die alle die Flinte ins Korn werfen, was machen wir dann?

WELT: Sie schreiben, noch nie daran geglaubt zu haben, dass Wähler nur

rechts- oder linksextrem wählen, um gegen Parteien, von denen sie sich enttäuscht fühlen, zu protestieren. Die Wähler wüssten ganz genau, wen sie wählen und warum. Werden ostdeutsche Prägungen von Älteren an Jüngere vererbt?

KOWALCZYK: Der Abendbrottisch ist eine ganz entscheidende Sozialisationsinstanz. Die Familie ist hier nachweislich stärker als Schule, Medien und politische Bildung. Schon durch Schweigen wird vieles weitergegeben, auch Enttäuschungen und Kränkungen. Wir haben ja das Phänomen, dass viele Junge der AfD und dem BSW hinterherrennen, interessanterweise mehr der AfD. Was hat das mit der DDR zu tun? Ich glaube nach wie vor: sehr viel, eben durch die Familiensozialisation. Die meisten Menschen aus der DDR glauben, dass ihnen die ideologische Dauerbeschallung nichts angetan hat.

WELT: Sie schreiben selbst, Sie seien diktaturgeschädigt.

KOWALCZYK: Alle, die durch eine Diktatur gegangen sind, sind diktaturgeschädigt. Ich glaube, die Mechanismen von Diktaturen zu kennen, weil ich

DONNERSTAG ARD

- 9.05 HD Hubert ohne Staller 9.55 HD Tagesschau Magazin 10.00 HD Paralympische Spiele Paris 2024 Schwimmen / Badminton / Tischtennis / Rollstuhlbasketball / ca. 12.50 Bahnrad 14.00 HD Tagesschau Mit Wetter 14.10 HD Rote Rosen Telenovela 15.00 HD Tagesschau Mit Wetter 15.10 Sturm der Liebe Telenovela 16.00 HD Tagesschau Mit Wetter 16.15 HD Nachtstreife Dokureihe 17.00 HD Tagesschau Mit Wetter 17.15 HD Brisant Magazin 18.00 HD Gefragt – Gejagt Show 18.50 HD In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte Affront 19.45 HD Wissen vor acht Magazin 19.50 HD Wetter Nachrichten 19.55 HD Wirtschaft Magazin 20.00 HD Tagesschau Mit Wetter 20.15 HD Nord bei Nordwest: Auf der Flucht TV-Krimi (D 2022) Mit Stephan Tille, Jana Klinge, Marlene Lohse. Regie: Hinnerk Schönewann 21.45 HD Monitor Magazin 22.15 HD Tagesthemn Mit Wetter 22.50 HD Paralympische Spiele Paris 2024 Tischtennis / Schwimmen / Bahnrad. Moderation: Michael Antwerpes 0.20 HD Tagesschau Nachrichten 0.30 HD Nord bei Nordwest: Auf der Flucht TV-Krimi (D 2022) 2.00 HD Tagesschau Nachrichten 2.05 HD Liebe und Tod auf Java Drama (D 2011) Mit Jason Chan

ZDF

- 5.30 HD MoMa 9.00 heute Xpress 9.05 HD Volle Kanne Magazin. Zu Gast: Thomas Anders, Claudia Weidung-Anders 10.30 HD Notruf Hafenkante 11.15 HD SOKO Stuttgart 12.00 heute 12.10 ZDF-Mittagsmagazin 14.00 heute – in Deutschland 14.15 HD Die Küchenschlacht Show 15.00 heute Xpress Nachrichten 15.05 HD Bares für Rares Magazin 16.00 heute – in Europa 16.10 HD Die Rosenheim-Cops Jung, schön, fit und tot 17.00 HD heute Nachrichten 17.10 HD hallo deutschland 18.00 HD SOKO Stuttgart Krimi-Serie. Blutiger Protest 19.00 HD heute Nachrichten 19.25 HD Notruf Hafenkante Krimi-Serie. Freier Fall 20.15 HD Beckenrand-Sheriff Komödie (D 2020) Mit Milan Peschel, Sebastian Bezzel, Johanna Wokalek. Regie: Marcus H. Rosenmüller 22.00 HD heute journal Moderation: Christian Sievers 22.40 HD Globale Machtspele – Kampf um das Chinesische Meer Dokumentation 23.25 HD Markus Lanz Talkshow 0.40 HD heute journal update 0.55 HD Arctic Abenteuerfilm (ISL 2018) Mit Mads Mikkelsen 2.25 HD The Last Journey – Die letzte Reise der Menschheit Sci-Fi (F 2020) Mit Jean Reno

SAT.1

- 5.30 HD SAT.1-Frühstücksfernsehen Magazin. Zu Gast: Muriel Baumeister, Carolina Frei, Boris Nikolai Konrad 10.00 HD Auf Streife Doku-Soap 11.00 HD Auf Streife 12.00 HD Auf Streife Doku-Soap 13.00 HD Auf Streife – Die Spezialisten 14.00 HD Auf Streife – Die Spezialisten Doku-Soap. Mysteriöser Überfall bei Wanderflug 15.00 HD Auf Streife Doku-Soap 16.00 HD Auf Streife Doku-Soap 17.00 HD Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt 17.30 HD Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt 18.00 HD Notruf Reportage-reihe. Perspektivwechsel 19.00 HD Die Spreewaldklinik Drama-Serie. Loslassen 19.45 HD SAT.1.newstime 20.15 HD 99 – Wer schlägt sie alle? Show. Moderation: Panagiota Petridou. Nur einer von 100 kann hier gewinnen. 100 Kandidaten treten an, und wer in 98 verschiedenen Herausforderungen nie letzter wird, hat im Finale die große Chance, 99.000 Euro zu gewinnen. 23.00 HD Das große Allgemeinwissenquiz Show 1.20 HD 99 – Wer schlägt sie alle? Show 3.35 HD Mein Mann kann Show Pia, Efi und Vanessa 4.15 HD Mein Mann kann Show Heike, Keila und Sabrina

RTL

- 6.00 HD Punkt 6 7.00 HD Punkt 7 8.00 HD Punkt 8 9.00 Gute Zeiten, schlechte Zeiten 9.30 Unter uns 10.00 HD Ulrich Wetzel – Das Strafgericht 11.00 HD Barbara Salesch 12.00 HD Punkt 12 Magazin 15.00 Barbara Salesch Doku-Soap 16.00 HD Ulrich Wetzel – Das Strafgericht Wer sperrte den Hotelchef in den Kühlraum? 17.00 HD Verklag mich doch! Doku-Soap. Elternzeit-Disput gefährdet Ehe und Kindeswohl 17.30 Unter uns Soap Skandal in der Schillerallee 18.00 HD Explosiv – Das Magazin 18.30 HD RTL Aktuell Magazin 18.45 HD RTL Aktuell Nachrichten 19.05 Alles was zählt Soap. Lüge aus Liebe. Mit Ricardo Angelini 19.40 GZSZ Soap. Bittere Wahrheit 20.15 HD Ich bin ein Star – Showdown der Dschungel-Legenden Mit Dr. Bob. Moderation: Sonja Zietlow, Jan Köppen 22.30 HD Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach 22.45 HD RTL Direkt Nachrichten 22.55 HD Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach 23.20 HD stern TV Spezial Magazin Traumberuf Realitvshow 0.05 HD RTL Nachtjournal 0.35 HD RTL Nachtjournal – Das Wetter Nachrichten 0.40 HD Ich bin ein Star – Showdown der Dschungel-Legenden Doku-Soap (Wh.)

3SAT

- 13.15 HD Die Meeressägler von Sansibar – Es gibt viel zu tun im Paradies 13.35 HD Panamericana Dokureihe. Von Wainwright in Alaska bis nach Atlin in Kanada / Von Atlin in Kanada bis San Francisco in den USA / Von San Francisco in Kalifornien bis nach Taos in New Mexico / Von Taos im US-Bundesstaat New Mexico über Mexiko nach El Salvador / Von Panama über Medellín und Bogotá in Kolumbien nach Lima und Cusco in Peru / Vom Machu Picchu in Peru nach Bolivien / Von Argentinien nach Feuerland 18.30 HD nano Magazin 19.00 HD heute Nachrichten 19.20 HD Kulturzeit Magazin 20.00 HD Tagesschau Nachrichten 20.15 HD Inspired by Nature: Geniale Technologien Dokureihe 21.00 HD scobel Gespräch 22.00 HD ZIB 2 Nachrichten 22.25 HD auslandsjournal extra 22.55 HD Edelweißpiraten: Teenager gegen Hitler 23.40 HD Hitlers Zorn 0.05 HD Kinder von Bad Sachsa 0.40 HD Zapp Vertrauen verloren? Deutsche Medien und der Krieg in Gaza und Israel 1.10 HD 10vor10 Nachrichten

ARTE

- 10.45 HD Wilde Ostsee 11.35 HD Die Bienenflüsterer 12.10 HD Alt und obdachlos 12.40 HD Stadt Land Kunst 13.25 HD Stadt Land Kunst Magazin 14.15 HD Mord im Mittsommer: Scheinwelten TV-Krimi (S 2020) Mit Alexandra Rapaport 15.45 HD Mord im Mittsommer: Vicky (4/4) TV-Krimi (S 2020) Mit Alexandra Rapaport 17.40 HD Der Sturm – Tiere bei Blitz und Donner Doku 18.35 HD Strände Europas 19.20 Arte Journal Magazin 19.40 HD Giftschlangenjagd an der Adria Reportage 20.15 HD Monopoly – Spiel ohne Erbarmen Dokumentation 20.55 HD Ass im Armel – Faszination Kartenspiel Begleitend wurden Kartenspieler auf dem Grat zwischen Faszination für das Spiel und dem Verruchten. 21.40 HD Blood River Serie 0.05 HD Rihanna – Inselkind, Popstar, Nationalheldin Doku 1.00 HD Uma Thurman: Die stille Kämpferin Hollywoods 1.55 HD Tarantino – The Bloody Genius Dokufilm (USA 2019)

PRO SIEBEN

- 5.50 HD Galileo 6.50 HD How I Met Your Mother 7.45 HD The Goldbergs 8.40 HD Brooklyn Nine-Nine 9.35 HD The Simpsons 10.25 HD How I Met Your Mother Die Tänzerhütte / Die Stinsons 11.20 HD Scrubs 12.20 HD Two and a Half Men Sitcom 14.10 HD The Middle Sitcom 15.05 HD The Big Bang Theory Sitcom. Die Zeitmaschine / Sheldon 2.0 / Die Erdnuss-Reaktion / Schrödingers Katze 17.00 HD taff Magazin. Südkorea – DAS Top Reiseziel 2024 (2) 18.00 HD ProSieben.newstime Zeichenkritik-Serie. Jailhouse Blues / Chief der Herzen 19.05 Galileo Magazin Chinesische Pyramiden 20.15 HD Beauty and the Nerd Show. Acht Beauty-Nerd-Paare treten auf Koh Samui (Thailand) in den Wettbewerb. 22.55 HD Forsthaus Rampensau Doku-Soap. Cathy Lugners andauernde Trinkerei im Forsthaus führt zu Konflikten mit ihrem Forsthaus-Partner Daniel Köllner und ihrem neuem Freund. 1.35 HD Beauty and the Nerd (Wh.) 3.40 HD Beauty & The Nerd Spezial – Das sind unsere Teilnehmer:innen Show. Zum Start der fünften „BATN“-Staffel gibt es exklusive Einblicke.

KABEL 1

- 5.40 HD Bull Krimi-Serie. Sechs Löfel Salz / Sechs Tequila / Tsunami in der Sahara / Siebzehn Jahre / Auf eigenen Füßen. Mit Michael Weatherly 10.10 HD Elementary Krimi-Serie. Während du schliefst / Der Ballonman / Konkurrenz-kampf / Todesengel / Spuren im Sand 14.50 HD Castle Krimi-Serie. Eine Rose für immer und ewig 15.50 HD Kabel Eins.newstime 16.00 HD Castle Krimi-Serie 16.55 Abenteuer Leben täglich Magazin. Top X Verrückte Bratwurstsorten 2024 17.55 HD Mein Lokal, Dein Lokal Reihe. „Zum Wattwurm“, Elisabeth-Sophien-Koogel 18.55 HD Achtung Kontrolle! Reportagereihe. Streetfood aus aller Welt in Dortmund 20.15 HD Achtung Abzocke – Betrügnern auf der Spur Dokumentationsreihe. Peter Giesel und sein Team sagen Betrügnern weiterhin den Kampf an. 22.20 HD K1 Magazin Das Format berichtet über Themen, die jeden betreffen, und erzählt Geschichten aus dem Leben. 23.25 HD Trucker Babes – 400 PS in Frauenhand Doku-Soap 1.20 HD Kabel Eins.newstime 1.25 HD Forged in Fire – Wettkampf der Schmiede Doku-Soap. Das Takouba / Das Wallonische Schwert / Die Jury übernimmt – Doug Marciada

NDR

- 16.15 HD Wer weiß denn sowas? 17.00 HD NDR Info 17.10 HD Leopard & Co. 18.00 Ländermag. 18.15 HD Rung-holt – Jäger der verlorenen Kirche: Auf Spurensuche im Watt 18.45 HD DAS! 19.30 Ländermagazine 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD Young Adventurers 21.00 HD Der Zauber des Grand Canyon – Die berühmteste Schlucht der Welt 21.45 HD NDR Info 22.00 HD Der Bozen-Krimi: Vergeltung TV-Krimi (D 2022) 23.30 HD Großstadtrevier 0.20 HD Hamburg Transit Serie

ZDF INFO

- 7.20 HD Faszination Weltall Dokumentationsreihe. Fremde Welten / Schwarze Löcher 8.50 HD Die Planeten 12.40 HD ZDFBesseres: Sebastian Lege deckt auf Reportagereihe 13.25 HD ZDFBesseres: Sebastian Lege packt aus Dokureihe. Schummellei bei Fertigprodukten / Sündige Snacks / Vegane Verführungen / Softe Drinks, harte Wahrheiten / Luftnummern im Kühlregal / Fragwürdige Fertigprodukte / Falsche Feinkost-Versprechen. Mit Sebastian Lege 18.45 HD Cold Case Dokumentationsreihe. Rosemarie Nitribitt – Tod einer Edelhure / Marilyn Monroe – Tod einer Ikone. Es ist der spektakulärste Kriminalfall der Nachkriegsära: 1957 wurde die Prostituierte Rosemarie Nitribitt ermordet. 20.15 HD Aufgeklärt – Spektakuläre Kriminalfälle Das Phantom von Friesland / Mord in der Millionärs-Villa / Mord ohne Gewissen / ZDF: Die Tötung / Die Lust am Töten: Jürgen Bartsch / Tod eines Finanzbeamten / Vermisst! Der Fall Mareike 0.40 HD heute-journal Moderation: Christian Sievers

MDR

- 18.05 HD Wetter für 3 18.10 HD Brisant 18.54 HD Sandmann 19.00 HD Regional 19.30 HD aktuell 19.50 HD Der schönste Sommer meiner Kindheit 20.15 HD Lebensretter 21.00 HD Visite 21.45 HD aktuell 22.10 HD artour 22.40 HD Krieg im Kopf: Der hohe Preis für den Auslandseinsatz 23.10 HD Andris Nelsons – Maestro ohne Allüren Dokumentation 23.40 HD Andris Nelsons dirigiert Anton Bruckner Konzert 0.55 HD Anton Bruckner – Adagio aus dem Streichquintett F-Dur

RBB

- 14.30 HD Familie ist kein Wunschkonzert Roadmovie (D 2017) 16.00 HD rbb24 16.15 HD In aller Fr. – Die jungen Ärzte 17.05 HD Panda & Co. 17.53 HD Unser Sandmann 18.00 HD DER TAG in Berlin & Brandenburg 19.30 HD rbb24 Abendschau 20.00 HD Tagesschau 20.15 HD Die Köchin und der Präsident Komödie (F 2012) 21.45 HD rbb24 22.00 HD Die Heil-land – Wir sind Anwalt 23.40 HD Raus aus Amal Drama (SDK 1998) 1.05 HD Kochen mit Martina und Moritz (Wh.)

WELT

- 10.00 HD WELT-Newsroom 10.50 HD Börsenflash 11.00 HD WELT-Newsroom 11.50 HD Börsenflash 12.00 HD Die Welt am Mittag 12.45 HD Börse am Mittag Magazin 13.00 HD Die Welt am Mittag 13.30 HD WELT-Spezial 14.00 HD WELT-Newsroom 15.00 HD Börsenflash 16.00 HD WELT-Newsroom 16.55 HD Börsenflash 17.00 HD WELT-Newsroom 17.15 HD WELT-Spezial 17.45 HD Börse am Abend Magazin 18.00 HD Die Welt am Abend 18.15 HD Meine WELT – Meine Meinung zum Tag Magazin 18.30 HD Die Welt am Abend

BR

- 15.00 aktiv und gesund 15.30 Schnittgut. Alles aus dem Garten 16.00 BR24 16.15 HD Wer weiß denn sowas? 17.00 HD Unter unserem Himmel 17.30 Regional 18.00 Abendschau 18.30 BR24 19.00 mehr/wert 19.30 Dahoam is Dahoam 20.00 Tagesschau 20.15 Gipfeltreffen 21.00 Schlachthof – Das Beste 21.45 BR24 22.00 Vereinheim Schwabing 22.45 Z'am rocken 23.30 Super Duper Plastic Man – Die vergessene Funk-Legende Ike White Dokumentarfilm (GB 2019) 0.50 Startrampe COVERED

SWR

- 13.55 HD Wer weiß denn sowas? 14.40 HD Giraffe, Erdmännchen & Co. 15.10 HD Elefant, Tiger & Co. 16.00 HD Aktuell 16.05 HD Kaffe oder Tee 17.00 HD Aktuell 17.05 HD Kaffe oder Tee 18.00 HD Aktuell 18.15 HD Landesschau BW 19.30 HD Aktuell 20.00 HD Tagesschau 20.15 Fußball: Conference-League-Qualifikation Play-off: 1. FC Heidenheim – Bolliklubben Håcken 22.30 HD Hubert ohne Staller 0.05 HD Wir und das Tier – Ein Schlachthaus-melodram Dokumentarfilm (D 2024)

STREAMING-TIPP

Mrs. Roosevelt und das Wunder von Earl's Diner (Komödie) Der Film erzählt die Geschichte der drei besten Freundinnen Odette (Aunjanue Ellis-Taylor), Barbara Jean (Sanaa Lathan) und Clarice (Uzo Aduba). Über Jahrzehnte hinweg haben sie gemeinsam den Stürmen des Lebens getrotzt. Durch die Freuden und Sorgen des Lebens, Ehen und Kinder, Glücksmomente und Krisen, Liebe und Verlust, drohen jedoch neue Dimensionen von Herzschmerz und Krankheit die Vergangenheit aufzurütteln. Disney+

PHOENIX

- 13.30 phoenix plus 14.00 phoenix vor ort 14.45 phoenix plus 15.30 phoenix plus 16.00 Am Puls 16.45 Höcke – Und seine Hintermänner 17.30 phoenix der tag 18.00 Schweiz – Wingsuit-Base-jump im Tal des Todes 18.30 Die Rhône Reportagereihe. Von den Schweizer Alpen bis Lyon / Von Lyon in die Camargue 20.00 HD Tagesschau 20.15 Kamala Harris – Die erste Frau im Weißen Haus? 21.00 phoenix runde Diskussion 21.45 HD heute-journal 22.15 Dokumentation 23.00 der tag 0.00 phoenix runde (Wh.)

EUROSPORT 1 / SPORT 1

- Eurosport: 18.00 Radsport: Tour de l'Avenir (Wh.) 19.00 Sportklettern: Weltcup (Wh.) 20.00 Sportklettern: Europameisterschaften 21.15 Snooker: Riyadh Season World Masters of Snooker 22.00 Radsport: Vuelta a España (Wh.) 0.00 Snooker: The Masters Sport1: 17.30 Highway Patrol (Wh.) 18.30 Highway Cops (Wh.) 19.30 Sport1 News 20.15 Fußball: DFB-Pokal pur 20.45 Poker: World Series (Wh.) 21.45 Die Drei vom Pfandhaus (Wh.) 23.15 Cops (Wh.) 1.55 Storage Hunters (Wh.)



© ENKO VON SCHWIMMOWICH/BECK

KOWALCZYK: Auch wer sich mit dem System kritisch auseinandergesetzt hat, wurde davon geprägt und beschädigt.

WELT: Genau aus diesen Diktaturerfahrungen und anschließenden Demütigungsgeschichten beziehen nicht gerade wenige Ostdeutsche ihre Argumente dafür, AfD zu wählen.

KOWALCZYK: Wolf Biermann hat das neulich auf den Punkt gebracht: Die, die jetzt rumbrüllen und sagen, wir waren schon 89 dabei, sind die, die damals die Fresse gehalten und sich angepasst haben.

WELT: Uwe Johnson hat den Ostdeutschen 1970 die „Einbildung der eigenen Minderwertigkeit“ bescheinigt.

KOWALCZYK: Es ist den Leuten immer eingeredet worden. Ihr seid nichts, das Kollektiv ist alles. Das Interessante an Johnsons Aufsatz „Einbildung der eigenen Minderwertigkeit“: Er handelt von DDR-Menschen in der Bundesrepublik.

mich wissenschaftlich damit beschäftigt. Es ist mein Job. Jeder, der etwas anderes von sich behauptet, hat das Wesen diktatorischer Systeme nicht verstanden.

WELT: Ich würde mir rückblickend einbilden, von Hause aus gegen das System immunisiert worden zu sein, durch eine kritische Familie und oppositionelle Freunde.

WELT: Solche homogenen Kollektive finden sich heute auch in den Wagenburgen der Wähler wieder. Je mehr Sie versuchen, das ostdeutsche Wahlverhalten zu erklären, desto unerschütterlicher der Wählerwillen, der Ihnen entgegen schlägt.

KOWALCZYK: Solche wie ich werden aus diesem Kollektivkörper ausgeschlossen. Von Angela Merkel bis Joachim Gauck – alles Verräter. Volksverräter am Volkskörper. Ich bin auch schon als „Ehrenwestler“ betitelt worden.

WELT: Auch Sie pauschalisieren, wenn Sie von den Ostdeutschen sprechen und schreiben und weisen ihnen ein Wir zu.

KOWALCZYK: Mache ich das? Wenn ich es mache, kann ich nur sagen: Wissenschaft lebt von Begriffsbildungen, die immer auch ungerecht sind.

WELT: Auch der Schauspieler Charlie Hübner hat ein Buch zu den Wahlen geschrieben. Er schreibt über die Farce der Entnazifizierung im Osten nach dem Zweiten Weltkrieg in Uwe Johnsons „Jahrestagen“ und über den Mythos einer amtlich antifaschistischen Gesellschaft.

KOWALCZYK: Ich erzähle in meinem Buch dazu Geschichten aus der DDR über Antisemitismus, Diskriminierung von Behinderten, den alltäglichen Faschismus und Postfaschismus. Alles,

was dazu 1990 aufbrach, gab es schon. Jeder hat es erlebt. Hakenkreuze auf dem Schulhof und Nazigesänge im Fußballstadion. Ich kann mir auch das nicht anders erklären als mit den Elternhäusern. Bei allen Konflikten, die ich mit meinen systemtreuen Eltern hatte: Da war der Wertekanon klar.

WELT: Sie beschreiben Ostdeutschland als Laboratorium der Moderne und warnen den Westen vor der Gefahr, so zu wählen und zu werden wie der Osten. Wenn sich alles aus der DDR, der asymmetrischen Einheit und der Veränderungslosigkeit erklären lässt, wirkt das nicht gerade schlüssig.

KOWALCZYK: Ich sage, es wird dem Westen genauso ergehen, wenn er nicht gegensteuert. Ja, die Radikalität im Osten hängt mit einer doppelten Transformationsmüdigkeit zusammen und mit Täuschungen und Enttäuschungen, die der Westen nicht erlebt hat.

Ilko-Sascha Kowalczyk: Der Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute. (C. H. Beck, 240 S., 22 €)

Der größte Dahinschmelzer befreit sich selbst

Was der peruanische Tenor Juan Diego Flórez plant

Das ist die Geschichte eines jungen, peruanischen Popsängers, der mit 15 Jahren gefragt wurde, ob er nicht bei seinem Gesangslehrer in ein paar Zarzuela-Szenen mitmachen wolle, der spanischen Abwandlung der Operette.

chester, die Sinfonia por el Perú, gehört dazu. Gemeinsam war er mit ihm auf Festivaltour in Salzburg, Luzern und Gstaad. Diesen Herbst sind sie wieder in Europa zu hören.

VON MANUEL BRUG

Der ist als der Beste aller tenori di grazia, als bester der lyrischen Dahinschmelzer mit vogeleicherer Höhe, immer noch blendend gebucht, die Stimme ist nach wie vor strahlend schön und leicht.

„Aber weitere Partien sind gegenwärtig nicht geplant“, erzählt er, der dort auch als künstlerischer Leiter fungiert. „Vielleicht noch Mozarts Titus, der wurde mir schon oft angetragen, die Arien singen ich schon lange in Konzerten.“

Und Recht hatte sie. Doch Flórez plant weiter. Schon seit 2011 hat er eine Stiftung in Lima, auch ein Jugendor-



Hat jetzt sein eigenes Schallplattenlabel: Juan Diego Flórez

gehört, dachten es sei eine Original-Inka-Melodie und machten einen Welthit draus. Auch die nächste Flórez-Flórez-CD steht schon fest.

Tournee: 19. September Madrid, 21. Barcelona, 24. Wien, 27. Genf, 30. Paris.

RÄTSEL UND SUDOKU VON STEFAN HEINE

Word search grid with clues in German. Clues include: kleines Motorrad (Kw.), flüssiges Fett, kleine Bodenplatte, stark anregende Tee, ein Pflanzentyp, Kassenzettel, Aus' beim Schach, einformig, Kanton der Schweiz, Fremdwortteil: vier, Vorfahr, Ornament, nord-europ. Inselstaat, buddh. Tempelfiguren engl.: Ei, Unterhalter großer Papagei, Vater und Mutter, Kniebeuge im Ballett, engl. Pferderennbahn, italienisch: drei, Sagen-gestalt (- von Trone), französisch: Landschaft, Autor von 'Ariane' f 1931, Erzittern der Erde, Gibbonaffe, mit Bäumen gefasste Straße, tibet. Bergvolk in Nepal, Holzraummaß, afghanischer Teppich, Wappentier, Kleidungsstück, Frauenkurzname, Bogen-gang, unnotige Last, Währung in Polen, Haus-halts-utensil (Torte), heikle Situation, Pappel mit fast runden Blättern, kleinste organische Einheit, landsch.: fit, quadratisch gemastert, fester, farb-loser Überzug, Heil- und Gewürz-pflanze, Gold-schmuck-verzierung, weibliches Hüftier, alle Bezeichnung für 'Berber', Hit der 'Beatles' '... Lane', Komödien-art, Studenten-ausschuss, französisch: Freund, Stadt in Michigan, erster Generalsekretär der UNO, die Erd-kappen be-treffend, hinterer Teil des Fußes, Unter-wasser-ge-fährt, negati-ves elek-trisches Teilchen, Zeit des Beste-hens, Vorname d. Schau-spielerin Rome, kaufm.: Abzug v. Nenn-wert, Kloster-vor-steher, männliche Ente, bürgerliche Kleidung, enthalt-samer Mensch, starker Schiffs-flaschen-zug, dt. Rapper, Mon-go-len-dorf, dt. Kom-ponist f 1983, eine Würst-sorten abge-steckte Renn-strecke, Tennis-doppel-paarung (engl.), Konservie-rungs-mittel, Alkali-metall, Ver-stand, elegante Frau, Befähigung, eine Zug-maschine (Kw.), Lehrs der Folge-richtigkeit, kleine Kopfbedeckung, orient.-göttin d. Acker-bau, Heiliges Buch der Moslems, Beleg, Spreng-stoff (Abk.), Rufname Schausp. Conrney f 2020, Nizza in der Landes-sprache, festliches Abend-essen, alt-röm. Göttin der Ernte, Rinder-wahrsinn (Abk.), Fluss durch Gerona (Span.), Benzin, ein-zeller, Stadt mit dem schiefen Turm, er-greifen, packen, nord-deutsch: Schilf, 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11

Sudoku puzzle grid with numbers 1-9. Below the grid is a short text: 'Jede Ziffer von eins bis neun wird in jeder Spalte, jeder Zeile und in jedem 3x3-Feld genau einmal eingetragen. Das obere Sudoku ist von mittlerer Schwierigkeit, das Rätsel darunter etwas leichter.'

ZU GUTER LETZT

Hugh Grants
Neuanfang
im Horror

Noch vor wenigen Jahren wäre er der Letzte gewesen, den Produzenten in einem Horrorfilm besetzt hätten. Hugh Grants Image war das des netten Briten mit unsicherem Blick und trockenem Humor, in den sich selbstbewusste Frauen verliebten. Das war mal: Im November kommt in den USA ein Horrorfilm in die Kinos, der den „Notting Hill“-Star in seiner ersten wirklich dunklen Rolle zeigt. In dem Horrorthriller „Heretic“ spielt Grant einen Psychopathen, der zwei Frauen zu einem perfiden Spiel um ihr Leben zwingt. Kann das funktionieren?

Die Verwandlung des Hugh Grant vollzieht sich bereits seit mehreren Jahren. Während der Brite in den Neunzigern und Nullerjahren DAS männliche Gesicht der romantischen Komödie war, sagte Grant in einem Interview 2018, er sei nun „zu alt, zu fett und zu hässlich“, um diese Rolle in Hollywood noch auszufüllen. Das Ende dieser Ära hatte da bereits der Film „Haben Sie das von den Morgans gehört?“ eingeleitet, der 2009 an den Kinokassen flopte. Danach musste Grant sich und sein Image neu erfinden – und wurde zum lustigen Bösewicht. Etwa als narzisstischer Schauspieler im Kinderfilm „Paddington“, als meuterndes Kelloggs-Maskottchen in Jerry Seinfelds „Frosting“ und als Oompa Loompa im Weihnachtsfilm „Wonka“. Obwohl im letzten nicht der Oompa Loompa, sondern viel mehr der echte Hugh Grant der Bösewicht war. Der beschwerte sich nämlich über die CGI-Filmbedingungen, unter anderem wohl eine ungemütliche Kopfbedeckung und handelte sich damit einen kleineren Shitstorm ein.

Alt zu werden ist keine einfache Geschichte, vor allem nicht in Hollywood. Das liegt einerseits an dem schrumpfenden Rollenangebot. Andererseits daran, in einer sehr eiteln Industrie die eigene Eitelkeit ablegen zu müssen – Haupt- für Nebenrollen einzutauschen. Das schafft nicht jeder. Hugh Grant scheint sich von dieser Eitelkeit jedoch befreit zu haben, nahm Fernsehrollen an und stieg in Tigerkostüme. „Heretic“ könnte nun ein neuer Anfang sein. LENA KARGER



Schluss mit dem Jugendschutz, her mit der Geschichte: Sam Hazeldine spielt den apokryphen Schurken Adar (M.)

Sturm und Drang in Mittelalterde

Verunglückt im Fußball eine erste Halbzeit, gibt es eine Kabinensprache. Wer weiß, ob das im Streaming-Business nicht ebenso ist. Anlass hätte die mutmaßlich teuerste Serie der Welt dazu gegeben: „Die Ringe der Macht“, Amazon Primes Vorzeigeprojekt, ist in Staffel eins immerhin gehörig in Rückstand geraten. Die Tolkien-Serie sollte fürs Streaming werden, was Peter Jacksons „Herr der Ringe“-Filme einmal fürs Kino waren, doch die große Begeisterung ist erstmal ausgeblieben. Kolportierte 250 Millionen Dollar hat Amazon allein für das Recht nicht schießen: Staffel eins war ziemlich lahm.

VON WIELAND FREUND

Und jetzt? Ist Staffel zwei angepöfpen und, Tatsache, das Team kehrt auf das Feld zurück, als hätte ein gewaltiger Troll in der Kabine gewütet. Mit dem Spaß für die ganze Familie ist es subito vorbei – im empfindsamen Kanada hat man den Jugendschutz gleich um fünf Jahre auf „ab 18“ angehoben; und womöglich hat dafür schon das Kick and Rush der Auftaktzene gereicht: Im finstersten Loch des Schattenreichs Mordor wird der dunkle Herrscher Sauron von einem blutrünstigen Ork-Mob geschändet, bis er nicht mehr als eine eklig-amorphe Masse ist, die sich, nur langsam wieder zu Kräften kommend, ins Zweite Zeitalter von Tolkiens Mittelalter schleppt.

Jetzt weiß man wieder, woher J.K. Rowling ihren Lord Voldemort hat, und erinnert sich selbstredend auch an Staffels eins der „Ringe der Macht“: Als Halbbrand, mithin in Menschengestalt, hätte Sauron (Charlie Vickers) die heroische Elbin Galadriel (Morfydd Clark) beinahe zum Bösen verführt. In Staffel zwei ist sie eine Frau mit Vergangenheit, die sich das Misstrauen des Elben-

königs Gil-Galad (Benjamin Walker) verdient und sogar den Verdacht ihres besten Freundes Elrond (Robert Aramayo) weckt: „Willst du die Dunkelheit bekämpfen, oder ruft die Dunkelheit nach dir?“

In Staffel eins habe man nur das Schachbrett aufgebaut, hatte es im Vorfeld durchaus entschuldigend geheißt, in Staffel zwei könne man nun spielen. Doch das ist es eigentlich nicht, was zumindest die beiden Auftaktfolgen deutlich besser macht. In Wahrheit hat man sich endlich auf das Wesentliche konzentriert, die Geschichte dabei besser sortiert und ihre mauernden Teile zunächst mal einfach weggelassen. Die parallelen Ereignisse auf der Insel Númenor, wo sich die Menschen von den Elben entfernen, kommen anfangs gar nicht vor und selbst die Zwerge in der toten Kulisse der Mine von Khazad-dûm müssen eine ganze Weile auf ihren ersten Auftritt warten.

Stattdessen kommen die Ringe mit den „Ringern“ voran: Die bereits Geschmiedeten der Elben dürfen ihre Wirkung entfalten, derweil sich ein mephistophelischer Sauron in neuer Gestalt beim Elbenschmied Celebrimbor (Charles Edwards) einschmeichelt, damit die nächsten Ringe entstehen – sieben für die Zwerge, neun für die Menschen und der eine, den Hobbit Frodo im „Herrn der Ringe“ wahn Sinnig viel später in den Schicksalsberg schmeißt.

Und siehe da: Das Ganze fühlt sich plötzlich wirklich nach Tolkien an, weil man hier Tolkien-Themen verhandelt: das Gute und das Böse, die Dunkelheit und das Licht, Macht, Verrat und – das vor allem – Tod und Vergessen versus Ewigkeit. Im Drama des Elbenschmieds Celebrimbor etwa, einer der stärksten Geschichten, die das Zweite Zeitalter Mittelalter des bieten hat, entfaltet sich ja das Drama des Künstlers, der für sein Werk nicht weniger als Ewigkeit will: Auch Tolkien hat seinen „Faust“ ge-

Wer die erste Staffel vermässelt, für den steht schon in der zweiten alles auf dem Spiel: Die Tolkien-Serie „Die Ringe der Macht“ kehrt mit acht wild entschlossenen Folgen zurück. Macht sie es diesmal besser?



Realpolitik mit Ringen: Morfydd Clark als Galadriel

schrieben und die Rolle des Mephisto selbstredend mit Sauron besetzt.

Doch auch Heldin Galadriel darf wachsen, wo die Serie ihrer – nur bruchstückhaft ausgeführten – Vorlage mal vertraut: Anders als die Elbenkollegen Gil-Galad und Elrond ist sie bereit, das Böse zur Not auch mit bösen Mitteln zu bekämpfen und sich moralisch schmutzig zu machen. Das ist umso interessanter, als man den „Ringern der Macht“ vorgeworfen hat, „wokes“ Fernsehen zu sein. Tatsächlich ist die Serie divers besetzt, mit moralischen Reinheitsgeboten aber hat die Realpolitikerin Galadriel so gar nichts am Hut. Der elbische Schiffbauer Círdan, neben Celebrimbor die zweite Künstlergestalt, darf sogar eine nachdenkliche Rede gegen die Cancel Culture halten.

Doch, um die Fußballmetapher wieder aufzunehmen: Die Sturm- und Drang-Phase der „Ringe“-Mannschaft geht vorüber, mit Episode drei sind viele der alten Probleme zurück – und nicht das geringste davon sind die ermüdenden Ballstafetten, bei denen Númenor zum weiterhin namenlosen Zauberer passt, der an den Subschurken Adar abgibt, der wiederum einen Rückpass an die hier Harfüße genannten Hobbits oder den irgendwo an der mittelirdischen Küste versprengten númenorischen Hoffnungsträger Isildur spielt.

Nach wie vor führen insbesondere die Parallelgeschichten, mit denen man die von Tolkien oft nur skizzierte Vorlage aufgepolstert hat, so recht nirgendwo hin. Was man ergänzt, wirkt öfter mal beliebig, klischiert oder wie bei Peter Jackson abgekupfert. Der Zauberer – namenlos bis fast zum Schluss – kriegt im sandigen Rhûn eine Art Saruman gegenübergestellt (der große Verräter des „Herrn der Ringe“) und darf dort dem legendären Tom Bombadil begegnen, der bei Tolkien irgendetwas zwischen mittelirdischem Pan und edwardianischem Kinderbuchhelden ist, hier aber eher ein Yoda im Wilden Westen.

Und kaum ist man das ermüdende Zusammenleben der Harfuß-Gemeinschaft aus Staffel eins losgeworden, wird schon das nächste Volk aus der Hobbit-Frühgeschichte eingeführt. Im langen Anlauf zum „Herrn der Ringe“ hat Tolkien diese Gruppe „Starre“ genannt – der Auftritt der „Falbhäute“, von denen an derselben Stelle auch die Rede ist, ist nunmehr vermutlich unausweichlich. Wenn den Serienmachern sonst gar nichts einfällt, fügen sie eine Liebesgeschichte ein, also wird in Rhûn, in Númenor, im Küstenstädtchen Pelargor und sogar im elbischen Eregion im Zweifel erstmal geküsst. Dabei war Tolkien, der so gern auf mittelalterliche Stoffe zurückgriff, eigentlich ein Mann der Minne, in der man nicht knutscht, sondern höchstens davon träumt.

Apropos Mittelalter: Wo sie auf Tolkien zurückgreift und nicht irgendwelche dahergelaufenen Wildleute zu allem Überfluss auch noch wie im Nibelungenlied Hagen nennt, hat die Serie es mit quasi-mythischen Helden zu tun. Isildur (Max Baldry) etwa ist treuen Tolkienisten als letzter Ringträger vor Gollum bekannt. Der Mann hat also Gawain- oder Parzival-Format und braucht gewissermaßen einen Drachen, um gegen ihn zu kämpfen. Die Serie aber speist ihn mit einem Kindheitstrauma ab, als wäre er der zweitgeborene Sohn des Patriarchen aus „Succession“. Für Tolkien freilich sind die Backstory-Gesetze zeitgenössischen Serienschreibens einfach ein paar Nummern zu klein.

Ist die Kabinensprache also verpufft? Sagen wir es so: Nach einer verkorkten ersten Halbzeit hat die „Ringe“-Mannschaft in der zweiten schon früh den Ausgleich erzielt. Die Verlängerung ist damit gerettet. Und zum Elfmeterschießen kommt es erst in Staffel fünf.

■ „Die Ringe der Macht“ sind ab dem 29. August auf Amazon Prime zu sehen.

Shakespeare und die Messermänner

Großes Theater im kleinen Weißwasser: Dem Lausitz-Festival gelingt mit einer spektakulären „Othello“-Inszenierung erstmals ein großer Erfolg zur Eröffnung

Der Krieg ist aus!“ Ganz Zypern feiert. Ganz Zypern? Nein. Einer steht da vorne auf der Bühne, der den Groll in seinem Herzen trägt. Götz Schubert spielt Jago als alten Veteranen des venezianischen Heeres, dem keine Schandtät fremd ist. Dem Publikum in der Oberlausitz zeigt er eine erste Kostprobe seiner Durchtriebenheit: Der ungestüme und trinklustige Cassio, gespielt von Tom Gramenz, wird von Jago abgefüllt, sodass er dem großen Feldherrn Othello vor die Füße kotzt, der ihn anschließend degradiert. Fies.

VON JAKOB HAYNER

Es ist ein fulminanter Beginn in der ehemaligen Glashütte in Weißwasser. „Othello / Die Fremden“ eröffnet das diesjährige Lausitz-Festival, das Kunst und Kultur in eine Region bringen will, die vom Niedergang der großen Industrie geprägt ist, wie die Ruhrtriennale. Schon in den Vorjahren stand mit „Julius Caesar“ und „Der Kaufmann von Venedig“ zur Eröffnung Shakespeare auf dem Spielplan, doch die Regie von Stefan Pucher blieb blass. Dieses Jahr durfte nun der 1991 geborene Marcel Kohler ran – ein Glücksgriff!

Kohler kennt man vor allem als Schauspieler. Auffällig groß und von hagerer Gestalt stand er auf der Bühne des Deutschen Theaters Berlin, bis er vor einem Jahr ins Ensemble der Schaubühne wechselte. Wer allerdings seine noch während des Studiums entstandene Inszenierung von Heiner Müllers „Philoktet“ gesehen hatte, ein Männerchor im Stahlgewitter, der ahnte bereits, dass Kohler auch eine große Regiebegabung mitbringt. In Weißwasser wird die Ahnung zur Gewissheit.

Die Tragödie von Othello, der es vom Sklaven zum Heerführer bringt und trotzdem ein Fremder in der Republik Venedig bleibt, verbindet Kohler mit dem vor wenigen Jahren veröffentlichten Shakespeare-Fragment „Die Fremden“, das für Mitgefühl gegenüber Flüchtlingen plädiert. Verblüffend ist, was Kohler mit seiner in Personal und Text verdichteten Fassung der Wieland-Übersetzung macht: Die Handlung wird auf verschiedene Spielorte verteilt und das Publikum geht umher.

Nach der ersten Szene, in der Cassio gedemütigt wird und Leonard Burkhardt sich als erstaunlich feinsinniger Othello sogar im Geigenspiel probiert, geht man durch ein Labyrinth von Bauzäunen: Achtung, Militärgelände! Beim

Eintritt in die große Fabrikhalle mit den stillgelegten Öfen teilen sich die Zuschauer in drei Gruppen, die nun in unterschiedlicher Reihenfolge das Geschehen verfolgen, bevor man sich zum großen Finale – zwischen Autowracks stehend – wieder zusammensetzt.

Die Linearität der Handlung wird aufgelöst, das Geschehen verärrlicht. Bei einer Mischung zwischen Psycho- und Politthriller wie „Othello“ funktioniert das bestens, zudem die Schauspieler virtuos zwischen den Szenen springen. Nach und nach setzt sich das Gesamtbild zusammen. So folgt man dem nach Rehabilitation strebenden Cassio zu Brabantia (statt Brabantio), der kettenrauchenden Mutter Desdemona (Sina Kießling), die Vorurteile gegen die Verbindung ihrer Tochter zu Othello hat.

Weiter geht's in einer Bar mit allerlei Geweih und Fischköpfen, wo Cassio auf Emilia trifft, die von Dagna Litzenberger Vinet gespielte Frau Jagos. Eine schwer zu durchschauende Figur, die nebenher Heiner Müller zitiert („Ich bin Emilia, ich stand an der Küste und sprach mit der Brandung BLABLA, im Rücken die Ruinen von Europa ...“). Und zuletzt betritt man das Atelier der von Linn Reusse gespielten Desdemona, eine Malerin mit farbbeklecksten Ar-

men vor Leinwänden, in der Mitte ein Bett mit Vorhängen.

„My girl, my girl, don't lie to me. Tell me, where did you sleep last night?“, singt Desdemona, doch auch Kurt Cobain kann ihr nicht mehr helfen. Das von Jago geschickt eingetäufelte Gift der Eifersucht und des Misstrauens wirkt, Othello geht mit einem Messer auf die bis zuletzt Ahnungslos los und tötet sie. Doch was nun im Original

folgt – schmerzhaftes Selbsterkenntnis und Selbstmord Othellos, Verhaftung Jagos und Beförderung Cassios – ist gestrichen. Die tragische Katharsis fällt aus. Und stattdessen? Ein Chor wütender Bürger, angeführt vom Stadtchor aus Weißwasser, zieht nach der Todeszene durch die Halle. Vermummte springen auf die Autos, Bengalos werden gezündet, es herrscht Aufruhr. Auf einem Video sieht man Bilder, die an die



Szene aus „Othello / Die Fremden“ zur Eröffnung des diesjährigen Lausitz-Festivals

Krawalle in Großbritannien erinnern, nachdem drei Mädchen bei einem Taylor-Swift-Tanzkurs erstochen wurden. Noch näher liegt die Erinnerung an den Messerangriff in Solingen, wo beim „Festival der Vielfalt“ drei Menschen getötet und zahlreiche verletzt wurden. Nun feiert Jago seinen letzten großen Auftritt: Er, dessen Intrige das Unglück ausgelöst hat, tritt als Vertreter von Gesetz, Recht und Ordnung vor das Volk, das ihm jubelt. Auch hier zeigt er sich als geschickter Bewirtschafter des Resentiments, als doppelgesichtiger und rücksichtloser Intrigant. Er sieht es als sein Geschäft, Menschen aufeinanderzuhetzen. Die Gesellschaft ist zwar nicht mehr im Krieg, doch nun steht sie kurz vor dem Bürgerkrieg. Eine hochaktuelle „Othello“-Deutung.

Das hat der Himmel nicht gewollt, singt der Chor am Schluss, es klingt wie ein Requiem. Es schließt sich sogar ein roter Vorhang, ein fast surrealer Theatermoment in dieser rauen Industrieumgebung. Großer Applaus und Jubel. Nachdem das Lausitz-Festival in der Vergangenheit weder beim Außenauftritt noch bei den Eröffnungsinszenierungen glücklich aussah, muss man nun sagen: Für diesen Abend lohnt es sich, nach Weißwasser zu fahren.